

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



25. September 1982
Jg. 3 Nr. 20

G 7756 D Preis:
2,50



Jedem das Seine



Innere Sicherheit: CDU: „Sozialer Friede“ muß sein – unter dem Polizeistiefel Seite 10



Naher Osten: Mit der Besetzung des Libanon hat sich Israel übernommen, aber die Gefahr der Intervention der Imperialisten wächst Seite 13



Niederlande: Die Kapitalisten wollen Lohnsenkungen von 20 bis 25% erzwingen Seite 32

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Regierungsumbildung: Kabinett Schmidt: Noch im Fal- len verteilen sie Fußtritte für die Arbeiterbewegung	Seite 3
Bankenkrise wie 1931 in Sicht? Die Sorgen eines Wuche- rers	Seite 4
Monopolbourgeoisie fordert „weniger Staat – weg von den konsumtiven Ausgaben“	Seite 5
Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet	Seite 6
Lambsdorff-Papiere: Wovor die Kapitalisten Angst ha- ben, geht auch daraus hervor	Seite 7
11. IGM-Frauenkonferenz: Anhebung der unteren Lohngruppen gefordert	Seite 7
Arbeitsschutzgesetz: Ehrenbergs Nachfolger bietet den Kapitalisten neue Freiheiten an	Seite 8
Katholikentag: „... das Kapital nicht von der Arbeit trennen“	Seite 9
Saurer Regen: Die Russen sind schuld. Baums Vorschlä- ge	Seite 9
Innere Sicherheit: CDU: „Sozialer Friede“ muß sein – unter dem Polizeistiefel	Seite 10
Sri Lanka: Wohin es das BRD-Kapital so zieht	Seite 11
USA: Streiks der Lehrer gegen Gehaltskürzung	Seite 12
Naher Osten: Mit der Besetzung des Libanon hat Israel sich übernommen, aber die Gefahr der Intervention der Imperialisten wächst	Seite 13
Wirtschaftliche Aggression Israels gegen die besetzten Gebiete	Seite 14
Israelische Besatzungspolitik: Zerstörung jeglicher Basis für nationale Einheit im Libanon	Seite 16
„Besondere Beziehungen“ der BRD stützen den Zionis- mus	Seite 17
Nachrichten aus der Arbeiterbewegung	Seite 18
OB-Wahlen Freiburg: CDU will den Durchbruch, die Front dagegen ist schwach	Seite 19
Bosch: Lohnausgleich bei Kurzarbeit!	Seite 19
Bauern: „Rekordernte“ – nichts als hohle Propagan- da	Seite 20
Atommüllagerung: „Demokratischer“ Wirbel & Polizei- unterdrückung	Seite 21
Kernenergie: Demonstration gegen Schnellen Brüter ...	Seite 21
Heimatvertriebenentag: Kiep: Mit Verzicht auf „Wohl- stand“ zur deutschen Einheit	Seite 22

Heimattage – Stimmungsmache für „unsere Ostgebie- te“	Seite 22
BMW-München: Ersatz qualifizierter durch einfache Arbeit	Seite 23
CDU-Westberlin: Rüstungsproduktion nach Westber- lin	Seite 23
Stadthaushalt: Investitionen und Höchstverschuldung ..	Seite 24
Ausländer: Ausländerwoche hat Alibifunktion	Seite 24
Schuljahresbeginn: „Wenn ich fleißig lerne, werde ich sehr klug“ – Erste Lehre vom ersten Schultag	Seite 25
Reformen an bayerischen Volksschulen – Das Bil- dungsniveau soll gesenkt werden	Seite 26
Stichwort: Dreigliedriges Schulsystem	Seite 27
Internationale Nachrichten	Seite 28
IWF-Jahrestagung: Konkurrenz unter imperialistischen Gläubigern	Seite 29
Mexiko: Regierung verstaatlicht die Banken	Seite 29
Chile: Einigungsprozeß gegen die Militärjunta	Seite 30
Südafrika: Todesurteile und verschärftes Passgesetz ...	Seite 30
Neuwahlen Spanien: Sozialliberalismus oder christliche Reaktion?	Seite 31
Bolivien: Streiks gegen Militärregierung	Seite 31
Niederlande: Die Kapitalisten wollen Lohnsenkungen von 20 bis 25% erzwingen	Seite 32
Preiskompensation: Die Auseinandersetzung in der In- dustriegewerkschaft FNV	Seite 33
Aus Kultur und Wissenschaft	Seite 34
„Conan der Barbar“: Gemisch aus Mystik, Kultwesen, Blutrünst und Sex als Boden für faschistische Kultur ...	Seite 34
Wir sind moderne Sklaven	Seite 34
Zeitgenössische Prosa aus Palästina	Seite 34
Eine deutsche Karriere	Seite 35
Siegfried Zimmerschmieds „Passauereien“: Kabarett gegen Klerus, Reaktion und Nationalismus	Seite 35
1949–1955: Die „deutsche Frage“ in der völkerrechtli- chen Praxis der BRD	Seite 36
„documenta 7“ in Kassel: Eine „neue Kultur“ für „Eu- ropas neue Rolle“?	Seite 37
Beschäftigungsentwicklung in der Investitionsgüterindu- strie	Seite 38

Kabinett Schmidt: Noch im Fallen verteilen sie Fußtritte für die Arbeiterbewegung

Die Parlamentsparteien wickeln die Umbildung der Regierung in gekonntem Verdunkelungsstil ab. Die FDP-Minister verlassen die Regierung, die FDP-Bundestagsfraktion stimmt zu. Liegt ein SPD-Gesetzesantrag vor, dem die FDP nicht zustimmen will? Liegt ein CDU/CSU-Gesetzesantrag vor, dem die FDP zustimmen will, die SPD aber nicht? Der einzig absehbar vorliegende Antrag dieserart ist der Antrag Kohls, man möge aus ihm einen Bundeskanzler anfertigen. Seit Wochen trägt Genscher überall herum, neue Sachfragen suchten sich neue Mehrheiten. So wäre denn Kohl als neue Sachfrage qualifiziert. Aber das ist nichts Bestimmtes, die bürgerliche Propaganda wird mangels politischer Fakten schon lyrisch: Machtwechsel, Wende, Neuanfang; der Regierungskrawall wird von allen Beteiligten mit dem Ziel geführt, die nächst absehbaren Regierungs- und Parlamentsbeschlüsse vor öffentlicher Debatte zu bhüten.

Vielen mag aufs erste ganz selbstverständlich scheinen, die Auflösung der SPD/FDP-Koalition geschehe auf Initiative der FDP. Dagegen spricht der Ablauf der Ereignisse im Einzelnen. Vor einigen Wochen einigten sich SPD und FDP auf den Haushalt für 1983, dessen prägendes Merkmal die Kürzung praktisch aller im Staatshaushalt enthaltenen Sozialleistungen ist. Die Einigung war ohne nennenswerten Widerstand der SPD möglich. Bedenkt man, wie z.B. Willy Brandt sich positiv zur Überwälzung von Sozialversicherungsaufgaben auf die Familiensoli-

dargemeinschaft ausließ und Glotz über die Grenzen des Sozialstaates und die Aufgaben der Sozialdemokratie angesichts eben dieser Grenzen, so war auch Raum für schönste gemeinsame Perspektiven da.

Dann aber begann Helmut Schmidt jäh zu handeln. Er zwang den Wirtschaftsminister Lambsdorff durch öffentliches Anrempeln, diese, in den gemeinsamen Haushaltsbeschlüssen angelegten Perspektiven der Öffentlichkeit umgehend vorzulegen. Er, Schmidt, äußerte sich sodann gekonnt abfällig und persönlich beleidigend über den Mangel an analytischen Fähigkeiten des Wirtschaftsministers. Er, Schmidt, führte nach diesem Anheizen eine SPD-Spitzenberatung durch, auf der er ankündigte, die FDP-Minister bald entlassen zu wollen. Dies sickerte planmässig durch. Die FDP-Minister mußten zurücktreten. Sodann trat Schmidt vor den Bundestag mit dem Vorschlag, Neuwahlen bereits im November durchzuführen. Praktisch bedeutet diese Terminvorgabe: bevor über den Haushaltsentwurf der Regierung Beschluß zu fassen war.

Wieso versuchte Schmidt nicht, die FDP zu einem Absprung vom koalitions-gemeinsam erarbeiteten Haushaltsentwurf zu zwingen, wie das wohl in seiner Möglichkeit gelegen hätte? Wieso versuchte er nicht, die FDP zur Aufstellung eines gemeinsamen Programmes mit CDU und CSU zu zwingen, z.B. in der Hoffnung, dieses müsse so unpopulär ausfallen, daß die Stimmenmehrheit für Helmut Kohls Kanzleranwartschaft gefährdet würde?

Wieso brachte Schmidt von sich aus den Haushaltskompromiß mit der FDP zum Platzen, wieso, so fragt man zusätzlich, ohne das auch nur zu erwähnen? Das düster undurchsichtige Handeln des SPD-Kanzlers zwingt zur Spekulation.

Schmidt hatte sich die letzten Wochen aller Propaganda zur Wiederaufnahme der Haushaltsdebatte entgegengestemmt: Er sei nicht bereit, anders als auf Grundlage neuer Daten neu zu verhandeln. Inzwischen zeichnen sich diese neuen Daten ab. Und nicht nur Daten, sondern auch politische Fakten.

Die Wirtschaftstätigkeit hat weithin abgenommen. Eine weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit ist zu erwarten. Die Einnahmeerwartungen im Haushalt sind nicht mehr gedeckt. Die Ausgabeverpflichtungen gewachsen. Weitere Steueranhebungen auf Lohn und Gehalt würden angesichts bereits erreichten Hochstandes auf die Lohnbewegungen durchschlagen und wenigstens teilweise von den Kapitalisten gezahlt werden müssen. Steigerung der Kapitalbesteuerung würde zu verstärktem Kapitalabfluß ins Ausland führen. So bliebe lediglich der öffentliche Pump übrig. Hiergegen stehen nun gleich zwei Dinge: Zum einen ist zu bezweifeln, daß der Kapitalmarkt überhaupt bereit wäre, die Kredithoffnungen der Regierung in solchem Maßstab zu erfüllen. Zum anderen hat die CDU/CSU die Regierung bereits wegen des Bundeshaushaltes 1981 verklagt. Durch Gerichtsurteil könnte eine zur Deckung des Haushaltes hinreichende Schuldenaufnahme des Bundes verfassungsrechtlich unmöglich gemacht werden.

Der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes Ernst Benda ließ bereits Mitte September erkennen, was ihm Recht wär. Er wandte sich mit einem Aufsatz an die Öffentlichkeit: Das Grundgesetz kenne eine absolute Garantie sozialer Besitzstände nicht. Dies bedeutet im Klartext: Ein Überziehen der Schuldaufnahmebegrenzung nach § 115 Grundgesetz kann jedenfalls diesem Gericht zufolge nicht aus Sozialleistungsverpflichtungen des Bundeshaushaltes folgen.

Dem vor allem staatstragenden Sozialdemokraten Schmidt konnte also bereits im September eine staatsgefährdende Klemme seiner Politik kenntlich werden. Die SPD konnte:

- entweder freiwillig den derzeitigen Haushaltsentwurf zurückziehen



und einen neuen, Typ Lambsdorff, einbringen. Dies war von den Gewerkschaften viel verlangt gewesen, vor allem in dem Tempo, und hätte die Hegemonie der SPD über die Gewerkschaftsbewegung gefährdet.

– öffentlich den Versuch antreten, das Manko durch ausufernde Weiterverschuldung zu decken; dabei ziemlich sicher mit dem Bundesverfassungsgericht zusammenzustößen und eine schroffe Konfrontation von Gewerkschaftsbewegung und Bundesverfassungsgericht auszulösen.

– oder erwarten, daß irgendjemandem einfiele, die unter solchen Bedingungen unumgänglichen Ausgabenkürzungen doch einfach dem Verteidigungshaushalt anzutun; möglich im Rahmen der Verfassung, weil Rüstungsausgaben nicht unter die investiven Ausgaben zählen, die gegen die Verschuldung aufgerechnet werden dürfen.

Wie mußte das staatstragende Herz des Kanzlers unter solchen Aussichten doch bluten! Was immer er tun konnte, ein Aufschwung des Kampfs der

Arbeiterbewegung, eine Bloßstellung ihrer Gegner mußte Folge sein.

Aus dieser Zwickmühle hat Schmidt und zusammen mit dem SPD-Vorstand seine Partei herausgeführt. Man bedenke nämlich: Neuwahlen machen alles frisch! Neuwahlen im November, bevor also der Haushalt verabschiedet ist, wären bestens geeignet, die nächsten Pläne im Dunkeln zu lassen und einen Wahlkampf zu führen unter der Versprechung, das Unvermeidliche jedenfalls milder als die Unionsparteien zu tun, auch würde sich im Falle einer Wahlniederlage immerhin die Vorstellung retten lassen, die SPD sei nicht bereit gewesen, der Arbeiterbevölkerung anzutun, was absehbar ist.

An dieser Stelle ist festzuhalten: Es wäre dieser Regierung ein leichtes gewesen, unter Hinterlassung von wirklichen politischen Anhaltspunkte für den Kampf der Arbeiterbewegung zu stürzen, zum Beispiel, daß ihr Renten wichtiger seien als Panzer oder die Arbeiterbewegung wichtiger als das Bundesverfassungsgericht, so wie das gar nicht wenige SPD-Mitglieder nicht nur wünschen, sondern jetzt auch eingetreten glauben. Aber gerade dies zu ver-

meiden, war ihre bisher recht elegant verwirklichte Mühe.

Bis jetzt. Denn die oben vermuteten Sachverhalte können die entsprechenden Konflikte alle noch hervortreiben. Dies macht auch die schwankende Haltung der Unionsparteien bzw. der neuen Koalition aus FDP, CDU und CSU verständlich. Wäre es nicht verlockend, die SPD noch zu weiteren Angriffen auf die materielle und die Rechtslage der Arbeiterbevölkerung zu treiben, ihren Einfluß noch weiter zu verschleißen, noch weiteren Anhang zu sammeln, eine noch bessere Ausgangsbasis für noch Schlimmeres abzuwarten? Die Sozialdemokratie war in der gerade in jüngster Zeit oft berufenen langen Geschichte stets geneigt, dem Staatswohl vor den Interessen der Arbeiterbevölkerung den Vorrang einzuräumen. Und wieso sollte man die Illusion bestehen lassen, die SPD an der Regierung würde irgendetwas vermeiden haben, was eine Koalition aus FDP, CDU und CSU zu tun aber bereit sei? Deswegen die jetzt bekannte Terminsetzung. Diese ist nämlich hinreichend um klarzustellen, daß die SPD auch nicht so weitergemacht hät-

Bankenkrise wie 1931 in Sicht? Die Sorgen eines Wucherers

Kapitalistensprecher und Wirtschaftsinstitute haben Gefahren für das westdeutsche Kapital am Horizont ausgemacht, die denen der 30er Jahre entsprechen sollen: „Wie in der großen Depression müssen sich viele Banken um ihre Liquidität sorgen, und zwar nicht nur als Folge von Firmenzusammenbrüchen. Auch bei den Auslandsschulden häufen sich die Ausfälle.“ (1) Damals wie heute seien die Ursachen dieselben: „Hochzinspolitik“ und „überhöhte Reallöhne“. Daran ist nur wahr, daß tatsächlich möglich ist, daß die jetzige Krise sich beträchtlich verschärft – und daß dieselbe Demagogie verwandt wird wie 1930.

Die deutschen Kapitalisten hatten ab 1926 versucht, durch hohe Kredite aus dem Ausland die Konjunktur auszunutzen, um so die Reparationen für den verlorenen Krieg zu bezahlen und gleichzeitig kräftig Profite einzusacken. Das trieb zwar die Zinsen in die Höhe, verschaffte ihnen aber die Kapitalmassen für verschärfte Ausbeutung und Umwälzung des Maschinenparks. Ziemlich schnell war der Warenmarkt relativ zur zahlungsfähigen Nachfrage übersättigt – die Reallöhne hatten erst 1927 wieder das Niveau von 1913 erreicht. Firmenzusammenbrüche häuften sich, das Handelsbilanzdefizit wuchs,

ebenso die Nettoverschuldung gegenüber dem Ausland. Die ausländischen Banken sahen ihre Kredite in Gefahr und zogen sie ab. Das deutsche Bankensystem wurde zahlungsunfähig.

1931 war das Deutsche Reich eines der am meisten verschuldeten Länder. Das konnten die imperialistischen Konkurrenten nutzen, dem deutschen



Bankenkrise 1931. Heute hat das westdeutsche Finanzkapital andere Sorgen.

Finanzkapital, wenn auch nur vorübergehend, die Luft abzudrücken. Heute gehört die BRD zu den Hauptwucherern der Welt. Rund 445 Mrd. DM sind Ende 1981 ans Ausland verliehen. Für 1982 wird der höchste Handelsbilanzüberschuß seit Bestehen der BRD erwartet: 60 Mrd. DM. Trotzdem mehrten sich die warnenden Stimmen: „In der gegenwärtigen Situation ist die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, daß Kreditketten zusammenbrechen.“ (2) Die Imperialisten haben die Länder der Dritten Welt, aber auch Länder des Ostblocks so ausgepreßt, die Rohstoffpreise so weit gedrückt und sie gleichzeitig mit teuren, durch Kredite finanzierten Warenströmen überschwemmt, daß eine ganze Reihe von ihnen eigentlich schon zahlungsunfähig ist. Die Länder Lateinamerikas müssen allein an Zinszahlungen 50% ihrer Exporterlöse aufbringen. Die Zinsen für alte Schulden können nur durch neue Schulden getilgt werden. Lebenswichtige Importe können nur noch auf Kredit gekauft werden.

Wen wundert es da, daß die Zinssätze schwindelnde Höhen erreichen? Was aber ist, wenn ein Land oder mehrere Länder unter der Last der imperialistischen Gläubiger zusammenbrechen? Und noch eine Sorge haben die BRD-Imperialisten. Ihre Konkurrenten könnten Schritte dagegen unternehmen, daß sie die Krise weiterhin durch Handelsaggression auf diese abwälzen: „In nahezu allen Ländern ... nimmt

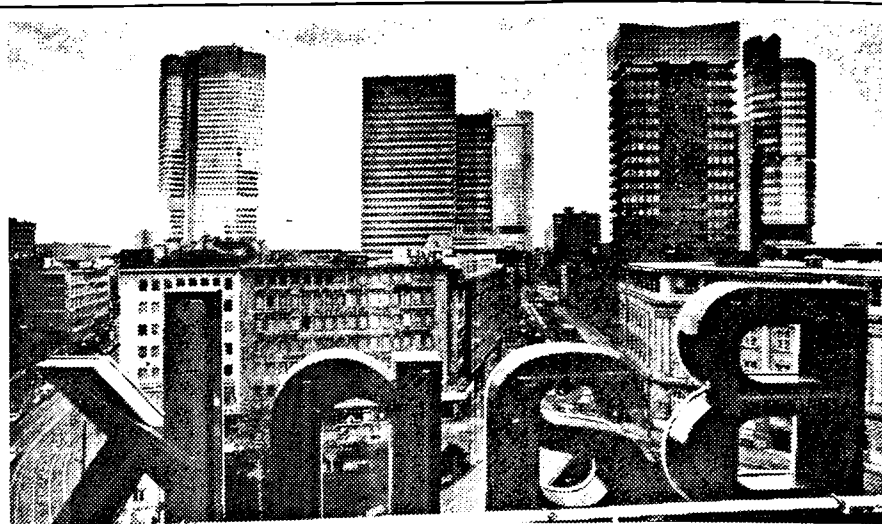
te, wie sie dies in Gemeinschaft mit der FDP zu tun vorgab.

Leider hat die Politik des DGB gegenüber dem Haushaltsentwurf der Bundesregierung zu diesen widerwärtigen Entwicklungsmöglichkeiten bürgerlicher Politik nicht zu knapp beigetragen. Das hingehauchte: Bis hierher (schon) und weiter (vorderhand) nicht! mußte bei den Interessenvertretern der Kapitalistenklasse den Eindruck erwecken, daß man mit diesen Leuten noch viel mehr anstellen könne. Das ist ein auslösender Faktor gewesen. Die politischen Möglichkeiten der Arbeiterbewegung in der gegenwärtigen Regierungskrise bestehen: In der Feststellung der Gründe, die ihr eine positive Unterstützung der Koalition aus SPD und FDP unmöglich gemacht haben und in der weiteren Feststellung, daß sie eine solche Politik jeder Regierung unmöglich machen wird, egal welcher Helmut oder auch Franz einer solchen vorsteht.

Quellenhinweis: Handelsblatt, 15.9., 18./18.9.; Dr. Otto Graf Lambsdorff, Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Bonn, 9.9.82; Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 113.—115. Sitzung, 15.-17.9.82; siehe auch Artikel zum Lambsdorff-Papier auf S. 7 in diesem Heft.

der Ruf nach Subventionen, offenen und versteckten Handelsbarrieren, Beschränkungen im Geld- und Kapitalverkehr beträchtlich zu.“ (3) Gleichgültig, ob Zahlungsunfähigkeit ausgepreßter Länder oder Restriktionen durch Konkurrenten, die westdeutschen Kapitalisten fürchten als Folge eine Stockung der Warenströme auch im Außenhandel und eine „Liquiditätskrise, die wettbewerbsfähige ebenso wie wettbewerbschwache Unternehmen in ihren Strudel zieht.“ (4) 1931 gingen der deutschen Reichsbourgeoisie ihre Gläubiger an die Gurgel. Heute sehen die westdeutschen Finanzkapitalisten die Früchte ihres Wachstums in Gefahr und schicken sich ihrerseits an, ihren Schuldnern an die Gurgel zu fahren. Die FAZ stellt fest, die Risiken seien inzwischen so gewachsen, „daß sie nur noch politisch, nicht mehr finanziell abgesichert werden können“. (5) Der Wucherer schickt den Gerichtsvollzieher und die Polizei zur Schuldeneintreibung. Die westdeutschen Finanzkapitalisten haben die NATO und die Bundeswehr. Und vielleicht kommen sie ganz nebenbei noch an die Kassen der Gewerkschaften. Oder warum wird die Bank für Gemeinwirtschaft jetzt gezielt ins Gerede gebracht, einen Bankrott Polens werde sie nicht überstehen?

Quellenhinweis: 1—4) Konjunkturanalyse des WWI in FAZ, 17.9.82; 5) FAZ, 14.9.82; Weitere Quellen: Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876—1975, Deutsche Bundesbank, 1976; Die deutsche Bankenkrise 1931, K.E. Born, München 1967.



Monopolbourgeoisie fordert „weniger Staat“ — weg von den konsumtiven Ausgaben“

„Weniger Staat“ überschrieb die Deutsche Bank im März dieses Jahres ihren Geschäftsbericht. Die Kapitalisten sagen, daß die hohe Staatsverschuldung eine der Hauptsünden der SPD/FDP-Regierung sei. Sie wollen damit aber keine geringeren Ausgaben für die Armee, die Polizei, das Auswärtige Amt; in den Worten der Deutschen Bank: „Wir bekennen uns zum Staat und seinen Aufgaben.“ Sie wenden sich auch nicht gegen Staatsausgaben zu Kapitalförderungszwecken: „Eingriffe des Staates in die Wirtschaft sollten sich möglichst darauf beschränken, die gemeinsamen wirtschaftlichen und sozialen Einrichtungen, ohne die ein privater Güter- und Leistungsaustausch nicht auskommen kann, bereitzustellen und funktionsfähig zu erhalten.“ Die Gelder sollen weiterfließen für die Umwälzung der Produktionsanlagen, zur Finanzierung risikoreicher und große Kapitalmassen erfordernder Neuentwicklungen und zur Sicherung des Kapital- und Warenexports.

Die Kapitalisten fordern investive Staatsausgaben seit langem. So hieß es im Jahresbericht des BDI 1972: „Der Bundesverband der Deutschen Industrie weiß, daß die Entwicklung unserer Gesellschaft einen organischen Aufbau auch der Staatsquote für Investitionen erfordert.“ Das schien sich mit den von sozialdemokratischer Seite aus mit der Ausdehnung der Staatstätigkeit genährten Hoffnungen zu vertragen. Zwar bemerkten die Kapitalisten stets, daß die „Politisierung des Verteilungskampfes“ Gefahren in sich birge. Jedoch erlaubte ihnen z.B. die Erhöhung des Kindergeldes nicht nur die Ersparnis von Lohngeldern, sondern gab zugleich Argumente ab, um stei-

gende Lohnsteuern zu rechtfertigen. Die Geldsumme, die damit die Regierung zur Förderung der Kapitalisten zur Verfügung hatte, wuchs. Die wachsende Staatsverschuldung war für die Kapitalisten einträglich, solange mit der Konjunktur die Steuereinnahmen wuchsen.

Inzwischen hat sich die Interessenlage der Monopole mit ihrer Schlagkraft geändert. So hat sich das Betriebsvermögen der Aktiengesellschaften von 1972 bis 1977 um fast 90% auf 130 Mrd. DM erhöht. Auf die 188 größten Unternehmen entfiel 1977 knapp die Hälfte des Gesamtvermögens, 1972 besaßen sie knapp 40%. Dieses rasche Wachstum des Kapitals und seine Konzentration in weniger Händen war nicht bloß ein Ergebnis der Ausbeutung. Staatliche Subventionen und das Einkassieren der Zinsen auf die Staatsschulden haben diese Treibhausblüte gefördert. Jetzt verlangen diese Kapitale „weniger Staat“. Sie fühlen sich so schlagkräftig, daß eine Streichung von Subventionen ihnen ihre kleineren Konkurrenten noch rascher in die Fänge treiben würde. Sie besitzen für rund 500 Mrd. DM Staatsschuldpapiere, und niemand spricht davon, daß sie der Zinsen darauf verlustig gehen. Sie fordern, der Staat soll „zukunftsichernde Investitionen“ vornehmen; der Staat muß flüssig sein, falls im Auslandsgeschäft Risikobürgschaften fällig werden; der Staat muß seine „eigentlichen Aufgaben“ („innere und äußere Sicherheit“) wahrnehmen. Und, so das Kalkül der großen Bourgeois, können wir mit dem Ruf nach weniger Staat nicht am besten der Debatte entgehen, wer sich eigentlich all die Jahre an der Staatsschuld bereichert hat?

Quellenhinweis: Geschäftsbericht der Deutschen Bank AG, 1981; BDI, Jahresbericht 1971/72.

Neue Gewalttaten gegen Demokratische Oppositionelle in der Türkei/Kurdistan — Unbegrenzter Hungerstreik in Militärgefängnissen

(Pressemitteilung) Wie Birkom, die Vertretung der demokratischen Oppositionellen der Türkei und Türkei/Kurdistan im Ausland, heute in Bonn mitteilte, befinden sich seit dem 15. Juli ca. 40 Gefangene im Militärgefängnis in Diyarbakir in einem unbegrenzten Hungerstreik. Die Gefangenen sehen ihren Hungerstreik als das letzte Mittel an, um ihren Forderungen nach Abschaffung jeglicher Folter und humanen Haftbedingungen Gehör zu verschaffen.

Die Gefangenen in Diyarbakir sind nach wie vor schwersten Folterungen und katastrophalen Haftbedingungen ausgesetzt, die bereits schwere gesundheitliche Schädigungen hervorgerufen haben.

Bereits am 25. Mai 1982 hatte amnesty international die türkische Regierung aufgefordert, einer ai-Delegation, in der auch Mediziner vertreten sein sollten, Zutritt zu dem Militärgefängnis in Diyarbakir zu verschaffen, damit sie sich an Ort und Stelle über die Behandlung der Gefangenen informieren konnte. Die türkische Regierung hat bisher auf das Schreiben von ai nicht reagiert.

Von den Hungerstreikenden sind bereits fünf (alle Mitglieder des ZK der Arbeiterpartei, PKK), Kemal Pir, Mehmet Hayri Durmus, Mustafa Karasu, Bedrettin Kavak, Ali Cicek an den Folgen des Hungerstreiks, und nachdem ihnen jede medizinische Versorgung verweigert worden war und sie weiterhin Folterungen durch die Militärpolizei ausgesetzt waren, gestorben, sowie der Gefangene Aziz, der die Gefangenen finanziell unterstützt hatte, verhaftet und dann durch Folterungen ermordet wurde. Seine Familie bezahlt nun 3 Mio. türkische Lira, um den Leichnam zu bekommen. Sieben weitere Gefangene, Fuat Cavgun, Izzetin Aktas, Fevzi Yetkin, Ali Haydar Yetkin, Selahattin Tekinalp, Hamza Tekes und Müslüm Ay liegen im Koma. Die Gefangenen Mehmet Sener, Muzaffer Ayata, Hamit Baldemir, Ali Riza Altun sind ebenfalls in einem sehr schlechten Zustand.

Der Neurologe Cemil Tanriverdi, der den Gefangenen im Militärgefängnis Diyarbakir ärztliche Atteste, gefoltert worden zu sein, ausgestellt hatte, wurde Anfang September von Beamten des türkischen Geheimdienstes MIT

(dem Militärrichter Emrullah Kaya und dem Hauptmann Esat Yolsaran) in seinem Haus ermordet. Der Anwalt der Gefangenen, Hüseyin Yildirim, der wiederholt gegen die Behandlung, der seine Mandanten unterworfen worden sind, protestiert hatte, wurde ebenfalls von Beamten des türkischen Geheimdienstes MIT tödlich angegriffen. Sie drohten ihm an, daß ihm das gleiche Schicksal wie Cemil Tanriverdi widerfahre, falls er noch einmal seine Mandanten im Gefängnis aufsuche.

Angesichts dieser Zustände ruft Birkom alle demokratischen Kräfte und Menschenrechts-Organisationen auf, gemeinsam durch einen Protestbrief an die türkische Militärregierung diese aufzufordern, der ai-Delegation zum Militärgefängnis Zutritt zu gewähren, und bessere Haftbedingungen zu fordern, damit der Hungerstreik beendet wird.

Anschrift: Kenan EVREN
— Milli Güvenlik Konseyi Bas-
kani — Cankaya Köşkü —
ANKARA

14.9.82, Birkom, Ebertplatz/
12, 5000 Köln 1

Zu den bayerischen Landtagswahlen am 10. Oktober 1982 sind zwölf Parteien zugelassen. CSU, SPD, FDP, NPD, BP (Bayernpartei), DKP und die Grünen sind mit Listen in allen sieben Wahlkreisen vertreten. Der Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) beteiligt sich mit einer Liste im Wahlkreis München-Oberbayern und im Stimmkreis Milbertshofen an den Landtagswahlen. Die hierzu erforderlichen 500 Unterstützungsunterschriften für den Wahlvorschlag des BWK wurden gesammelt und bei dieser Tätigkeit mittels Wahlinformationen der Angriff auf die Politik und Ideologie der CSU betrieben.

Der Zweck der Wahlbeteiligung des BWK besteht vor allem darin, die auf Demagogie beruhenden reaktionären Sammlungsbemühungen der CSU zu stören und das Zusammenwirken aller Kräfte in Bayern gegen den Deutsch-Nationalismus und gegen die Reaktion zu fördern.

Verstärkt hat die CSU in den letzten zwei Wochen unter dem Thema „Hält unser soziales Netz?“ die Interessen der Lohnabhängigen angegriffen. CDU-Blum will „soziale Hängematten“ beseitigt wissen, ist für die Abschaffung des BA-FÖG, die Erhöhung der Krankenkassenbeiträge für Rentner auf die Höhe der Beiträge der berufstätigen Arbeiter (zwecks „Gerechtigkeit“) und sieht in der Familie den Kern des „Zusammenhalts der Nation“, was für die Zukunft von entscheidender Bedeutung sei.

Staatsminister Pirkel will die „Behinderteneintrittsbrettfahrer“ gänzlich beseitigt wissen. Ungehindert kann die CSU in ihren Veranstaltungen ihre reaktionäre Propaganda verbreiten. Pirkel läßt außer seiner Meinung keine andere im Bierzelt zu, und empörte Zuhörer über die „Sozialpolitik“ der Christlich-Sozialen Union werden nach Zwischenrufen von der Polizei aus dem Saal geschafft. Blum wird auf seiner Veranstaltung wegen seiner reaktionären Familienideologie angegriffen und sieht sich anscheinend gezwungen, dann vorbereitete Diskussionsbeiträge von Mitgliedern der Jungen Union vortragen zu lassen. Was für einige Anwesende die Frage aufwarf, ob er auf die Argumentation gegen reaktionäre Familienideologie keine Antwort wußte.



Erstmals zu einer einheitlichen Demonstration am 11. September anlässlich des 2. Jahrestages des Militärputsches in der Türkei hatten über 30 türkische und kurdische Organisationen sowie einige westdeutsche Organisationen und Komitees nach Frankfurt aufgerufen. 30000 Teilnehmer forderten die sofortige Einstellung der Unterstützung der Junta durch die Bundesregierung.

Wovor die Kapitalisten Angst haben, geht auch daraus hervor

Das Lambsdorff-Papier hat ja nun wirklich viel Wind gemacht; die darin enthaltene Hauptaussage jedoch wird kaum zitiert. Sie lautet:

„Die Konsequenz eines Festklamerns an heute nicht mehr finanzierbare Leistungen des Staates bedeutet nur die weitere Verschärfung der Wachstums- und Beschäftigungsprobleme sowie eine Eskalation in den Umverteilungsstaat, der Leistung und Eigenvorsorge zunehmend bestraft und das Anspruchsdenken weiter fördert – und an dessen Ende die (im Original unterstrichen) *Krise des politischen Systems steht*“. Ende der Lambsdorff-Botschaft.

Nun könnte man sich fragen, ob nicht Verfahren der Sozialdemontage



die Krise beschleunigt herbeiführen werden. Hierzu Lambsdorff:

„Ihr Erfolg (der Haushaltspolitik, Anm. d. Vf.) wird allerdings nicht zuletzt davon abhängen, ob die (im Original unterstrichen) *Lohnpolitik* auch bei einer solchen Orientierung der staatlichen Politik die notwendige Verbesserung der Ertragsperspektiven sowie die relative Verbilligung des Faktors Arbeit zuläßt.“ Und weiter:

„Sicherlich wird es bei einer solchen Politik zu Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften kommen, die sich auch negativ auf das Stimmungsbild auswirken können.“ Aber:

„Die Gewerkschaften selbst müssen jedoch vorrangig an einer Lösung der Beschäftigungsprobleme orientiert sein. Es wird deswegen sehr darauf ankommen, daß Bundesregierung und Bundesbank übereinstimmend die be-

schäftigungspolitische Mitverantwortung der Tarifparteien deutlich machen.“ Und dann im Brustton:

„Der notwendige soziale Konsens kann dauerhaft nur gesichert werden, wenn die Arbeitslosigkeit konzentriert und nachhaltig bekämpft wird.“

Der letzte Satz könnte direkt aus DGB-Öffnungen tönen. Aber nicht auf diese Parallele kommt es uns an. Interessant finden wir vielmehr, daß mit großer Deutlichkeit in diesem Lambsdorff-Dokument zu lesen steht, wie aktuell den Kapitalisten das Fangballspielen mit der Arbeiterbewegung abzugewöhnen sei.

Lambsdorff sagt unverhohlen: eine Haushaltspolitik wie die von ihm ins Auge gefaßte müßte scheitern, wenn nicht die Gewerkschaften sich auf eine relative Verbilligung des Faktors Arbeit einließen.

Gegenwärtig tagt die IG-Metall noch in Klausur. Bis jetzt ist nicht bekannt geworden, in welche Richtung der Hauptvorstand die Lohndiskussion befördern will. Die IG-Metall kann jetzt der in Neubildung begriffenen Regierung entscheidende Schützenhilfe geben: Sie braucht bloß verkünden, die Arbeitsplatzschaffung habe Vorrang vor allem anderen. Die IG-Metall kann aber auch sich entschließen, eine angemessene Lohnforderung aufzustellen, und sei es nur mit der verqueren Begründung, dies schaffe Spielraum für Verhandlungen um die tarifliche Arbeitszeit.

Vorherzusagen ist indes mit Sicherheit das Folgende: Wenn die Gewerkschaftsbewegung marktwirtschaftliche Argumentation in jeder Frage zuläßt, bloß nicht hinsichtlich der Kosten für die Wiederherstellung gelieferter Arbeitskraft, so wird die Gangart der Kapitalistenklasse unbedingt noch härter werden. Bis jetzt ist nämlich überhaupt noch nichts entschieden.

Da gegenwärtig so viel spekuliert wird, einmal eine andere Spekulation: Wenn die IG-Metall sich nicht entschließt, in den Lohnverhandlungen die tatsächlichen Gestehungskosten für die Arbeitskraft zu veranschlagen, so wird sich zeigen, daß diese Rechnung von den Belagschaften der metallverarbeitenden Industrie trotzdem aufgemacht wird. Es ist nämlich auch eine wirtschaftliche Elementar-Tatsache, daß der Arbeiter Geld braucht, um leben zu können; und eine andere ist: daß er's kriegen kann, wenn er streikt. Der „Faktor Arbeit“ besteht nämlich

aus Menschen, die vielleicht keine Lust haben, „relativ verbilligt“ und dadurch einem menschenwürdigen Leben immer ferner zu werden.

Leider gebieten die politischen Verhältnisse auch andere Überlegungen: Die SPD sieht sich gegenwärtig unter dem gestrengen Auge der kapitalistischen Öffentlichkeit auf dem Prüfstand. Wird diese Partei sich auch dann als verlässlich erweisen, wenn ihre Reformhoffnung in den Kapitalismus mit Füßen getreten wurde? Wenn ja, dann darf sie dermaleinst vielleicht wieder für ein paar Jahre dran oder gar dranbleiben, irgendwie wenigstens. Wie viele SPD-Gewerkschafter mögen wohl jetzt schon die Parole ausgeben: *brav bleiben!* Oder war's nicht wunderbar, auch mal dran gekommen zu sein? Und wie gelang dies? Duldung der Wiederbewaffnung, des KPD-Verbot und, als man dran war, die Berufsverbote, entwickelt von Willy Brandt.

Aber das ist falsch: die CDU mußte damals abtreten, weil die Arbeiterklasse und anwachsende Volksteile den CDU-Staat satt hatten und ihre Bereitschaft zum politischen und wirtschaftlichen Kampf spürbar zunahm. So war es und nicht anders.

Quellenhinweis: Dr. Otto Graf Lambsdorff, Konzept für eine Politik der Überwindung der Wachstumsschwäche und zur B. kämpfung der Arbeitslosigkeit, Bonn, 9.9.82

11. IGM-Frauenkonferenz Anhebung der unteren Lohngruppen gefordert

216 Delegierte, die rund 377000 weibliche Mitglieder der IG Metall vertreten, und 248 Gäste waren zur 11. Frauenkonferenz der IG Metall vom 8. – 10. September nach Frankfurt gekommen. Sie berieten über 127 Anträge aus den Bezirken zu den Schwerpunkten: Tarifpolitik, 35-Stundenwoche, Teilzeitarbeit, Sozialpolitik, Frieden und Abrüstung, ausländische Arbeitnehmer, Sparbeschlüsse.

Zu zahlreichen Wortmeldungen kam es nach dem Eröffnungsreferat von Eugen Loderer, 1. Vorsitzender der IG Metall. Sehr erobst war die Mehrzahl der Delegierten, daß er zu dem Thema: „Die gewerkschaftspolitischen Herausforderungen der 80er Jahre“ nur allgemeine Aussagen zur wirtschaftlichen Lage machte. Sie warfen ihm vor, er und der Vorstand insgesamt seien wohl gegen Strukturveränderungen in den unteren Lohngruppen und Abschaffung der untersten Lohngruppe. Hier müsse aber etwas geschehen, auch wenn auf Prozente in den oberen Gehaltsgruppen verzichtet werden müsse. Da in den letzten Tarifrunden die aufgestellten Forderungen zu den unteren

Lohngruppen während der Tarifrunde wieder fallengelassen wurden, werde der Vorstand sie wohl diesmal gar nicht erst aufstellen, um sein Gesicht nicht zu verlieren, mutmaßte man.

Mehrere Delegierte berichteten, daß in ihrem Arbeitsbereich die Frauen überwiegend in den Lohngruppen 1-3 eingestuft sind. Der Grundlohn beträgt in der Lohngruppe 1 8,24 DM brutto die Stunde, im Akkord kommt man auf ca. 1300 DM netto im Monat.

Neun Anträge lagen zur Entlohnung der Frauen vor, die alle einstimmig, z.T. als Material zu den beiden Leitartikeln aus Hamburg und Bochum, verabschiedet wurden: „Die Delegierten der 11. Frauenkonferenz fordern den Vorstand und zugleich alle Tarifkommissionen auf, sich dafür einzusetzen, daß das in den Tarifbewegungen 79/80 und 82 angestrebte, aber nicht im Sinne einer echten Strukturveränderung durchgesetzte Ziel einer verstärkten Anhebung der unteren Gruppen nicht wieder fallengelassen, sondern mit verstärkter Kraft weiter verfolgt wird ... daß die Entgeltabstände in absoluten Zahlen zwischen der untersten Lohngruppe und dem Ecklohn infolge prozentualer Tarifabschlüsse ständig größer geworden sind ... Da sich abzeichnet, daß die ... von der Organisation angestrebte grundsätzliche Neugestaltung der Gruppen mit veränderten Entgeltrelationen, insbesondere durch Festlegung eines angemessenen tariflichen Mindesteinkommens, im Rahmen gemeinsamer Entgelttarife für Arbeiter und Angestellte nur längerfristig zu erreichen sein wird, sind kurzfristige Verbesserungen für die unteren Gruppen als Zwischenschritt zur Erreichung einer sozial gerechteren Entgeltstruktur dringend erforderlich.“

Die Militarisierung der Frauen, ist das keine Herausforderung der 80er Jahre, fragte eine Delegierte Loderer, da er dies mit keinem Wort erwähnt hatte. Wir wollen mehr Frauenarbeitsplätze und keine Frauen in die Bundeswehr, wo Apel uns gerne hätte. Gegen die Stimmen des Vorstandes wurde mit großer Mehrheit beschlossen, alle Friedensinitiativen zu unterstützen, soweit sie nicht gegen Gewerkschaftsbeschlüsse verstoßen.

Aus Anlaß der Frauenkonferenz demonstrierten am 9. September über 10000 Teilnehmer in Frankfurt gegen die geplanten Sparbeschlüsse im Haushalt 83. Auf Transparenten und in Sprechchören wurde gefordert: Nur Streik verhindert Aufrüstung, Gewerkschafter gegen Nato-Pläne, Rüstungsabbau statt Sozialabbau, keine Frauen in die Bundeswehr, für die Anhebung der unteren Lohngruppen, für die 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich.

Arbeitsschutzgesetz

Ehrenbergs Nachfolger bietet den Kapitalisten neue Freiheiten an

Das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung hat seinen „Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes“ in stark veränderter Fassung mit Datum vom 21.7.1982 in die Öffentlichkeit gebracht. Alle Fragen des Arbeitsschutzes, durch den die Arbeitszeitordnung abgelöst werden soll, werden auf Durchbrechung des Normalarbeitstages ausgerichtet und erleichtern die willkürliche Handhabung durch die Kapitalisten: „Das neue Arbeitszeitkonzept besteht im wesentlichen darin, daß nur wenige Höchstgrenzen für die zulässige Arbeitszeit festgelegt werden und dieser Gesetzesrahmen durch Tarifverträge oder unter bestimmten Voraussetzungen durch Betriebsvereinbarung oder Arbeitsvertrag ausgefüllt werden kann. Zur weiteren betrieblichen Flexibilität sollen Ausnahmemöglichkeiten durch die Überwachungsbehörden beitragen.“

Die Verlängerung des einzelnen Arbeitstages durch Überstunden geschieht hauptsächlich über die Schichtarbeit. Vorgesehen sind bis zu 12 Stunden täglich, „wenn hierdurch zusätzliche arbeitsfreie Tage erzielt werden“. Das gewerkschaftliche Anliegen, die Folgen der Schichtarbeit durch größeren Freizeitausgleich zu bekämpfen, wird ins Gegenteil verkehrt. Ausdehnung der Schichten, Ermöglichung von ununterbrochener Arbeit bloß mit doppelter Besetzung wird angestrebt.

Die Höchstarbeitszeit von 10 Stunden täglich und 48 Stunden wöchent-

lich, „bei anderer Verteilung der Arbeitszeit im Durchschnitt von 4 Wochen“ (§ 20) wird grundsätzlich in Frage gestellt durch die Möglichkeit, darüber hinausgehende schlechtere Regelungen durch Tarifvertrag festzulegen. Eindeutig ist die Absicht, die Gewerkschaften in die Verantwortung für das Zerbrechen des Normalarbeitstages zu zwingen. Weigern sie sich, so können die Kapitalisten auf die Betriebsräte durchgreifen. Wo eine betriebliche Vertretung der Belegschaft fehlt, sollen sie mit dem einzelnen Arbeitsvertrag frei schalten können. Mehrarbeit durch Betriebs- oder Dienstvereinbarung oder durch Arbeitsvertrag „setzt zusätzlich ein dringendes Bedürfnis für die Mehrarbeit voraus“. Wie soll sich jedoch ein einzelner Arbeiter oder Angestellter gegen solche Zumutungen wehren? Infam ist die Begründung, warum das „dringende Bedürfnis“ bei Tarifverträgen nicht nötig ist: „Von Tarifvertragsparteien kann erwartet werden, daß sie Mehrarbeit nur in begründeten Fällen und nur in gesundheitlich vertretbarem Umfang vereinbaren.“

Einen großen Einbruch plant das Arbeitsministerium bei den Beschäftigungsverboten für Frauen. Bestehen bleiben soll nur noch das Verbot, Frauen im Bergbau unter Tage, in Kokereien, an Hochöfen und in Stahlwerken zu beschäftigen. Alle übrigen Probleme der Überlastung des weiblichen Organismus werden erledigt durch eine



Die Baukapitalisten wollen früheren Arbeitsbeginn für Jugendliche und Aufhebung des Beschäftigungsverbotes für Frauen.

Tabelle über das zulässige Tragen von Lasten, die für Männer und Frauen angelegt ist. Der noch geltende weitere Schutz, begründet das Ministerium, stamme noch aus einer Zeit, „in der die Rolle der Frau im Berufsleben und die Notwendigkeit, den Frauen im Berufsleben die gleichen Chancen wie den Männern zu eröffnen, anders beurteilt wurden als heute“. Chancengleich können sich Frauen dann in Steinbrüchen, auf Baustellen usw. ihre Berufskrankheiten holen und besondere Schäden, die die Fähigkeit, Kinder und zudem noch gesund auf die Welt zu bringen, gefährden. Der körperliche Verfall der Arbeiterbevölkerung wird in Kauf genommen.

In der Begründung wird behauptet, das Nachtarbeitsverbot für Frauen werde erhalten. Bei näherem Zusehen ergibt sich, daß das Nachtarbeitsverbot noch stärker als im ersten Entwurf eingeschränkt wird. Bei Schichtarbeit soll nicht mehr nur ein Beschäftigungsverbot zwischen 23 Uhr und 5 Uhr gelten, sondern das Verbot der Beschäftigung „von 23 Uhr bis 5 Uhr oder von 24 Uhr bis 6 Uhr“. Damit wäre die Zeit der möglichen Beschäftigung wiederum um eine Stunde flexibler und in die Nacht hinein verlängert. Noch mehr Ausnahmen sind vorgesehen u.a. bei Beschäftigung bei Messen und Ausstellungen, beim Sport und in öffentlichen Versorgungsbetrieben.

Die Kapitalisten sind nicht zufrieden mit den bisherigen Änderungen. Ihre Kritik richten sie sogleich gegen den zweiten Schwerpunkt des Gesetzentwurfs, den Arbeitsschutz. Das Institut der deutschen Wirtschaft wendet ein, eine umfassende Reform des Arbeitsschutzrechts sei gar nicht erforderlich. Das geltende System habe sich bewährt. Als Beweis werden die Erfolge bei der Unfallverhütung angeführt. Dieses Argument dient nur der Verhinderung der finanziellen Pflichten der Kapitalisten auf anderen Gebieten. Denn für die Unfallversicherung haben allein die Kapitalisten aufzukommen, was ihrer Fähigkeit, etwas für den Unfallschutz zu tun auf dem Wege der Kosteneinsparung, ganz gut nachhilft. Eine entsprechende Regelung für die Krankenversicherung muß die Arbeiterbewegung jedoch noch erst durchsetzen. In diesem Sinne polemisiert das IW: „Der Entwurf dehnt den Geltungsbereich des Arbeitsschutzrechtes weit über die traditionellen und bewährten Grenzen aus.“

Frau Blättel, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB, kritisierte die Verschlechterungen des Gesetzentwurfs in diesen Fragen. Auf der Sitzung des DGB-Bundesarbeiter-Ausschusses forderte sie u.a. die „Aufstellung zwingender Maßstäbe für den gesundheitlichen

Schutz der Arbeitnehmer“, den „Aufbau eines Systems zur Erfassung chemischer, physikalischer und biologischer Einwirkungen auf die Gesundheit am Arbeitsplatz“. Die von ihr verlangte „Verbesserung dieses Gesetzentwurfes, bevor er in die parlamentarische Beratung eingeführt wird“, wird das Ministerium nicht vornehmen.

Quellenhinweis: Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft vom 2.9.1982; DGB-Nachrichtendienst 196/82 vom 16.9.1982; Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes und Begründung, Stand 21. Juli 1982.

Katholikentag

„... das Kapital nicht von der Arbeit trennen“

Katholikentag '82: Skeptisch fragte das Handelsblatt, Organ der Großindustrie und Großfinanz, ob die katholische Soziallehre endlich neue Antworten auf Probleme wie Arbeitslosigkeit, Wachstums- und Investitionsschwäche etc. habe. Unverhohlen der Wunsch, die Kirche solle gegen die reformistische Ideologie in den Gewerkschaften eine konservative Offensive eröffnen. Aber das Handelsblatt sah auch einen Lichtblick: in dem „vielbeachteten“ Referat von Wilhelm Weber, seines Zeichens Professor am Institut für Christliche Sozialwissenschaft zu Münster. Seine Thesen:

– Je satter die Arbeiter sind, desto aufwendiger die Bemühungen der Gewerkschaften, ihre Existenzberechtigung nachzuweisen. Dazu müssen Erfolge verdrängt, muß immer wieder Unzufriedenheit geschürt werden. Der jesuitische Altvater der Soziallehre Nell-Breuning, von H.O. Vetter 1979 ausgerechnet mit einem DGB-Preis ausgezeichnet: „... mir mißfällt, daß sie ihren Mitgliedern immer wieder indoktrinieren, was sie doch für erbarungswürdige Wesen seien ...“

– Die Gewerkschaften antworten auf das Dilemma mit einem nicht legitimierten Universalanspruch, verwechseln Gewerkschaftsziele mit dem Gemeinwohl oder predigen Klassenkampf, z.B. gegen die Haushaltsoperation '83. Weber stört auch die Position der Gewerkschaften zum § 218.

– Klassenkampf ist hierzulande überholt. Zwar existiert noch der Gegensatz von Kapital und Arbeit, aber viel realer sind die Widersprüche zwischen denen mit und denen ohne Arbeit, zwischen Familien mit Kindern und ohne, zwischen Groß- und Kleinunternehmen.

– Freie Gewerkschaften müssen sich zur freiheitlichen Ordnung bekennen, zum Pluralismus, d.h. zum Kapital. Denn mit der Ausschaltung der Kapitalisten ist Demokratie und Pluralismus zu Ende, aber auch die Gewerkschaftsfreiheit, siehe drüben!



Kath. Gewerkschaftspolitik: Kardinal Hoffner (rechts) verbot auf dem Kirchentag Infostände der ÖTV gegen die Entrechtung der Kirchenbediensteten.

– Weil alle Bürger „in einem Boot“ sitzen, „ihre persönlichen Interessen längerfristig parallel laufen“ und die „außenpolitischen Herausforderungen ... soziale Befriedung im Innern“ verlangen, soll ein „Sozialpakt aller Bürger“ geschlossen werden. Dabei ist Mitbestimmung nebensächlich, der Kernpunkt vielmehr: breite Streuung des Risikokapitals durch Miteigentum der Arbeiter an den Produktionsmitteln. Also kräftige Steigerung der Profite durch Lohnsenkung und der Versuch, die Interessen der Arbeiter an die ihres jeweiligen Ausbeuters zu binden.

Dieses Programm zur Verwandlung der Gewerkschaften in staats-treue und kapitalergebene Verbände stößt auf Resonanz – angesichts der Krise und der Hoffnung vieler, durch zeitweilige Opfer eine dauerhafte Besserung ihrer Lage zu erreichen. Befriedigt konstatiert Weber, daß die Idee von der Beteiligung am Produktivvermögen von einigen DGB-Gewerkschaften aufgegriffen ist. Und die christliche Spaltergewerkschaft CGB meldet für's letzte Jahr einen Mitgliederzuwachs um 20% auf 300000.

Quellenhinweis: Handelsblatt, 6.9. und 8.9.

Saurer Regen

Die Russen sind schuld. Baums Vorschläge

BILD am 10.9.8: „Saurer Regen: Unser Wald ist krank. In der Bundesrepublik sind 600000 der 7,7 Millionen Hektar Wald durch den sauren Regen beschädigt, sagt das Landwirtschaftsministerium. Die Sowjets sind mit 28% die größten Luftverpester.“ Diese Meldung – Ergebnis einer Tagung der Landesanstalt für Ökologie, Landschaftsentwicklung und Forstplanung – geht am 10.9. durch die meisten Tageszeitungen. Ein „Experte“ der

Ruhr-Universität auf der Tagung: 50% der Schwefelschadstoffe seien aus dem Ausland importiert. Einige Tage später wird dann teilweise Minister Baum zitiert, die Bundesrepublik würde auch 50% ihrer Schwefelschadstoffe „exportieren“. Interpretiert man die in diesem Zusammenhang veröffentlichten Zahlen etwas näher, erkennt man schnell, daß es sich um eine geschickte Pressekampagne handelt, die aus einem der größten Umweltverschmutzungstäter – der BRD – ein eher harmloses, auf Abhilfe bedachtes Opfer machen soll.

1. Die BRD ist ein sogenannter Netto-Exporteur von Schwefelschadstoffen. Nur etwa 70% des gesamten Schwefeldioxids, das hier produziert wird, schlägt sich auch hier nieder.

2. Die Zahlen über die Sowjetunion beruhen auf einem Zahlenspielertrick: Es werden die Gesamt mengen und die Prozentzahlen in Bezug auf ganz Europa verwendet; bezogen auf die Fläche ergibt sich: In der BRD werden 14,4 t SO₂/km² pro Jahr produziert, in der SU 2,9 t SO₂/km². Der europäische Teil der SU umfaßt ca. 55% der Fläche Euro-

pas, die BRD ca. 2,5%. Der größte Teil der 28% in der SU produzierten Schadstoffe wird sich auf der großen Fläche der SU selbst niederschlagen.

Dennoch ist es Ex-Minister Baum auf der Umweltkonferenz in Stockholm gelungen, die BRD als vorbildlich hinzustellen. Jetzt wird von der Bundesregierung die Rauchgasentschwefelung als europäischer Standard gefordert, wie angeblich in der BRD. Hier sollen alle großen Neuanlagen (über 175 MW) mit Rauchgasentschwefelung ausgestattet werden. Dies ist laut Spiegel 34/82 „Stand der Technik“, wahrscheinlich sogar ein gewisser Konkurrenzvorteil der BRD. Alte Anlagen sollen laut Baum nachgerüstet werden, jedoch innerhalb einer Frist von zehn Jahren oder innerhalb von fünf Jahren stillgelegt. Dies geht jedoch laut Bundesimmissionsschutzgesetz nur per nachträglicher Anordnung – falls es wirtschaftlich ist – und hierüber läßt sich sicher vor deutschen Gerichten trefflich streiten, mit aufschiebender Wirkung, versteht sich.

Quellenhinweis: Bild, 10.9.; Handelsblatt, 2.9.; Süddeutsche Zeitung, 13.9.82.

Innere Sicherheit

CDU: „Sozialer Friede“ muß sein – unter dem Polizeistiefel

Die CDU hat für die beabsichtigte Regierungsübernahme angekündigt, daß der staatliche Gewaltapparat nicht nur weiter ausgebaut, sondern auch brutal eingesetzt werden soll. Zwar spricht sie in der Öffentlichkeit meist davon, daß die wachsende Zahl von Rechtsverstößen schuld sei, wenn die Polizei und Gerichte künftig härter vorgehen müßten. Aber die wachsende Kriminalität ist nur ein Vorwand, die Reaktion hat die Arbeiterbewegung im Auge. Jede Opposition gegen Ausbeutung und Unterdrückung stört die westdeutsche Bourgeoisie bei ihren Lohn- und Lebensstandardsenkungsplänen. Die CDU hat die Absicht, diese Opposition zu zerschlagen und weiteren Widerstand im Keim zu ersticken.

Diese Absicht hat die CDU Ende August in „Thesen für die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland“ dargelegt und begründet. Sie kündigt eine Wende in der Innenpolitik an, wenn sie sagt: „Innere Sicherheit als Ausdruck und Voraussetzung sozialen Friedens ermöglicht die freie Entfaltung der Person und solidarisches Zusammenleben, also menschenwürdige Lebensbedingungen.“ Trotz aller Polizeiknüppeleien hat die SPD stets erklärt, sozialer Friede erfordere den Interessenausgleich zwischen Arbeit und Kapital, letztlich müsse immer ein Kompromiß gefunden werden.

Schluß damit, sagt die CDU, dadurch wurde nur das Anspruchsdenken gefördert, die moralischen Grundlagen untergraben und die Menschen unfrieden gemacht. Wer nicht einsieht, daß die Unternehmer jetzt keine Lohnerhöhung zahlen können und dennoch streikt, der stört den sozialen Frieden, und der Polizeiknüppel muß gegen ihn in Aktion gesetzt werden. Denn „innere Sicherheit ist Voraussetzung des sozialen Friedens“.

Und die CDU sagt, wir werden die Opposition gegen das Kernenergieprogramm, die gegen die Wohnungsnot und jede andere, die sich „investitionshemmend“ bemerkbar macht, zerschlagen, wir werden die Arbeiterbewegung den Kapitalisten gefesselt zu Füßen legen, denn nur das ermöglicht die freie Entfaltung der Profitmacherei und das solidarische Zusammenleben von Arm und Reich, denn der Arme soll's spüren, wenn er vergißt, wer sein Herr ist. Kurzum, die „innere Sicherheit als Ausdruck sozialen Friedens“ wäre hergestellt als „sozialer Friede“ unter dem Polizeistiefel, damit sich die Kapitalisten schamlos bereichern können.

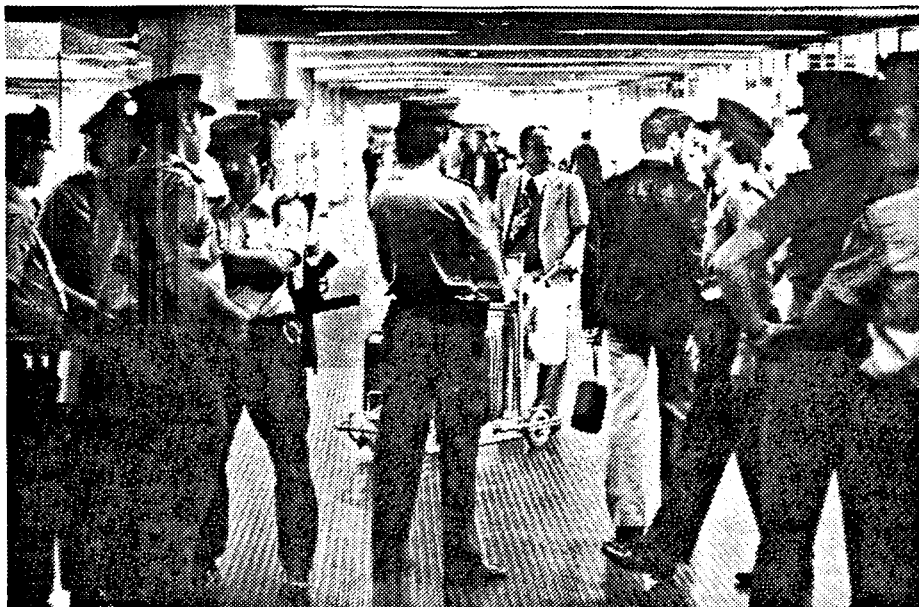
Ob Steuerhinterziehungen und Betrugereien, die mit verschärfter wirtschaftlicher Krise zunehmen, oder gar Verstöße gegen Arbeitsschutzvorschriften, Kündigungsschutzgesetz,

Tarifverträge und Betriebsverfassung, die CDU will die gesetzlichen Schranken lockern. Was kümmert sie, daß 1980 immerhin über 12 Prozent der Kapitalisten vor Arbeitsgerichten angeklagt wurden, das Doppelte (bei beträchtlicher Dunkelziffer) wie die vielbeklagte Kriminalitätsrate, nach der im Durchschnitt 6 Prozent der Bevölkerung eine Strafanzeige erhielten? Sicher, die Wirtschaftskriminalität „gefährdet das Vertrauen in die freiheitliche Ordnung... Der Schaden, den die Wirtschaftskriminalität anrichtet, erreicht alljährlich Milliardenbeträge. Er ist größer als der materielle Schaden, den alle anderen Straftaten verursachen. Dabei ist die Dunkelziffer sehr hoch. Den Gegner der Sozialen Marktwirtschaft wird es leicht gemacht, sie als korrupt zu bezeichnen und“ – jetzt kommt ein für die Ritter der Sozialen Marktwirtschaft gegen den Ungeist des Kommunismus selten blödes Argument – „zu verschweigen, daß die Planwirtschaft in den sozialistischen Ländern ihre eigene Wirtschaftskriminalität hervorgebracht hat.“ Aber: „Unserer freiheitlichen Wirtschaftsordnung widerspricht ein so dichtes Netz von Kontrollen, daß Mißbräuche ganz ausgeschlossen werden können.“ So vollendet sich die schöne Harmonie von „innerer Sicherheit als Ausdruck sozialen Friedens“ in dem Freifahrtsschein an die Kapitalisten, daß sie nichts und niemand an brutaler Ausbeutung und hemmungsloser Bereicherung hindern soll, denn das widerspricht „unserer freiheitlichen Wirtschaftsordnung“.

Nur noch Staatsfeinde wenden sich gegen diese Sorte „sozialen Frieden“. „Gemeinschaftszerstörende Neigungen einzelner bedrohen die Grundlagen des sozialen Friedens von innen her. Deshalb bedarf der Staat der Macht, um den zur Rechenschaft zu ziehen, der die geltende Rechtsordnung bricht... Wer sich gegen den Rechtsstaat



Stuttgart-Stammheim.



Razzia des Bundesgrenzschutzes auf dem Flughafen

wendet, zerstört das Gemeinwesen.“ Damit hat die CDU eine reaktionäre Suppe angerührt aus „sozialer Frieden“ und „Gemeinschaft“, Begriffen, die über die reaktionäre Verfassung hinaus gehen. Künftig wäre nicht nur die revolutionäre Kritik des Privateigentums an Produktionsmitteln verboten, sondern die Bedrohung der „freiheitlich demokratischen Grundordnung“ „geht auch von denen aus, die alles in Frage stellen und aus vermeintlich höherer Einsicht entschlossen sind, sich über Gesetz und Ordnung hinwegzusetzen, und Rechtsbrüche verharmlosen.“ Bei entsprechenden Wahlergebnissen hätte die CDU auch jene Mehrheit im Bundesverfassungsgericht, um sich eine solche Rechtsauffassung höchststrichterlich bestätigen zu lassen. Jede Kritik an Ausbeutung und Unterdrückung könnte so für kriminell erklärt werden. „Das Phänomen des Terrorismus ist aus der politischen und sozialen Struktur der Bundesrepublik nicht zu rechtfertigen. Denn in der Bundesrepublik Deutschland gibt es ein Höchstmaß an politischer Freiheit und sozialer Sicherheit. Dies muß im Bewußtsein eines jeden Bürgers verankert werden. Der Bürger muß sich mit seinem Staat identifizieren.“

Die CDU wendet sich mit diesen Thesen gezielt an die „Sicherheitsorgane“. Die Polizeimeute wird scharf gemacht. Die CDU liefert den Bundeskriminalern, den Verfassungsschützern, Einsatzleitern, Oberstaatsanwälten die Rechtfertigungsgründe für ein hemmungsloses Vorgehen gegen sämtliche sozialen Bewegungen der Arbeiter und Volksmassen. Und die CDU sichert ihnen dabei jede Rückendeckung zu. „Die Sicherheitsorgane repräsentieren im freiheitlichen Rechtsstaat den Verteidigungswillen der Gemeinschaft. Deshalb ist jeder Versuch, den Einsatz rechtsstaatlicher Mittel gegen Verbre-

cher zu diskriminieren, ein Angriff gegen die von der Mehrheit der Bevölkerung bejahte staatliche Ordnung.“

Und wenn die rechtsstaatlichen Mittel nicht ausreichen, um bei der „Mehrheit der Bevölkerung“ das rechte bejahende Gefühl für „die Gemeinschaft“ herzustellen? Der Staat braucht mehr Terrormittel, besonders die „vorbeugende Verbrechensbekämpfung“ muß verbessert werden. Da Abschreckung die beste Vorbeugung und da Einsperren (noch) die beste Abschreckung ist: „Die von der SPD/FDP-Koalition auf 15 Jahre herabgesetzte Mindestverbüßungszeit der lebenslangen Freiheitsstrafe ist auf 20 Jahre anzuheben. Für bestimmte Delikte der Schwerekriminalität sollte das Höchstmaß der zeitlichen Freiheitsstrafe von derzeit 15 auf 20 Jahre heraufgesetzt werden. Die Bildung einer kriminellen und terroristischen Vereinigung und die Beteiligung an ihr müssen als Verbrechen bestraft werden.“ Und soll man „die Gemeinschaft“ nicht am besten ganz und für immer vor solchen Verbrechen schützen? „Die Gerichte müssen in die Lage versetzt werden, gegen Gewaltverbrecher die Sicherheitsverwahrung auszusprechen, wenn diese mindestens drei vorsätzliche Straftaten begangen haben ... Eine vorherige Verurteilung ist nicht notwendig.“ Statt U-Haft also gleich in die Sicherheitsverwahrung! Außerdem verlangt die CDU, bei „Straftaten der Schwerekriminalität“ soll keine Bewährung mehr gegeben werden.

Die CDU verspricht dem Polizeiapparat eine Ausdehnung der Machtbefugnisse. Nichts soll nicht mehr erlaubt sein. „Die polizeiliche Fahndung muß intensiviert werden. Es ist unerträglich, daß ständig etwa 125 000 Personen in

den polizeilichen Fahndungsunterlagen geführt werden müssen.“ Die Polizei soll mehr Razzien durchführen, besonders gegen die Ausländer, schlägt die CDU vor: „regelmäßige Kontrollen an Sammelpunkten von Ausländern im Binnenland, um illegal eingereiste Ausländer zu ermitteln, anzuzeigen und alsbald abzuschieben.“ Störende Vorschriften will die CDU beseitigen: „Die Datenschutzvorschriften müssen so ausgestaltet sein, daß die Sicherheitsbehörden ... nicht in unzumutbarer und unverhältnismäßiger Weise in ihrer Tätigkeit beeinträchtigt werden.“ Und schließlich, weil die Verbrechensbekämpfung als „gesamtgemeinschaftliche Aufgabe verstanden werden“ muß, soll die Polizei mehr Spitzel anwerben. „Was die Polizei dazu tut, wird nur nutzen, wenn freie und staatliche Träger der Wohlfahrtspflege und Bürger aus eigener Initiative überall da helfend eingreifen, wo sich Menschen dem Verbrechen zu nähern drohen.“ Und wenn die Menschen eben nicht vom Verbrechen fernzuhalten sind, werden sie so wenigstens angezeigt.

Die CDU bereitet den Staatsapparat auf verschärfte Klassenausinandersetzungen vor und kalkuliert, daß sie mit raschen und schweren Schlägen aufräumen könnte. „Auch wenn der politische Extremismus derzeit keine Gefahr für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung darstellt, so gewinnt er Jahr um Jahr an Boden ... Wirtschaftliche und damit einhergehende gesellschafts- und staatspolitische Krisenperioden können die Gefährdung zur echten Gefahr werden lassen.“ Schließlich weiß die CDU, daß auch ihre Anhängerschaft keineswegs mehrheitlich für ein ungehemmtes Walten der Kapitalisten ist.

Quellenhinweis: CDU, Thesen der CDU für die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, Beschluß des Bundesfachausschuß Innenpolitik der CDU, veröffentlicht am 30.8.1982

Sri Lanka Wohin es das BRD-Kapital so zieht

Als einen Musterfall westlicher Entwicklungshilfe bezeichnete Lamsdorff im Sommer 81 die Aktivitäten der BRD in Sri Lanka. Um 156% steigerte das BRD-Kapital in den letzten zwei Jahren seine Direktinvestitionen. Lamsdorffs Amtsvorgänger Friedrichs hatte im September 74 noch bemängelt, wie wenig Möglichkeiten „aktiver Entwicklungspolitik“ es für das BRD-Kapital in Sri Lanka gebe. Sinneswechsel? Keineswegs.

Im Zusammenhang mit Kreditauflagen des Internationalen Währungsfonds (IWF), der der Regierung in Co-

lombo ein „Beratergremium“ (unter maßgeblicher Beteiligung der BRD) an die Seite stellte, erreichten die Imperialisten seit 1977 eine weite Öffnung des Landes für ihr Kapital. Der Sri Lanka Rand, die Landeswährung, wurde um 85% abgewertet, binnenwirtschaftliche Preiskontrollen wurden aufgehoben, Sozialleistungen und Nahrungsmittelhilfen für die Bevölkerung beseitigt zugunsten eines Investitionsprogramms für Infrastrukturmaßnahmen mit ei-

Urlaub haben nur Angestellte, die zwei Jahre im Betrieb arbeiten, 14 Tage im Jahr. Arbeitsschutzbestimmungen existieren nicht. Die Gewerkschaften sind nicht anerkannt, Streiks verboten. Unter diesen Bedingungen hat das BRD-Kapital die Lohnkosten einschließlich der Lohnnebenkosten unter 1 DM/Stunde gedrückt.

Mit Hinweis auf diese „Erfolge“ organisiert die bundeseigene DEG im De-



Dial Textile Industry, Sri Lanka, 602 Beschäftigte, Fabrik der Adler-Bekleidungs GmbH, Haibach

nem Volumen von 5,38 Mrd. DM für die Jahre 1979 bis 83 (zum Vergleich: Der gesamte Staatshaushalt Sri Lankas hatte 1980 eine Höhe von 3,27 Mrd. DM).

Den Großteil dieser Investitionen verschlingt der Aufbau einer Freihandelszone, wie sie die Imperialisten bereits in 40 Ländern der Dritten Welt durchgesetzt haben. In Sri Lanka sind die BRD-Imperialisten mit sieben Fabriken in der Freihandelszone (4500 Beschäftigte) führend an der Ausbeutung beteiligt. Sie lassen Textilien, Spielzeug, Pinsel und elektronische Teile in ihren Produktionsstätten herstellen, die sie ohne Beteiligung von einheimischem Kapital errichten können.

Steuerfreiheit genießen sie in den ersten zehn Jahren, danach entrichten sie 15 Jahre nur 2% Umsatzsteuer. Die Einfuhr von Maschinen, Anlagen, Bau- und Rohmaterialien ist zollfrei. Gewinne sind nicht zu versteuern und können in unbegrenzter Höhe ins Ausland geschafft werden.

Zu 70% arbeiten in den Fabriken der BRD-Imperialisten Frauen. Die meisten von ihnen sind im Alter von 16 bis 24 Jahren. Als ungelernte oder nur kurz angelernte Arbeitskräfte erhalten sie Tageslöhne zwischen 1,70 DM und 2,25 DM. Arbeiten müssen sie dafür an fünf Tagen 9 Stunden und samstags 6,5 Stunden. Krankheitstage werden nicht bezahlt.

zember dieses Jahres eine „Investorenreise“ nach Sri Lanka, um weiteren Kapitalisten die „aktive Entwicklungspolitik“ schmackhaft zu machen.

Quellenhinweise: Internationales Handbuch, Ravensburg 1981; Sri Lanka, Länderkurzbericht des Stat. Bundesamtes, Wiesbaden 1981; versch. Informationschriften des Sri Lanka Trade and Investment Centre, Düsseldorf.

USA Streiks der Lehrer gegen Gehaltskürzung

Seit Beginn des Schuljahres Anfang September organisieren die US-Lehrergewerkschaften eine Streikbewegung gegen die Senkung der Lehrergehälter. Das Zentrum ist derzeit Detroit. Alle 11000 Lehrer der Grund- und Sekundarschulen streiken seit Montag, 13.9. Die Schulbehörde der Stadt hatte gefordert, daß die Lehrergewerkschaften einer Gehaltskürzung zustimmen und die Verringerung des bezahlten Urlaubs um fünf Tage hinnehmen sollten. Mit den Detroitern Lehrern ist der Streik auf insgesamt 20000 Lehrer in vier Bundesstaaten ausgeweitet worden: Michigan, Illinois, Pennsylvania und Ohio.

Erneut führen die Lehrergewerkschaften mit dieser Streikbewegung den Kampf gegen den Versuch der Bourgeoisie, das Gehaltsniveau der

Lehrer weiter herabzudrücken und darüber das Lohnniveau in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes und auch der Angestellten in der Industrie zu senken. Das Einkommen der Lehrer hat die Bourgeoisie bereits deutlich drücken können. Der Lohnstandard liegt unter dem von 1965. Das Gehalt betrug im Schuljahr 1980/81 durchschnittlich 17200 Dollar im Jahr. Umgerechnet auf Stundenlohn lagen die 8,30 Dollar pro Stunde der Lehrer unter den Stundenlöhnen z.B. der Arbeiter in der Automobil- und Stahlindustrie. Mit geplanten 55000 Entlassungen von insgesamt 2,4 Mio. Lehrern soll der Zwang, Gehaltssenkungen hinzunehmen, erhöht werden.

Über diesen schon gesenkten Lohnstandard übt die Regierung Druck aus auf andere Bereiche des öffentlichen Dienstes. Diesen Druck will sie weiter verstärken, um hier einen Einbruch im Lohnniveau des öffentlichen Dienstes zu erreichen.

Zudem betreibt die Reagan-Regierung, die Ausbildungskosten von den staatlichen Schulen auf die Lohnabhängigen und die Armen abzuwälzen. Auch dagegen richtet sich der Kampf der Lehrergewerkschaften. Zusätzlich zu den generellen Kürzungen des Bundes an die Kommunen, was die Kommunen zu Kürzungen zwingt, streicht die Reagan-Regierung die Zuschüsse an die öffentlichen Schulen zusammen. Insbesondere greift sie die Ausbildungsmöglichkeiten der Lohnabhängigen und der farbigen Nationen an. Die Zuschüsse des Bundes betrugen im Grundschul- und Sekundarschulbereich 1982 3,1 Mrd. Dollar, für 1983 hat die Regierung eine Streichung auf 1,9 Mrd. Dollar vorgesehen.

Die Regierung behauptet, wegen der bisherigen Zuschüsse für die Erziehung Behinderter, für zweisprachige Ausbildung der Kinder der farbigen Nationen und für die Berufsausbildung sei die Begabtenförderung vernachlässigt worden. Wer begabt ist und wozu, das entscheidet der Geldsack. Die Kinder der Lohnabhängigen und der Armen sind begabt zur Arbeit, den Kindern der Reichen läßt die Regierung eine lange Bildung zur Elite angedeihen: Die Hälfte der Kosten für die Ausbildung an Privatschulen sollen jetzt diejenigen, die ihre Kinder auf diese teuren Schulen schicken können, durch Steuererlaß geschenkt bekommen. Gegen diese Sorte Begabtenförderung wenden sich die Lehrergewerkschaften. Auf einer gemeinsamen Delegiertenkonferenz im Juli beschlossen die beiden Lehrergewerkschaften AFT und NEA, bis zum 2. November eine Million Unterschriften gegen das geplante Steuererlaßgesetz zu sammeln.

Quellenhinweis: Digest of Education Statistics 1981, National Center of Educ. Statistics, US-Department of Education. Wall Street Journal 8. und 13.9.82

Mit der Besetzung des Libanon hat Israel sich übernommen, aber die Gefahr der Intervention der Imperialisten wächst

Am 14.9. fällt der Chef der christlichen Falangisten und designierte libanesische Staatspräsident Beschir Gemayel einem Anschlag zum Opfer. Feinde hatte er sich wahrlich durch seine berühmte Rolle im Bürgerkrieg, durch seine skrupellose Brutalität bei Machtkämpfen zwischen den verschiedenen christlichen Organisationen und durch seine langjährige Kollaboration mit Israel, die ihm im August auch zu seiner Wahl zum Präsidenten verholfen hatte, in großer Zahl geschaffen. Nach dem Attentat allerdings verstummt das Gerücht nicht, Israel selbst habe seine Hand im Spiel gehabt. Tatsächlich sind die Invasoren die einzigen, die aus dem Tod Gemayels Nutzen ziehen.

Zwar verbreiten die bezahlten Meinungsmacher in Israel eilig die „Besorgnis“, der Tod Gemayels gefährde den „Sieg in der Operation Frieden für Galiläa“. Doch das Gegenteil ist der Fall. Erst die Besetzung Beiruts bringt Israel einem Sieg in seinem Aggressionskrieg näher, den es militärisch bisher nicht erreicht hat. Denn erst nach dem Rückzug der PLO und dann auch erst, nachdem das Attentat den Vorwand bietet, kann die israelische Armee in den westlichen Teil der libanesischen Hauptstadt einrücken.

Wie die „Österreichische Militärische Zeitschrift“ in ihrer jüngsten Ausgabe recht ausführlich darstellt (und damit die „Überraschung“ der US- und westeuropäischen Imperialisten zurechtrückt), war die Einnahme Beiruts sichtbar von Anfang des Krieges an ein militärisches Hauptziel der israelischen Aggressionstruppen. Dies ist auch einsichtig, denn ohne die Einnah-

me Beiruts würde Israel weder die Kontrolle über den Libanon erringen noch die PLO, deren politische und militärische Führung von Westbeirut aus agierte, zerschlagen können, was aber beides erklärte Kriegsziele waren.

Entgegen den Annahmen der Zionisten und der sie unterstützenden Imperialisten, die die „Operation Frieden für Galiläa“ als Blitzkrieg führen zu können glaubten, gelang es den Invasionstruppen dann zwar, nach schweren und verlustreichen Kämpfen Ost- und Südbeirut zu erreichen. Den Westteil der Stadt jedoch konnten die PLO und die Milizen der libanesischen Nationalen Front trotz wochenlanger Belagerung und fast pausenloser Bombardierung halten. Aus einer knappen Zusammenfassung der umsichtigen Verteidigungsmaßnahmen zieht die „Österreichische Militärische Zeitschrift“ die Schlußfolgerung: „Auf Grund dieser Erkenntnisse zeigte sich nachträglich zweierlei: Erstens wäre es wohl nicht möglich gewesen, Westbeirut im Zuge des Vorstoßes im Handstreich zu nehmen und auch nicht die PLO durch den alleinigen Einsatz von Artilleriefeuer und mit den Luftstreitkräften zur Aufgabe zu zwingen.“ Die einzige Möglichkeit für die Eroberung, nämlich, daß „Westbeirut in einzelne Kampfabschnitte zerteilt“ wird, wäre „kein einfaches Unternehmen gewesen, wie sich dies am 4. August erwies und auch bisher schwerste Verluste der israelischen Bodentruppen brachte.“ Am 4.8. hatten die Aggressoren mit starken Kräften eine „Schneise“ quer durch Westbeirut zu schlagen versucht und waren, ohne nennenswerten Ter-

raingewinn, aber mit zahlreichen Toten und Verwundeten, zurückgeschlagen worden. Damit hatte sich diese Möglichkeit, Westbeirut zu erobern, als höchst risikoreich für den Angreifer erwiesen – der Versuch wurde nicht mehr wiederholt.

Das aber heißt: Von einem militärischen Erfolg war Israel zu diesem Zeitpunkt weiter denn je entfernt, weiter vielleicht als überhaupt jemals in seinen Aggressionskriegen; jeder militärische Versuch, das Blatt zu wenden und Beirut zu stürmen, hätte direkt mit seiner Niederlage enden können. Hinzu kommt noch, daß die PLO jeden Tag, den sie den Eroberungsversuchen in Westbeirut trotzte, zur Reorganisation einer Guerillakampftätigkeit im besetzten Südlibanon zu nutzen verstand, wie dies die israelischen Militärs der „ÖMZ“ zufolge auch nicht abstreiten.

Die militärische Position der PLO und ihrer Verbündeten war also verhältnismäßig günstig. Dennoch ist nicht Israel, sondern die PLO mit einer Niederlage aus diesem Kampf um Beirut herausgegangen. Sie hat ihre Stellungen in Westbeirut aufgegeben und den Rückzug angetreten, geordnet zwar und mit ihrer gesamten Führung, die die Zionisten bekanntlich hatten gefangennehmen und liquidieren wollen, aber eben doch den Rückzug, und auch nicht zu den Bedingungen, die sie für einen Abzug gestellt hatte (s. Pol. Ber. 17/82, S. 32).

Da gerade unter den fortschrittlichen Kräften in der BRD, die den Widerstand der PLO unterstützen, die Ansicht nicht selten ist, daß die PLO militärisch zwar geschlagen sei, ihre



Links: der israelische Kriegsminister Sharon. Mit der Besetzung des Libanon hat sich das Siedlerregime übernommen. Rechts: US-Truppen im Libanon überwachen den PLO-Rückzug. Diesmal sind sie noch abgezogen, aber die Imperialisten bereiten sich auf die Invasion vor.

Wirtschaftliche Aggression Israels gegen die besetzten Gebiete

Eine israelische Studie wurde kürzlich veröffentlicht: Ein palästinensischer Staat im Westjordanland und im Gazastreifen sei überhaupt nicht lebensfähig. Seitdem das Konzept des palästinensischen Teilstaates in den seit 1967 besetzten Gebieten Palästinas diskutiert wird, ist eine Reihe solcher Untersuchungen, vor allem in den USA und Israel, in Auftrag gegeben worden. Gleichzeitig weist Israel immer wieder auf den gestiegenen Lebensstandard der Bevölkerung und die Produktionssteigerung der Landwirtschaft in den besetzten Gebieten hin. Die Araber hätten nur profitiert von Israel.

Einen Eindruck über die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der besetzten Gebiete vermittelt die sehr gründliche Untersuchung von Metzger, Orth und Sterzing: „Das ist unser Land“ (1980, Lamuv Verlag), die sich sowohl auf israelisches statistisches Material wie auch auf arabisches und internationale Untersuchungen stützt.

Palästina und seine Wirtschaftsstruktur wurde 1948 durch den ersten Nah-Ost-Krieg dreigeteilt. Die Negev-Wüste, die Küstenebene, Galiläa und das nördliche Jordanland wurden zum Staatsgebiet Israels erklärt, ein 42 km langer und 8 bis 10 km breiter Küstenstreifen im Süden wurde unter ägyptische Militärverwaltung gestellt, das Westjordanland – 5700 qkm, ca. 1/5 des Gesamtgebietes Palästinas – wurde 1950 von Transjordanien annektiert.

Das Westjordanland wurde 1948 von allen seinen bisherigen wirtschaftlichen Verbindungen abgeschnitten, von seinen Häfen und Absatzmärkten, ¼ seiner Bevölkerung hatte keinen Zugang mehr zu ihren Feldern und Arbeitsplätzen jenseits der Waffenstillstandslinie. Hinzu kamen palästinensische Flüchtlinge, ca. 400000 von ihnen blieben im Westjordanland, etwa genauso viele wie ursprüngliche Bewohner. Die Arbeitslosigkeit war hoch, trotz der starken Auswanderung (1949–67 ca. 200000 Menschen). Noch größer waren die Probleme seit 1948 für den Gazastreifen. Durch die Flucht von ca. 150000 Menschen aus Israel verdreifachte sich die Zahl der Einwohner. 1967 lebten fast 400000 Menschen im 367 qkm großen Gazastreifen.

Israel begann wenige Monate nach dem Juni-Krieg 1967 mit der „Inte-

gration“ der nunmehr besetzten Gebiete.

Der Handel: Bereits 1968 mußten die besetzten Gebiete 12mal soviel in Israel kaufen wie in Jordanien. Die Palästinenser müssen die israelischen Waren zu israelischen Preisen bezahlen und ausländische Importwaren incl. der hohen israelischen Zölle über Israel beziehen. 1968 bezog das Westjordanland nur noch 2% seiner Importe aus Jordanien. Da die besetzten Gebiete fast alle Industrieprodukte importieren müssen, kann Israel hier seine überbeurten Waren absetzen.

Landwirtschaft: Vor 1967 diente sie im Westjordanland in erster Linie zur Selbstversorgung. Danach wurden in einzelnen Betrieben die Mechanisierung eingeführt und die Anbauprodukte dahingehend verändert, daß sie den Bedürfnissen des israelischen Exports, seiner Marketing-Gesellschaften und weiterverarbeitenden Industrie entsprachen. Gefördert wird der Anbau von Produkten, die arbeitsintensiv und in Israel unrentabel sind, wie z.B. Sesam, Hülsenfrüchte und Tabak. Die Anbaufläche für Melonen mußte dagegen um die Hälfte verringert werden.



Alltag in den besetzten Gebieten

Die israelische Marketing-Gesellschaft Agrexco wickelt den Export ab. Die Gründung einer palästinensischen Absatzorganisation wurde verboten. Der Vermarktungsvertrag zwischen der israelischen Exportgesellschaft und den Bauern ist das wichtigste Steuerungsinstrument: Agrexco verpflichtet die Bauern zum Anbau eines bestimmten Produkts, zum ausschließlichen Ver-

kauf an sie und zur Lieferung einer bestimmten Qualität. Preis und Termin sind vorher festgesetzt. Agrexco liefert über „landwirtschaftliche Beratungsstellen“ Saatgut, Dünger und Kredite für Maschinen sowie „Beratung“. Zwar stiegen so die Exporte von landwirtschaftlichen Gütern, aber gleichzeitig ist die palästinensische Landwirtschaft nicht mehr in der Lage, den Bedarf der Bevölkerung in den besetzten Gebieten zu decken. Israel liefert zum Teil Grundnahrungsmittel, z.B. Milchprodukte, Fleisch und Obst aus seinen Überschüssen.

Die Hauptgefahr für die palästinensische Landwirtschaft geht jedoch aus vom Raub ihrer wichtigsten Ressourcen – Wasser und Land – durch Israel. 25–30% der Landfläche des Westjordanlandes wurden bereits für israelische Siedlungen und militärische Zwecke beschlagnahmt; bezogen auf die landwirtschaftlich nutzbare Fläche jedoch weit mehr, z.B. im fruchtbaren Jordantal ca. 50%. Die Konfiszierung von Brunnen und das Abgraben von Quellen haben dazu geführt, daß die Palästinenser weniger Wasser zur Verfügung haben als 1967.

Die Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft ist zwischen 1969 und 1977 um ⅓ zurückgegangen (insgesamt von 42400 auf 30900). Die angebliche Produktionssteigerung in der Landwirtschaft ist in Wirklichkeit ein

statistischer Trick: Israel setzt als Bezugsjahr 1968 an Stelle der letzten Vorkriegsernte. Selbst das Rekordjahr von 1974 erreichte nicht den Ertrag von 1966. Die Produktionssteigerung bei Zitrusfrüchten geht auf Neupflanzungen aus der Zeit vor 1967 zurück, die erstmals nach 1967 Früchte trugen.

Industrie: 14,6% der in den besetzten Gebieten Beschäftigten, das sind

21 400, arbeiteten 1978 in der palästinensischen Industrie. Ihre Zahl ist seit der Besetzung kaum gestiegen. Die meisten arbeiten in der Lebensmittel- und Textilindustrie, andere Branchen sind von Israel weitgehend niederkonkurriert worden. Verbreitet ist die „Vertragsproduktion“: Palästinensische Betriebe und Heimarbeiter bearbeiten israelische Rohstoffe und Halbfertigprodukte zu niedrigsten Löhnen. Während palästinensische Investitionen verboten und behindert werden, fördert Israel massiv die Investitionen von Israelis in den besetzten Gebieten durch billige Kredite, Zuschüsse, Steuerfreiheit und Bürgschaften. Sie werden jetzt zunehmend von den israelischen Siedlungen im Westjordanland getätigt.

Beschäftigung: Knapp 45% aller in den besetzten Gebieten Beschäftigten arbeiten in den Dienstleistungssektoren (Handel, Transport, öffentliche und private Dienstleistungen), ein ungewöhnlich hoher Anteil, der sich nur daraus erklärt, daß ein großer Teil der Arbeitskräfte der besetzten Gebiete nur als Konsument von Waren und Dienstleistungen auftritt. Die Zahl derer, die in den besetzten Gebieten keine Arbeit finden, hat in den Jahren der Besetzung ständig zugenommen. Der größte Teil von ihnen ist gezwungen, in Israel Arbeit zu suchen – knapp die Hälfte der Arbeitskräfte aus den besetzten Gebieten. Die absolute Rechtlosigkeit der palästinensischen Arbeiter – sowohl der legalen wie der illegalen – macht sie zum Konjunkturpuffer der israelischen Wirtschaft. Die Hilfsarbeiterlöhne in den am schlechtesten bezahlten Branchen Israels sind in Israel dennoch höher als in den besetzten Gebieten. Dieser Umstand befördert die israelische Demagogie von der Beseitigung der Arbeitslosigkeit und dem steigenden Lebensstandard in den von ihm besetzten Gebieten.

Die Palästinenser der besetzten Gebiete haben keinerlei wirtschaftspolitischen Instrumente wie Zölle und Subventionen, um sich gegen die wirtschaftliche Aggression Israels zu wehren und eine eigenständige Wirtschaft aufzubauen. Die Ablösung der Militärverwaltung durch eine Zivilverwaltung soll auch international den rechtlichen Status der besetzten Gebiete als Anhängsel Israels ausdrücken. Dies ist mit ein Grund, weshalb sich die palästinensische Bevölkerung so hartnäckig wehrt, mit der Zivilverwaltung zusammenzuarbeiten.

Quellenhinweis: Metzger u.a., Das ist unser Land, La Muv Verlag, 1980

politischen Positionen aber verbessert habe, sei auf Folgendes aufmerksam gemacht:

Als sich, schon früh, spätestens aber nach dem 4.8., deutlich abzeichnete, daß die israelischen Invasionstruppen an der Eroberung Westbeiruts scheitern könnten und dem Siedlerregime damit eine Niederlage mit unabsehbaren Konsequenzen drohte, sprangen ihm in einem geschickt inszenierten Komplott seine imperialistischen Verbündeten unter persönlicher Führung Ronald Reagans zur Seite. Sowieso hatten die US-Imperialisten, in scheinbarem Gegensatz zur von Israel ange-



Palästinenserlager Rashidye im Südlibanon. Nach der Einnahme durch die israelischen Aggressoren konnte die PLO das Lager für eine Zeit zurückerobern.

strebten „militärischen Lösung“, die „Verhandlungslösung“ angeboten und die Verhandlungen in die Hand genommen. Nun mußten sie versuchen, auf dem Verhandlungsweg durchzusetzen, was Israel auf dem Schlachtfeld nicht hatte erreichen können und ohne Risiko auch nicht mehr würde erreichen können: die Kapitulation der PLO, ihren Abzug.

Wie sie vorgingen, läßt sich in der imperialistischen Presse der letzten Wochen zurückverfolgen. Die „öffentliche Weltmeinung“, so schien es, wandte sich gegen Israel, zugunsten der „Zivilbevölkerung“, ja insbesondere der palästinensischen Flüchtlinge unter den „unschuldigen Zivilisten“. Mit einem Mal „entdeckten“ die Imperialisten deren „Leiden“, ja selbst dem „Palästinenserproblem“ widmeten sie ihre Anteilnahme. Ein politischer Erfolg der PLO, wie manche meinen?

Diese ins Werk gesetzte Kampagne imperialistischer Anteilnahme, die die israelischen Terrorbombardements begleitete, verfolgte einzig den Zweck, die PLO, wenn schon nicht zum Schuldigen für die „Leiden der Zivilbevölkerung“, so doch zumindest zum Verantwortlichen für deren Beendigung zu erklären; sie dadurch ideologisch und

politisch unter Druck zu setzen und von ihren libanesischen Verbündeten zu isolieren. Die PLO gab diesem Druck nach. Ihre Nachrichtenagentur Wafa schreibt zur Begründung des Abzugs: „Die PLO entschied sich letztendlich, Beirut zu verlassen; nicht aufgrund der militärischen Situation, die nicht besorgniserregend war, sondern aus Sorge um das Leben und das Eigentum der Menschen in Beirut.“ Die PLO verlor so in den Verhandlungen mit den USA, was sie militärisch gegen Israel gehalten hatte: ihre Stellungen in Westbeirut – und zwar für nichts.

Doch gegen die ebenfalls unter den fortschrittlichen Kräften in der BRD anzufindende Ansicht, die PLO sei nunmehr endgültig „fertiggemacht“ und erledigt, sprechen nicht weniger Gründe.

Gewiß konnte die von den abziehenden PLO-Kämpfern mit dem V-Zeichen zum Ausdruck gebrachte Siegeszuversicht angesichts der klaren und schmerzhaften Niederlage befremdlich wirken. Aber sollte man nicht sorgsam prüfen, welche realen Anhaltspunkte diese Siegeszuversicht hat?

Die Besetzung Beiruts durch die israelischen Invasionstruppen, nach dem Abzug der PLO und parallel zur Ermordung Gemayels, machte erneut deutlich, daß die Kriegsziele Israels und seiner imperialistischen Drahtzieher in der Vertreibung der PLO aus dem Südlibanon und Beirut bei weitem nicht erschöpft sind. Mit dieser Besetzung und dem Vorrücken der israelischen Armee in den Osten und Norden des Landes bestätigt sich in aller Deutlichkeit, wovon die PLO ausging und ausgeht. In seiner Rede auf der arabischen Gipfelkonferenz in Fez erklärte der PLO-Vorsitzende Arafat, „daß diese barbarische Operation darauf abzielte, eine neue Landkarte für unsere arabische Region zu schaffen ...“. Und: „Mit dieser Veränderung (der Landkarte, Red.) wurde beabsichtigt, ein Großreich Israel unter der Einflusssphäre der Vereinigten Staaten zu schaffen, das sich unserer Region aufzwingen und eine israelische Ära in unserer Region einläuten würde.“

Ein Hauptbestandteil dieser Veränderung wäre die Annexion der seit 1967 besetzten Gebiete. Da hier der von der PLO organisierte Widerstand seit Jahren sichtbaren Aufschwung nimmt, ist die Zerschlagung der PLO für das Siedlerregime unabdingbare Voraussetzung jeder Annexion.

Ein zweiter Hauptbestandteil wäre, Syrien militärisch niederzuwerfen und einem Friedensdiktat a la Camp David zu unterwerfen, Syrien damit als irgendwie sich der imperialistischen Unterdrückung widersetzen Kraft militärisch und politisch auszuschalten. Nur kurz sei darauf hingewiesen, daß



Imperialistische Logik für die Unterdrückten: Widerstand ist sinnlos, weil er nur die Brutalität des Unterdrückers herausfordert

der sog. Reagan-Plan, der angeblich die „Autonomie“ der Palästinenser auf den Westbanks in Konföderation mit Jordanien vorsieht, im wesentlichen bezweckt, dem Haschemitenkönig einen Brocken hinzuwerfen und so Syrien zu isolieren, um es um so leichter angreifen und schlagen zu können.

Ein dritter Hauptbestandteil wäre, den Libanon in ein israelisches Protektorat zu verwandeln. Deshalb wurde Westbeirut besetzt, und deshalb auch wird sich der nächste Schlag gegen die

im Libanon noch stationierten syrischen Truppen sowie die noch verbliebenen PLO-Kämpfer richten.

Die Annahme, daß Israel für den Anschlag auf den Phalangistenführer Gemayel verantwortlich sei, erscheint nur auf den ersten Blick widersinnig. Zwar hat Gemayel direkt mit den israelischen Aggressoren kollaboriert und sich als Präsident von Reagans, Begins und anderen Gnaden wählen lassen. Aber die Kollaboration eines großen Teils der herrschenden Klassen im Libanon, der von den rechten christlichen Gruppierungen repräsentiert wird, beruhte und beruht auf der Annahme, daß Israel wie sie ein Bündnis will. Diese Annahme beginnt sich als gänzlich unbegründet zu erweisen.

Israel kann und will in seiner Nachbarschaft keinen Staat dulden, der in irgendeiner Weise eine Konkurrenz darstellt. Vor dem Bürgerkrieg nannten die Imperialisten den Libanon die „Schweiz des Nahen Ostens“, und das soll der Libanon nach dem Willen der herrschenden Klasse dort nun schnell wieder werden, d.h. ein Zentrum der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den arabischen Ländern und zwischen den arabischen Ländern und der westlichen Welt. Das israelische Siedlerregime kann sich nur dann auf Dauer zu

halten versprechen, wenn es sich in solche Beziehungen einnistet, in die Wirtschaften der arabischen Länder infiltriert und diese in Abhängigkeit bringt. Davon ist es jetzt noch weit entfernt. Deshalb machen sich die Zionisten sehr wohl die Erwartungen eines Gemayel zunutze, was sie aber nicht hindert, zugleich alle Ansätze des wirtschaftlichen Wiederaufbaus des Libanon zu unterdrücken – der PLO-Vertreter in Bonn Frangi hebt die wirtschaftliche Invasion Israels in den Libanon hervor – und sich aller Widerstände seitens der „Verbündeten“ zu entledigen. Auf die absehbaren Folgen wies Abdallah Frangi ebenfalls hin: „Auch die Falangisten, die jetzt noch gemeinsame Ziele mit Israel haben, werden später einmal zu der Erkenntnis gelangen, daß die Anwesenheit Israels nicht länger zu ertragen ist.“

Die Besetzung Westbeiruts durch die israelische Invasionsarmee bedeutet die offene Ankündigung einer langen Besetzung des Libanon, die das israelische Siedlerregime in schroffen Widerspruch zu allen Klassen und politischen Kräften in diesem Land bringen wird. Daß aber Israel, ein Land mit einer Siedlerbevölkerung von 3,135 Mio., nicht nur die bisher schon besetzten Gebiete mit einer arabischen Bevölke-

Israelische Besatzungspolitik: Zerstörung jeglicher Basis für nationale Einheit im Libanon

Der neugewählte libanesische Präsident Beshir Gemayel, Führer der rechtsgerichteten Falangisten, wurde, noch nicht in seinem Amt bestätigt, bei einem Bombenanschlag auf die Parteizentrale der Falangisten in Beirut getötet.

Die Falange-Partei nennt keine Verantwortlichen. Arafat bezeichnet Israel und die USA als Urheber des Anschlags. Die Wahl Gemayels zum Präsidenten wurde erst durch die Invasion der Israelis und den Abzug der palästinensischen Truppen möglich. Mit Gemayel, der bereits seit Jahren mit Israel zusammenarbeitet, dessen Truppen zum Teil in Israel ausgebildet werden, versprach sich die zionistische Regierung einen Mann an der Spitze, der nach ihren Anweisungen regiert.

„... auch die Falangisten, die jetzt noch gemeinsame Ziele mit Israel haben, werden später einmal zu der Erkenntnis gelangen, daß die Anwesenheit der Israelis nicht länger zu ertragen ist, ... es gibt schon Überlegungen bei den Falangisten, daß man sagt: ‚Wir haben die Israelis nicht geholt, damit sie unsere Aufgaben

übernehmen‘.“ (Frangi). Die Widersprüche traten bereits bei dem von Israel geforderten Friedensvertrag auf. Die moslemischen Clanführer im Libanon waren zu Verhandlungen mit Gemayel, zur Bildung einer nationalen Regierung nur bereit, wenn der Friedensvertrag abgelehnt wird. Ariel Scharon, israelischer Verteidigungsminister, warnte Gemayel nachdrücklich und drohte mit Konsequenzen für den Südlibanon, wenn dem formellen Frieden nicht zugestimmt würde.

Gemayel ist tot, kaum offiziell bestätigt, rücken israelische Truppenverbände in das überwiegend von Moslems bewohnte Westbeirut vor. In der Stärke von mehr als einer Brigade marschieren sie in die palästinensischen Flüchtlingslager Sabra, Shatila, Fakhani und das Sportzentrum ein. Zwei Tage später werden in dem von Israel kontrollierten Flüchtlingslager Sabra und dem Sportzentrum Massensterben an der palästinensischen Bevölkerung aufgedeckt. Es sind über Tausend, überwiegend Frauen, Kinder und Greise, die, teils unter Trümmern versteckt gefunden werden. Die Tat soll den Falangisten als Rache für die Ermordung Gemayels zugeschrieben werden. Viel

spricht dafür, daß die Morde mit israelischer Hilfe oder in deren Auftrag verübt wurden, in die israelischen Pläne würde es passen, rechtsgerichtete christliche Kräfte in solche Verbrechen hineinzuziehen. Eine Einnigung der libanesischen Clanführer für eine nationale Einheit wäre damit undenkbar, die unterschiedlichen politischen Gruppen wären tiefer gespalten als je zuvor, die Israelis hätten freie Hand.

Quellenhinweis: Mannheimer Morgen vom 15./16.9.; Palästina Bulletin vom 10.9.82



Falangisten und Zionisten feiern gemeinsam nach dem Massaker von El Khiam im März 1978 im Libanon, bei dem 75 Menschen ermordet wurden.

rung von über 1,1 Mio., sondern außerdem ein arabisches Land mit einer Bevölkerung von 3,16 Mio. kolonial kontrollieren könnte, ist auf Dauer auszuschließen, selbst wenn Israel Syrien „befrieden“ könnte. Die israelische Militärherrschaft im Libanon wird sich nicht konsolidieren können, mit der Besetzung des Libanon haben sich die Zionisten definitiv übernommen. Darauf, vor allem, gründet sich die Siegeszuversicht der PLO. In den Worten Abdallah Frangis: „Ich bin sicher, daß Israel langsam im libanesischen Sumpf versinken wird.“ Alle Anzeichen sprechen zudem dafür, daß die Niederlage der PLO den Widerstandswillen der Palästinenser auf den Westbanks nicht gebrochen hat. Jeder Schlag, den Israel zukünftig im Libanon hinnehmen muß, wird die Bedingungen für die Entfaltung dieses Widerstandes erheblich verbessern.

Gewiß, die PLO hat eine Niederlage erlitten. Aber: Ohne den mutigen Kampf, den die palästinensischen und libanesischen Verteidiger Westbeiruts geführt haben, wären die Bedingungen für einen Sieg über Israel, für die Entwicklung der Kämpfe im besetzten Libanon und auf den besetzten Westbanks bedeutend ungünstiger. Auch wer große Worte scheut, kann dem PLO-Vorsitzenden Arafats zustimmen: „Beirut wird ein lebendes Zeugnis und ein Symbol bleiben für alles, was es lange Zeit in der Geschichte unserer Nation nicht gegeben hat.“

Die westlichen Imperialisten, allen voran die USA, haben die Besetzung Westbeiruts durch Israel lautstark verurteilt. Die „Kritik“ am israelischen Terror gegen das belagerte Westbeirut hatte im August mitgeholfen, die Zionisten durch eine „politische Lösung“ aus einem militärisch kaum lösbaren Dilemma zu befreien. Die Kritik der Besetzung Westbeiruts kündigt neue Unterstützung an. Die Imperialisten sehen die ihrem Zögling drohende Gefahr einer Niederlage realistisch, und sie sind sich ebenfalls bewußt, daß eine Niederlage im Libanon die Existenz des Siedlergebildes bedroht. Sie sind sich aber auch bewußt, daß sich eine solche „politische Lösung“ wie die vom August nicht wiederholen läßt. Denn schließlich war diese so auch nur möglich, weil die PLO eben nicht die Vertretung des libanesischen, sondern des vertriebenen palästinensischen Volkes ist. Die Imperialisten bereiten, und dies ist die Hauptgefahr, deren sich die Revolutionäre in der BRD bewußt sein müssen, die eigene militärische Intervention im Nahen Osten vor.

Quellenhinweis: Palästina Bulletin, Hrsg. Informationsstelle Palästina, Kaiserstr. 237, 5300 Bonn 1, Ausgabe vom 10.9.82; Österreichische Militärische Zeitschrift 5/82; FAZ, Spiegel, Ausgaben ab August 1982; Roter Morgen, Zentralorgan der KPD, Nr. 34; Marxistische Arbeiter Zeitung, Betriebszeitung der Marxistischen Gruppe, vom 25.8.82

„Besondere Beziehungen“ der BRD stützen den Zionismus

Mit dem Luxemburger Abkommen von 1952 hatte die BRD dem Staat Israel eine Wiedergutmachung durch Warenlieferungen von drei Mrd. DM zugesichert. Geliefert wurden, verteilt auf achtzehn Jahre, Lebensmittel, Industriegüter und Produkte der Bauindustrie, mit denen der Zionistenstaat bei der Unterbringung und Versorgung der im Zuge der forcierten Einwanderung ins Land strömenden Juden unterstützt wurde. Die israelische Regierung kalkulierte bewußt ein, daß die rasch ansteigende Bevölkerung sich nicht aus eigener Kraft und Produktion erhalten konnte. Zweck war die schnelle Aufzucht einer Armee, mit deren Hilfe das eroberte Land gesichert werden sollte.

Zur Fortsetzung dieser „Hilfe“ wurden 1960 von Bundeskanzler Adenauer und Ministerpräsident Ben Gurion Verhandlungen über einen Kredit aufgenommen, mit dem das westdeutsche Finanzkapital deutlich einstieg. Abs, Präsident der Deutschen Bank, der zuvor Israel bereist hatte, arbeitete die Bedingungen aus. 500 Mio. Dollar sollten in zehn gleichen Jahresraten gezahlt werden. Die Gelder waren bestimmt für die Entwicklung großer Industrieanlagen sowie von Wohnsiedlungen zur Erschließung der Wüste Negev, die von Israel annektiert worden war und 60% seines Staatsgebiets ausmachte. Der moralische Teil der Begründung lieferte das Muster dafür, wie in Zukunft jede Unterstützung der israelischen Aggression gegenüber der arabischen Welt und insbesondere gegenüber dem palästinensischen Volk seitens der Bundesregierung mit dem Vorschieben „besonderer Beziehungen“ gedeckt wurde. Adenauer stimmte Ben Gurions Version zu: „Die nach der Vernichtung des Nazi-regimes geborenen jungen Deutschen, die um die beispiellosen Verbrechen der Angehörigen ihres Volkes wissen und darüber Scham empfinden, werden den deutschen Anteil an der Entwicklung der Negev-Wüste mit Befriedigung aufnehmen.“ Geplant wurde der Abbau der reichen Bodenschätze der Negev, u.a. Brom, Phosphate, Gips, aber auch von Erdgas und Erdöl. Einkalkuliert war der Transport über den Hafen Eilat, dessen Öffnung Israel mit dem Sinai-Feldzug 1956 erzwungen hatte.

Das Aufkommen geheimgehaltener Waffenverkäufe Israels an die BRD hatte 1959 zu einer Regierungs-

krise in Israel geführt. Ben Gurion verlangte eine Abstimmung des Parlaments, sich gegen ein Verbot von Waffenlieferungen an Deutschland auszusprechen. Die Minister der sozialdemokratischen Mapam-Partei stimmten dem Antrag nicht zu und wurden aus der Koalitionsregierung ausgebootet. 1962 gewann die Regierung eine Auseinandersetzung wegen der Lieferung von Uniformen für die westdeutsche Bundeswehr.

Ende Juli 1982 verteidigte Staatsminister Dr. Corterier die Praxis der Bundesregierung, Israel alljährlich Kredite in Höhe von 140 Mio. DM zu gewähren. Auf Anfrage des FDP-



Adenauer 1966 in Israel

Abgeordneten Vohrer, ob die Bundesregierung Konsequenzen aus der Intervention Israels im Libanon ziehe und bereit sei, jegliche finanzielle Hilfe an Israel „so lange zu streichen, bis sich die Israelis aus dem Libanon zurückgezogen haben“, antwortete Corterier, die Staats- und Regierungschefs der EG hätten die Aussetzung eines Darlehens in Höhe von 100 Mio. DM beschlossen. Gleichzeitig verlangte er andere Maßstäbe für die Beurteilung der durch die BRD allein vergebenen Kredite: „Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel sind durch die Geschehnisse der Vergangenheit geprägt ... Alle im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien haben diese Leistungen ohne Einschränkung mitgetragen. Die Bundesregierung hat bisher nicht den Eindruck gewonnen, daß sich an dieser grundsätzlichen Haltung etwas geändert hätte.“

Quellenhinweis: Bundestagsdrucksache 9 904; David Ben Gurion, Israel, Die Geschichte eines Staates, Frankfurt am Main 1973; Tribune, Zeitschrift zum Verständnis des Judentums, Heft 82 1982.

Warnstreik gegen Unterrichtskürzung

80 Auszubildende der Klöcknerwerke in Bremen streikten eine Stunde lang. Der Warnstreik der Auszubildenden aus dem gewerblichen Bereich richtete sich dagegen, daß nur neun bis zehn statt der gesetzlich festgelegten zwölf Stunden Berufsschulunterricht erteilt werden und daß dadurch die freien Nachmittage nach der Berufsschule entfallen. Die Werksleitung der Klöcknerwerke wurde aufgefordert, sich beim Bremer Bildungssektor für die Abschaffung des Unterrichtsausfalls einzusetzen. Als Übergangslösung forderten die Auszubildenden Ausbildung in erster Hilfe.

Kritik an Ausländerwahlordnung

Stuttgart. Anfang September lud die Stuttgarter Stadtverwaltung Vertreter ausländischer Organisationen zu einer Informationsveranstaltung über die noch vor der Sommerpause eiligst im Gemeinderat verabschiedete Ausländerwahlordnung und Satzung über einen Ausländerauschuß. Es gab viel Kritik, nicht nur an der Überrumpelungs-

Zwischen 700 und 800 Menschen beteiligten sich an der Demonstration am 15.9. in Speyer gegen den Haushalt 83. Darunter 100 Beschäftigte vom Kaufhof Speyer und verschiedene Belegschafts- und HBV-Betriebsgruppen. Die Redner von IGM und DGB forderten v.a. Arbeitsplatzsicherung. Christian Götz, HBV-Hauptvorstand, trat ein für Kürzungen im Militärhaushalt, für Erhöhung des Sozialhaushalts. Allerdings setzte er große Hoffnungen auf die SPD bei einem Ausscheiden von Lambsdorff aus der Regierung.

taktik, vor allem auch an den zahlreichen Bestimmungen, die Rechtlosigkeit und Bespitzelung von Ausländern in Stuttgart verstärken. So darf sich an der Wahl, die erstmals im Oktober 1983 stattfinden soll, z.B. nur beteiligen, wer seit mindestens drei Jahren seinen Hauptwohnsitz in Stuttgart hat. Bei Wahlvorschlägen darf als Kennwort nicht der Name einer ausländischen Partei verwendet werden. In Beiträgen auf der Veranstaltung wurde betont, daß diese Wahlordnung nichts mit dem geforderten Kommunalwahlrecht zu tun habe.



Die US-Automobilarbeitergewerkschaft (UAW) hat mit Chrysler einen neuen Lohntarifvertrag vereinbart, der jetzt den 66000 UAW-Mitgliedern zur Abstimmung vorliegt. Die Chrysler-Kapitalisten hatten seit Beginn der Verhandlungen im Juli erklärt, daß sie zu keinerlei Lohnerhöhungen bereit seien, und hatten Kürzungen ihrer Beiträge zu den Krankenversicherungen gefordert. Die neue Vereinbarung sieht vor, daß zum ersten Mal seit 1980 die Löhne wieder an die Inflation angepaßt werden, ab Dezember 82 vierteljährlich um jeweils 1 Cent die Stunde, wenn der Verbraucherpreisindex um 0,26 Punkte steigt. Während der Laufzeit des Vertrages von einem Jahr würde das etwa 50 Cents bringen. Direkte Lohnsteigerungen sind aber an die Profitentwicklung des Chrysler-Kapitals gebunden. Seitdem die Kapitalisten 1980 die Arbeiter zu Zugeständnissen von insgesamt 1,07 Mrd. \$ zwingen konnten, sind die Löhne nicht erhöht worden. Sie sind bis zu zwei \$ die Stunde niedriger als bei Ford und GM. Vor dem Abschluß hatten die Belegschaften mehrerer Betriebe gestreikt.



Polizeieinsatz ohne Einsatzbefehl?

Dortmund. Am 6.9. um 23.30 Uhr überfiel eine sieben bis acht Mann starke Truppe das zwei Tage zuvor besetzte Haus am Alten Mühlenweg. Angeführt wurde der Schlägertrupp (in Zivil und nicht im Dienst) von Polizeioberst Weist, Leiter des Schutzbereichs Mitte, und Polizeihauptwachtmeister Morawski, Leiter des Sonder-Einsatzkommandos (SEK). Im Haus waren nur zehn bis zwölf Leute, die überrascht von dem Angriff zusammengeschlagen und zum Teil die Treppe kopfüber hinuntergeschmissen wurden. Einer wurde von Weist und Morawski im sogenannten Ping-Pong so verprügelt, daß er bewußtlos mit Gehirnerschütterung liegen blieb. Die von den Nachbarn gerufene Polizei blieb auf der Straße stehen, da sie ihren Chef Weist erkannte. Sie bestellte den Krankenwagen für den Schwerverletzten erst nach mehreren Aufforderungen. Weist und Morawski sind noch immer im Dienst.

Möcklinghoff: Vorerst kein CS-Gas in Nds.

Das umstrittene CS-Gas soll vorerst in Niedersachsen nicht eingeführt werden, so die jüngste Ministerentscheidung. Was ist vorgefallen? Bei der Demonstration des CS-Gases vor Abgeordneten des Innenausschusses am 26. Mai in der Möckernstraßen-Kaserne war ein Polizist ohnmächtig geworden. Ein anderer, ebenfalls besprühter Beamter erkrankte tags darauf in seiner Freizeit beim Baden. Ende August wurde der Vorfall bekannt, indem der Sprecher des Innenministe-

riums den Fall verharmloste und gegenüber der Presse darauf hinwies, daß die Teilnahme freiwillig war, nur eine sehr milde Mischung des CS-Gases verwendet wurde und in anderen Bundesländern das Gas längst eingesetzt würde. Wegen der Vorfälle und auf Drängen der SPD seit Mai sah sich der christdemokratische Innenminister Möcklinghoff gezwungen, „eventuelle“ Zusammenhänge mit dem CS-Gas zu untersuchen – der taxilogische Bericht soll in zwei Monaten vorliegen – und das CS-Gas nicht einzuführen. Allerdings steht der Verweis, daß „wenn sich das CS-Gas als unbedingt erweisen sollte, auch die SPD durchaus eines Tages der Einführung zustimmen würde“, so Horst Milde (SPD).

GEW gegen Lehrerarbeitslosigkeit

30000 Lehrer sind nach Angaben der GEW zum Schuljahresbeginn arbeitslos. Vor einem Jahr waren es 20000. In NRW z.B. werden bis zum Jahresende wahrscheinlich 4000 arbeitslos sein. Hinzu kommen die befristeten Kurzarbeitsverträge von weiteren 30000 Lehrern, die zum Großteil nach Ablauf der Verträge ebenfalls arbeitslos sind. Die Länder haben 1982 8-10000 Stellen abgebaut. Der GEW-Vorsitzende hat gegen die Lehrerarbeitslosigkeit die bundesweite GEW-Aktion „Lehrerbedarf vor Ort“ angekündigt. Jetzt sei die Vorbereitung von örtlichen Aktionen und Kampagnen notwendig, zu denen die GEW über die Mitglieder hinaus „alle bildungspolitisch engagierten Lehrer und Eltern“ aufruft.

OB-Wahlen Freiburg

CDU will den Durchbruch, die Front dagegen ist schwach.

Freiburg. Am 3. Oktober finden Neuwahlen zum Oberbürgermeister statt. Gesucht wird ein Nachfolger für den seit 1962 amtierenden OB Eugen Keidel (SPD), der sich bis zu den Gemeinderatswahlen 1980 auf eine Allparteienkoalition von CDU, SPD, FDP und Freien Wählern stützen konnte. Seit dem Einzug der Grünen und einem Stadtrat der Bunten Liste sind bei den großen Parteien die Verhältnisse etwas in Bewegung geraten. Zunehmend gieren Entscheidungen des Gemeinderats und der Verwaltung unter Beschuß. 14 Kandidaten stehen jetzt zur Wahl: Rolf Böhme (ehemaliger Finanzstaatssekretär in Bonn) für die SPD, Sven Graf von Ungern-Sternberg (baltischer Adel) für die CDU, eine Stadträtin der Grünen, der Stadtrat der Bunten Liste, der Kreisvorsitzende der DKP, vier Kandidaten, die ausdrücklich gegen den Abriß des Schwarzwaldhofs auftreten, sowie sechs weitere Kandidaten.

Im vergangenen Jahr hatte sich in den Auseinandersetzungen um den Abriß des Schwarzwaldhofs eine Front aller politischen Kräfte links von der Freiburger SPD gebildet. Dort entstand der Plan, durch eine gemeinsame Kandidatur zu den OB-Wahlen gegen die Politik der Stadtverwaltung und der Landesregierung die Zusammenarbeit fortzusetzen, um so die Front gegen die Reaktion zu stärken.

Die früh begonnenen Verhandlungen darüber scheiterten, nachdem die Bunte Liste in einem Alleingang ihren Kandidaten als *den* Kandidaten der Opposition präsentierte und kurz danach die Grünen beschlossen, nicht mit anderen Gruppen zusammen kandidieren zu wollen. Nach einer langen öffentlichen Auseinandersetzung über dieses Vorgehen wurde jetzt, nach

Aufstellung der Kandidaten, die Erklärung eines „Alternativen Wahlforums“ verabschiedet, an deren Abfassung neben verschiedenen Gruppen und Initiativen wie der Bürgerinitiative gegen das KKW in Wyhl auch die DKP und die Grünen sowie andere Parteien und Gruppen, darunter der BWK, beteiligt waren. Die Kandidaten der Grünen, der DKP und die vier Kandidaten in Sachen Schwarzwaldhof haben ihre Unterstützung für diese Erklärung zugesagt. Es heißt dort u.a.:

„Sowohl Böhme als auch Ungern-Sternberg werden die Rotstiftpolitik der Regierungen in Bonn ... und Stuttgart rigoros gegen uns Bürger durchsetzen ... Demgegenüber tritt das Alternative Wahlforum dafür ein, den Anteil der Gemeinden am gesamten Steueraufkommen zu erhöhen, lehnt weitere Gebühren- u. Tarifierhöhungen gegen die Bürger ab und fordert den Einsatz aller kommunalen Mittel für die sozialen und kulturellen Belange der Bürger dieser Stadt ... Sowohl Böhme als auch Ungern-Sternberg werden alle verfügbaren kommunalen Gelder in die ‚Wirtschaftsförderung‘ stecken. Alle Erfahrungen zeigen: Millionen für günstige Standorte der Industrie, schnelle Verkehrswege und anderes zerstören nicht nur die Umwelt, sondern sie stärken die ortsansässige Industrie, die dann mit Rationalisierungsinvestitionen weitere Arbeitsplätze vernichten kann.“

Anstelle von ‚Wirtschaftsförderung‘ tritt das Alternative Wahlforum dafür ein, daß die Großabnehmer von Strom, Gas, Wasser usw. endlich genauso viel zahlen wie alle anderen. Großbetriebe aus Handel und Industrie sollen an den Kosten des Nahverkehrs durch eine Nahverkehrsabgabe beteiligt werden ...

Sowohl Böhme als auch Ungern-Sternberg wollen weitere Polizeikräfte nach Freiburg holen. Sie sagen, dies diene unserem Sicherheitsinteresse. Die Polizeiaufmärsche bei Räumung der Freiau, des Dreisamecks und des Schwarzwaldhofs, für die Ungern-Sternberg mitverantwortlich ist, haben jedem gezeigt, daß es in Wirklichkeit um das Sicherheitsinteresse der Banken und Versicherungen, der großen Grundstückseigentümer und Spekulanten geht. In deren Interesse wird seit Jahren preisgünstiger Wohnraum in der Innenstadt zerstört, werden die Zentren der Jugendlichen wie der Schwarzwaldhof vernichtet, wird der Polizeieinsatz für Wyhl vorbereitet.

Das Alternative Wahlforum verurteilt den Ausbau von Freiburg zur Polizeiburg wie die Kriminalisierung der protestierenden Jugend und aller demokratischen Kräfte. Das Alternative Wahlforum fordert statt mehr Polizei die Bewahrung und den Ausbau demokratischer Rechte.

Keine Stimme für Ungern-Sternberg oder Böhme! Wählt einen alternativen Kandidaten!“

Trotz dieser Erklärung: Daß keine gemeinsame Kandidatur erreicht werden konnte, daß die Erklärung erst jetzt, zwei Wochen vor der Wahl, zustandekam, daß die Bunte Liste *jede* Zusammenarbeit mit anderen Gruppen ablehnte, vor allem, daß der Wahlkampf Ungern-Sternbergs und Böhmers bisher auch von Seiten des „Alternativen Wahlforums“ fast ungeschoren blieb, schwächt die Position derjenigen, die einen Wahlerfolg der Reaktion verhindern wollten.

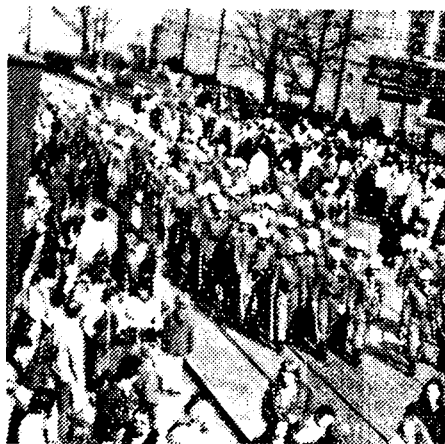
Bosch

Lohnausgleich bei Kurzarbeit!

Stuttgart. „Kurzarbeit bei VW“, „Kurzarbeit bei Bosch“, „Autoproduktion gebremst“, verkünden die Überschriften der Tageszeitungen. Dabei ist zum Beispiel bei Bosch Kurzarbeit nicht außergewöhnlich, sondern Bestandteil einer brutalen Unternehmenspolitik, die alle Risiken auf die Arbeiter und unteren Angestellten abwälzt und sich an den Kurzarbeitergeldern des Arbeitsamtes schadlos hält. 1980 hatte die Robert-Bosch-GmbH für 11000 Beschäftigte Kurzarbeit angemeldet, 1981 stieg die Anzahl der Kurzarbeiter weiter, und jetzt sind im Inland 20000 von der Kurzarbeit betroffen. Und die Bosch-Bilanz für die Jahre 1980 und 1981?

1980 hatte die Robert-Bosch-GmbH eine der besten Bilanzen ihrer Geschichte überhaupt, 1981 stieg der Bilanzgewinn um 12,5% gegenüber 1980, und für 1982 erwartet Vorstandsvorsitzender Lutz Merkle eine weitere Ertragssteigerung. Zwischen Belegschaft und Konzernleitung gibt es eine längere Auseinandersetzung über eine Aufschlagszahlung der Firma bei Kurzarbeit. Letztes Jahr wurde über den Gesamtbetriebsrat vereinbart, daß Arbeiter bei Kurzarbeit nicht weniger erhalten dürfen als 78% des Monatsbruttolohns bei voller Arbeitszeit. Sinken Kurzarbeitergeld und gekürzter Bruttolohn unter diese Grenze, muß die Firma die Differenz bezahlen.

Die Forderung des Betriebsrates war eine Ausgleichszahlung bis auf 80%. Diese 80% sind im Manteltarifvertrag



Polizeibelagerung Freiburgs 1981

für die Metallindustrie in Nordwürttemberg/Nordbaden für die Angestellten vereinbart (§ 8.2.4.)

Außerdem gibt es eine innerbetriebliche Absprache, daß die Kurzarbeit sich nicht auf Sonderzahlungen wie Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld auswirken darf. Die finanziellen Polster der Robert-Bosch-GmbH sind aber so beschaffen, daß ein *voller* Lohnausgleich diese unwesentlich schmälert. Eine Modellrechnung: Bosch hat Rückstellungen in Höhe von 2,7 Milliarden DM angehäuft, zum Beispiel für „risikoreiche Geschäfte“. Eine Verzinsung mit 10% ergibt einen Jah-

reszinsertrag von 270 Mio. DM. Diese Rückstellungen sind vertuschte Gewinne, die nicht mit dem üblichen Satz von 56% besteuert werden. Daß Bosch diese Milliarden tatsächlich für Bankgeschäfte einsetzt, ergibt sich aus der Bilanz für 1981, wo ein Zinsertrag von 202 Mio. DM ausgewiesen ist.

Für die 20000 Kurzarbeiter bedeutet der monatliche durchschnittliche Nettolohnverlust von 100 DM einen Lohnverzicht von 2 Mio. DM. Aus dem Zinsertrag von einem Jahr könnte Bosch also 135 Monate oder mehr als elf Jahre vollen Lohnausgleich zahlen!

Bauern

„Rekordernte“ – nichts als hohle Propaganda

Noch bevor der erste Bauer mit der Ernte begonnen hatte, konnte man in den Zeitungen von einer bevorstehenden Rekorderte lesen. Das hat inzwischen System, denn es vergeht kaum ein Jahr, ohne daß, 'mal früher, 'mal später, so etwas durch die Presse gestert. Auf Grundlage einer solchen Propaganda lassen sich besonders gut Gesetze und Verordnungen gegen die Bauern durchsetzen, sei es, daß Brüssel wieder Geld in die EG-Kasse braucht, oder sei es, daß die verarbeitende Industrie schärfere Qualitätsanforderungen durchsetzen will.

In den letzten Jahren sind die Bauern dieser Propaganda durch ihre Demonstrationen und Protestaktionen offen entgegengetreten. Die Erträge gingen 1980 und 1981 zurück, und die Preise waren schlecht. Um so mehr rührt die Bourgeoisie ihre Propagandatrommel in diesem Jahr, um das Bild von dem sich reich erntenden Bauern wieder aufzupolieren, denn die Erträge waren in diesem Jahr tatsächlich nicht schlecht. Nach Angaben des Bundeslandwirtschaftsministeriums lag der Durchschnittsertrag aller Getreidearten in diesem Jahr um 7,5% höher als im Spitzenjahr 1978. Bei Gerste liegt der Hektarertrag z.B. bei 51,9 Doppelzentner und damit etwa um 10% höher als im Schnitt der letzten fünf Jahre. Der vom niederschlagsreichen Winter gut mit Wasser versorgte Boden und der warme, trockene Frühsommer kamen den Pflanzen zugute.

Ausnahmen machten die Kartoffel und das Gras. Die lange Hitzeperiode im Juli des Jahres ließ viele Grasflächen soweit vertrocknen, daß die Tiere vorzeitig abgetrieben werden mußten oder die Silageernte erheblich geringer ausfiel. Die Kartoffelpflanzen reagier-

ten auf die Trockenheit durch vorzeitiges Auskeimen. Für einige Bauern brachte das erhebliche Ausfälle, weil sie dann für den Verzehr nicht mehr geeignet sind. Davon hört man in der Presse kaum etwas. Und schon gar nichts mehr darüber, daß der Bauer im wesentlichen ja nicht mehr von seinen geernteten Produkten lebt, sondern vom Verkauf dieser Produkte. Und so nützt ihm eine gute Ernte nur, wenn die Kosten dafür nicht zu hoch waren und er sie ordentlich bezahlt bekommt. So ist in Niedersachsen z.B. ein großer Teil der Wintergerste und an der Westküste Schleswig-Holsteins ein Teil des Winterweizens bei den Kahlfrösten im Winter erfroren und mußte im Frühjahr mit Sommergetreide nachgesät werden.

Den Bauern entstanden dadurch doppelte Kosten, und sie ernteten vom

Sommergetreide im Verhältnis zum Wintergetreide weniger. In der Statistik erscheint so eine Ernte dennoch als gut, weil sie mit der Sommergetreideernte der letzten Jahre verglichen wird und nicht mit der verlorengegangenen Ernte des Wintergetreides.

Bei Kohl und Äpfeln wird die von der Menge her gute Ernte für die Bauern wie schon so oft wieder einmal ein reines Verlustgeschäft. Die Preise gehen so in den Keller, daß wahrscheinlich nicht einmal mehr die Unkosten erwirtschaftet werden. Das Getreide wurde überwiegend mit guter Qualität geerntet, so daß die immer höher geschraubten Qualitätsanforderungen der Industrie den Bauern in diesem Jahr nicht so viel zu schaffen machten. Das wurde gleich wieder ausgenutzt, um das Hektolitergewicht für interventionsfähige Gerste (d.h. nur für diese Gerste gilt der Interventionspreis) von 63 auf 64 anzuheben, weil man sich in diesem Jahr keinen allzu großen Protest damit einhandelte.

Für die Bauern im Norden Schleswig-Holsteins wurden die in den letzten Jahren immer höher geschraubten Qualitätsanforderungen für Brotweizen zum Stolperstein. Als Abgrenzung zwischen Brotweizen und Futterweizen hat die Industrie die Fallzahl geschaffen, sie muß für Brotweizen mindestens 220 betragen. Durch den im August einsetzenden Dauerregen konnte der Weizen nicht geerntet werden und wurde überreif. Die Fallzahl fiel rapide, der Weizen konnte nur noch als Futterweizen verkauft werden und wurde mit 2 bis 4 DM je Doppelzentner schlechter bezahlt. Das macht je Hektar einen Verlust zwischen 100 und 250 DM.

Bei der Gerste konnten es die Bauern in Schleswig-Holstein ausnutzen, daß



die Preisabsprache zwischen den großen Getreidehändlern in diesem Jahr anders als sonst nicht klappte. Der Gutsbesitzer P. Rothe aus Niedersachsen kaufte bei zwei großen schleswig-holsteinischen Landhandelsfirmen, die vor der Pleite standen, die Aktienmehrheit auf und stimmte der Zusammenlegung zu einer Firma zu. Da in Niedersachsen wegen der Auswinterung Wintergerste knapp war, zahlte er in Schleswig-Holstein 45 DM für den Doppelzentner. Da mußte sogar Raiffeisen, die bis dahin 44,20 DM gezahlt hatte, mitziehen.

Atommülllagerung ,Demokratischer' Wirbel & Polizeiunterdrückung

Salzgitter. Für den Monat September hat die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) ihren Antrag auf ein Planfeststellungsverfahren für ein Atommüllendlager im Schacht Konrad beim niedersächsischen Sozialministerium angekündigt. Das Planfeststellungsverfahren ist die entscheidende juristische Voraussetzung, um das Endlager zu betreiben. Die in der „Regionalkonferenz Südostniedersächsischer Bürgerinitiativen“ zusammengeschlossenen Gruppen antworten darauf mit einem Aufruf zu einer Großdemonstration am 30. Oktober in Salzgitter im Rahmen des bundesweiten „Herbststurms“ der Initiativen gegen Kernkraftanlagen.

Tatsächlich wird für den Fortbestand des Kernenergieprogramms die Bestimmung und Errichtung eines Endlagers immer entscheidender. Ab 1985 kann der Atommüll nicht mehr nach Frankreich oder Großbritannien exportiert werden – ein Endlager muß also auf Biegen und Brechen her (siehe auch Pol. Berichte 14/82). Die Initiativen gehen mit Recht davon aus, daß das Ergebnis des Planfeststellungsverfahrens so vorbestimmt ist und politischer Druck entscheidend ist. Gegen die Propaganda des extra in Salzgitter eingerichteten Informationsbüros des Bundesministeriums für Forschung und Technologie soll eine Broschüre herausgegeben werden, ein Informationswagen soll in den Wochen vor der Demonstration in den vielen Stadtteilen von Salzgitter die Bevölkerung unterrichten. Die staatliche Reaktion geht zielstrebig daran, die Initiatoren des „Herbstmanövers“ vorbeugend zu unterdrücken. Bereits im März wurden mehrere Wohnungen in Braunschweig durchsucht wegen eines Wurfzettels, der auf die Gefahren der Atommüllagerung hinweist und wie eine amtliche Verlautbarung aufgemacht war. Im

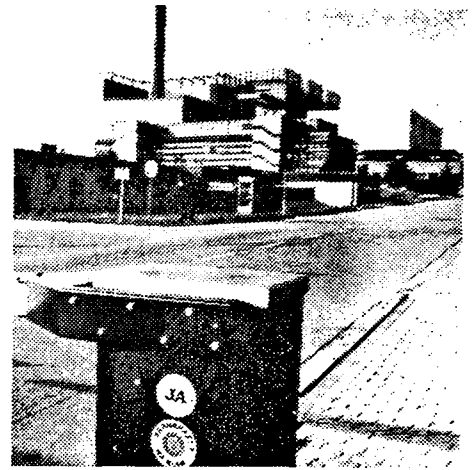
Verfassungsschutzbericht des Landes Niedersachsen März 82 wird im Zusammenhang mit Schacht Konrad ausdrücklich der Salzgitteraner „Arbeitskreis gegen Atomenergie“ erwähnt, und zu der schon damals geplanten Großdemonstration heißt es: „Es muß damit gerechnet werden, daß militante Kernkraftgegner sowohl diese Demonstration als auch weitere Aktionen als Hintergrund für ihre Gewalttaten benutzen.“ Wie zufällig wird dann auch bei der jüngst stattgefundenen Demonstration in Gorleben neben fünf anderen ein Mitglied des Salzgitteraner „Arbeitskreises gegen Atomenergie“ verhaftet und des schweren Landfriedensbruches beschuldigt und wegen angeblicher Fluchtgefahr in Haft gehalten. Wie üblich fanden die Verhaftungen nach Abschluß der Demonstration statt, bei drei der sechs Verhafteten erst einen Tag später – sie seien als Gewalttäter des Vortages erkannt worden. Sodann wurden erstmal alle 14 Tage lang bis kurz vor oder bis zur Haftprüfung (hier soll festgestellt werden, ob tatsächlich „Fluchtgefahr“ besteht) eingesperrt. Bisher wurde in allen diesen Fällen festgestellt, daß keine „Fluchtgefahr“ bestand. Aber 14 Tage reichen immerhin, daß man seine Arbeit verliert. Am 13. und 15.9. folgen dann erneut Hausdurchsuchungen bei Mitgliedern des Braunschweiger „Arbeitskreises gegen Atomenergie“. Vorwand – ein Sprengstoffanschlag auf ein parkendes Fahrzeug auf dem Gelände der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung.

Diese Unterdrückungsmaßnahmen werden aber sofort bekämpft. Gegen die Inhaftierungen fanden in Braunschweig, Hannover und Hildesheim Demonstrationen vor den Gefängnissen statt. In Uelzen demonstrierten am 18.9. 250 Menschen für die Freilassung der Inhaftierten.

Kernenergie Demonstration gegen Schnellen Brüter

Essen. Zahlreiche Organisationen rufen für den 2.10. zu einer Großdemonstration gegen den Weiterbau des Schnellen Brüters in Kalkar und des Thorium-Hochtemperaturreaktors (THT) in Hamm-Uentrop auf. Die Demonstration findet in Kalkar statt. Der Anlaß ist die geplante Beschlußfassung über den Fortgang der Projekte im Oktober im Bundestag.

Sowohl der Schnelle Brüter als auch der THT-Reaktor sind Kernstücke des Energieprogramms der Bundesregierung. Dabei liegt der Nutzen der Kapitalisten an beiden Projekten nicht un-



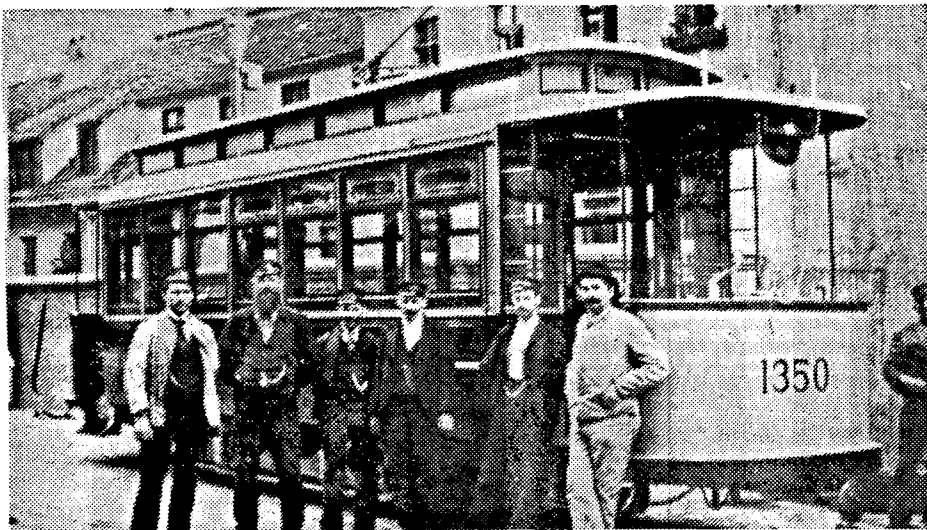
Baustelle des Schnellen Brüters. Bei der Großdemonstration 1977 gelang es der Polizei, durch weiträumige Absperrung die Personalien vieler Teilnehmer zu registrieren.

mittelbar in billigerer Stromversorgung. Vielmehr handelt es sich um Prototypen zur Weiterentwicklung der Anwendung von Kernenergie: Mit dem Brüter soll Abfalluran aus den Leichtwasserreaktoren nach der Wiederaufbereitung weitergenutzt werden, der THT-Reaktor soll zur Kohlevergasung durch Kernenergie genutzt werden.

Vor allem der Schnelle Brüter gewinnt seine Bedeutung aus der Absicht der Kapitalisten, den Export von Kerntechnologie auszubauen. Bundesforschungsminister Bülow: „Gleichzeitig bleiben die Chancen gewahrt, daß die BRD in der Verwirklichung großtechnischer Vorhaben ihren Spitzenplatz gegenüber der internationalen Konkurrenz halten kann.“ Dafür soll das Abenteuer fortgesetzt werden.

Dabei ist schon die Entwicklung der Baukosten ein Indiz dafür, daß die Kapitalistenklasse die Nutzung der Kernenergie keineswegs beherrscht. Der Schnelle Brüter sollte ursprünglich 1,7 Mrd. DM kosten, mittlerweile geht das Bundesforschungsministerium von mindestens 6,5 Mrd. DM aus. Die Kosten des THT-Reaktors stiegen von 710 Mio. DM auf jetzt veranschlagte 4,3 Mrd. DM. Auch nach Angaben der Betreiber kommen diese Kostensteigerungen vor allem durch immer wieder neue, notwendig gewordene technische Änderungen zustande.

Vor allem die CDU drängt auf die Aufbringung der notwendigen zusätzlichen Gelder. Zur Begründung des Weiterbaus beider Projekte hat der nordrhein-westfälische CDU-Landtagsfraktionsvorsitzende Biedenkopf die Behauptung aufgestellt, die Nutzung der Kernenergie sei weniger „umweltgefährdend“ als der Ausbau von Kohlekraftwerken, weil die „sauren Regen“ verursachen. Die wirklichen Ursachen der Auswirkungen der Energiepolitik wären damit bestens vom Tisch gebracht.



Jugenderinnerungen sollen Heimatgefühle wachhalten, wie dieses Foto der elbischen Eisenbahn um 1900 in einer Vertriebenenzeitung 1982.

Heimatvertriebenenitag

Kiep: mit Verzicht auf „Wohlstand“ zur deutschen Einheit!

Hamburg. „10 Jahre Ostverträge – die deutsche Frage bleibt offen“, war das Motto verschiedener Hamburger „Vertriebenenverbände“ zur Festveranstaltung am 12.9.1982, dem „Tag der Heimat“. Vorweg allerlei revanchistische Literatur wie eine Flugschrift gegen die „Sprachverwirrung“. Danach soll es im rechten Gebrauch der deutschen Sprache heißen: „DDR“, SBZ, der unfreie Teilstaat Deutschlands; Heimat; Massenvertreibung; Volksgruppenrechte. Nicht heißen darf es dagegen: DDR, Ostdeutschland, der andere Teil Deutschlands; alte Heimat; Umsiedlung; Minderheiten-

rechte. Und sowieso ist und war die „angestammte Heimat der Ostpreußen, Westpreußen, Pommern und Schlesier ... nicht ‚Polen‘.“

Daneben Leitsätze, gestützt auf die reaktionäre Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts: „Das deutsche Reich besteht fort ... Bestandteil Deutschlands waren und sind auch die Gebiete ostwärts der Oder-Neiße-Linie ... Die in Ostdeutschland verbliebenen Deutschen und deren Kinder haben auch nach Inkrafttreten der Verträge ihre deutsche Staatsangehörigkeit behalten. Sie sind Deutsche ... Auch

ihnen gegenüber hat die Bundesrepublik Deutschland die Schutzpflicht.“ Und aus dem Leitwort zur Veranstaltung: „Es ist und bleibt die historische Aufgabe unseres ... Bundes, den Begriff Deutschland nicht untergehen zu lassen.“

Bliebe die Sache des Revanchismus den „Vertriebenenverbänden“ überlassen, man könnte deren Ende gelassen entgegensehen. Von den ca. 900 Teilnehmern der Veranstaltung waren keine 50 unter 30 Jahre alt, aber ca. 70% über 60 Jahre. Das wirkt sich aus, auch auf die „Förderung ostdeutschen Kulturguts“. Das Musikprogramm stellten großteils Hamburger Musikgruppen (z.B. die Hamburger Schutzpolizei), die aufgeführten Bauertänze wirkten kümmerlich – da tanzten kleine Kinder, denen das vielleicht noch Spaß macht. Der ältere eigene „Vertriebenennachwuchs“ ist dafür offensichtlich nicht zu haben. Und richtige heimatliche Gefühle kamen auch erst auf zu den Klängen von „La Paloma“, „Hamburger Veermaster“ und „Nordseewellen“. Dennoch bedient sich die Bourgeoisie der revanchistischen Verbände wieder gerne, sollen sie doch tausendfache leibhaftige Ansprüche gegen die Staaten Osteuropas verkörpern.

Aber not tut etwas anderes, wie Kiep als immer noch Hamburger Bürgerschaftskandidat der CDU vor der Versammlung entwickelte (die folgenden Zitate stammen aus seiner Rede). Erstens: „Man muß den Wohlstandspanzer Bundesrepublik Deutschland knacken.“ „Wohlstand“ kann nicht länger Ziel unserer Gesellschaft sein, der Verfassungsauftrag lautet schließlich auch nur „Freiheit von Not“. Der Jugend, sowohl dem Teil, der sich durch Ar-

Heimattage – Stimmungsmache für „unsere Ostgebiete“

Die Heimattage Baden-Württemberg, die jährlich in einer anderen Stadt durchgeführt werden, finden 1982 in Ravensburg statt. Sie wurden 1978 auf Initiative der Heimatverbände, der „Arbeitsgemeinschaft für Heimat und Volkstumpflege“ und der Landesregierung zum ersten Mal durchgeführt.

Unter dem Anspruch, kulturelle Vielfalt und Brauchtum schützen und fortschreiben zu wollen, sind die Heimattage in Wirklichkeit nur eine Auswahl des Kulturguts, das ins Konzept der Reaktion paßt oder reibungslos eingepaßt werden kann: Neben Mundarttheater und Musikaufführungen wird der Hauptteil der „Heimattage“ dem Kulturgut gewidmet, das aus den ehemals deutschen



Gebieten vor dem Zweiten Weltkrieg stammt.

So wird zum Beispiel über eine Ausstellung zu „Karten, Atlanten und Bücher zur Ostkunde“ der Auftrag des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes an den Anfang gestellt: „Das Kulturgut der Vertriebenen und Flüchtlinge, des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes zu erhalten“.

Die Ausstellung richtet sich an Leute aus dem Erziehungswesen und der Presse, ist also deutlich auf Weiterverbreitung angelegt. Schaut man sich die Ausstellung an, weiß man, warum: „Historische Karten aus 12 Jahrhunderten deutscher Siedlungsgeschichte – Karten über die Siedlungsräume der Deutschen in den Oder-Neiße-Gebieten, Ost-, Mittel- und Südeuropa.“ Nicht weit weg von der Blut- und Bo-

beitslosigkeit, Lehrstellenmangel u.a. bereits in jenem gepriesenen Zustand befindet, als auch jenem, der sich vor den Folgen kapitalistischer Produktion in alternative Zustände flüchtet, müßten wieder die wirklichen Werte unserer Gesellschaft nahegebracht werden: „Sämtliche Ideale der menschlichen Gesellschaft sind in unserer Verfassung verkörpert.“ Die wichtigste Errungenschaft der Ostverträge, die „Freizügigkeit“, müsse ausgebaut werden, damit „auch in zehn Jahren ein Hamburger Junge noch was weiß von Wismar, Rostock und Danzig ...“ Schulbuchrevisionen werden ein übriges tun.

Zweitens: Was aber tun, da die UdSSR doch niemals eine „de facto-Absicherung“ deutscher Ansprüche dulden wird? „Die Geschichte kenne das Wort niemals nicht“. „Keiner will Gewalt“, aber: „die unnatürlichste Teilung der Welt kann nicht als gottgegeben hingenommen werden“. Der Sowjetunion muß man einstweilen „Kosten-Nutzen-Rechnungen“ präsentieren. Kiep als internationaler Kreditor-presser kennt sich da aus. Schließlich steht die Unterwerfung Polens unter IWF-Diktat ja bereits bevor.

Nach Kiep muß ein Zustand im Innern erreicht werden, „daß sich alle Deutschen als Einheit fühlen“. Dann wird die Bourgeoisie die von Kiep häufig beschworene „günstige Gelegenheit“ schon zu nutzen wissen, selbst wenn sich ausreichend heimatliche Gefühle nicht wieder eingestellt haben sollten. Die Mittelbeschaffung für die Expansion jedenfalls soll unter dem Motto „Abschied vom Wohlstandsdenken“ durch einschneidende Verringerung der Reproduktion der arbeitenden Massen auf Hochtouren gebracht werden.

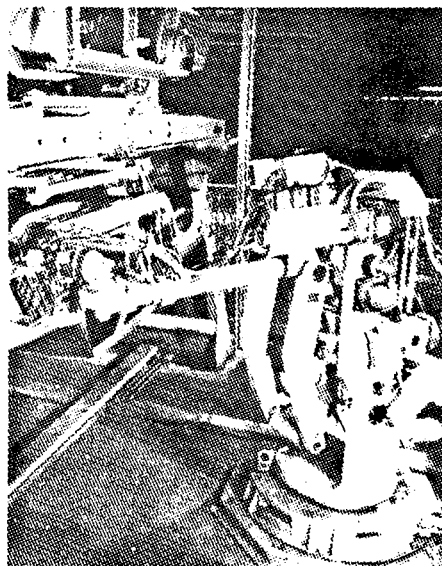
den-Ideologie ist denn auch eine „kulturelle Reise“ durch diese Gebiete, die die Werke von Gerhard Hauptmann bis zu Franz Schubert so erklären, daß sie nur auf diesem Boden gedeihen konnten. Das Ziel der Heimattage, so Späth, sei, darauf aufmerksam zu machen, „daß Heimat kein unverlierbares Gut“ sei.

Hinter dieser schwammigen Heimat-Erklärung steckt in Wirklichkeit nichts anderes als die Einforderung des Rechtsanspruches auf die ehemals deutschen Ostgebiete. MdL Dorn bekannte bei der Eröffnungsfeier freimütig, daß der Zweck der Veranstaltung sei, „dem in der DDR aufgebauten, falschen Geschichtsbild ein eigenes, anderes, freiheitliches Geschichtsbild entgegenzusetzen und es der Jugend zu vermitteln“. Die Grenzen von 1937 sind schon in den Atlanten!

BMW München Ersatz qualifizierter durch einfache Arbeit

München. Mit Anlauf der Produktion der neuen Modelle werden bei BMW München 300 frei programmierbare Handhabungsautomaten (Roboter) im Wert von 84 Mio. DM in Betrieb genommen.

Die BMW-Kapitalisten versprechen sich hierdurch, ihre Position in dem „durch die Kostenentwicklung immer schwieriger gewordenen ‚Produktionsstandort Bundesrepublik‘ zu verteidigen“ (Produktionschef Koch). Ziel sei



Handhabungsautomaten im Rohbau, Werk München, seit Ende der Betriebsferien im Einsatz

keineswegs nur der durch sie erzielbare Rationalisierungseffekt, auch beim Einsatz bei kleinen und mittleren Losgrößen, sondern die Freisetzung von Arbeitskräften für höherwertige Aufgaben. Damit kämen letzten Endes Roboter den Interessen der Lohnabhängigen entgegen und sicherten langfristige Arbeitsplätze.

Tatsache ist jedoch, daß im Bereich Fügetechnik-Punktschweißen gegenüber 1974 durch Verringerung der Handfertigung von 52% auf 8% und der konventionellen starren Vielpunktmaschine von 48% auf 12% und durch den Ausbau der flexiblen Robotertechnik von 0% auf 80% statt wie 1974 von 65 Arbeitern heute von 30 Arbeitern 100 Einheiten hergestellt werden sollen. Das heißt eine Reduzierung der Belegschaft hier um 54%.

Sicherlich war das Punktschweißen Knochenarbeit bei Staub und Hitze, es war aber eine qualifizierte Arbeit, die mit Tariflohngruppe 8 bis 9 bezahlt wurde. Die Qualifikation ist an der neuen Maschine abverlangten Präzi-

sion noch abzulesen: sie fährt mit einer Geschwindigkeit von 2½ m pro Sekunde an ihre Arbeitsposition und trifft mit einer Abweichung von +/- 1 mm den vorgesehenen Schweißpunkt; 40 Schweißpunkte pro Minute liefert sie jetzt.

Übrig bleiben die sogenannten „Restarbeitsplätze“ wie Be- und Entladen. Auch die Poren des Arbeitstages zu schließen, wurde nicht vergessen: Es wurden Speicher von Vorprodukten für jeden Arbeitsplatz eingebaut, die Bandstillstand bei Wechsel oder Reinigung der Werkzeuge verhindern sollen. Das Be- und Entladen wird aufgrund des gestiegenen Arbeitstempos noch mörderischer, Staub, Lärm und Hitze steigen.

Der Betriebsrat erzielte letztes Jahr eine Vereinbarung, derzufolge von Robotern umgesetzte Arbeiter ohne Dienstminderung umgesetzt werden sollen, wenn dies nicht möglich ist, wird das Entgelt für ein Jahr weiter gezahlt und muß dann erneut mit dem Betriebsrat verhandelt werden. Der Betriebsrat erklärte auf der letzten Betriebsversammlung, daß jetzt verstärkt über Lohngruppenerhöhungen im Akkordbereich nachgedacht werden müsse.

CDU Westberlin Rüstungsproduktion nach Westberlin

In Westberlin sind gegenwärtig 8,2% als Arbeitslose registriert. Bei den Männern sind es 8,8%, bei den Frauen 7,7%. Sowohl insgesamt als auch einzeln betrachtet hat die Arbeitslosigkeit stark zugenommen. Bei den Jugendlichen beträgt die Quote jetzt 11,7%, also jeder neunte Jugendliche ist ohne Arbeitsplatz. Rückläufig ist demgegenüber die Zahl der offenen Stellen. Die wenigen, die angeboten werden, sind hauptsächlich aus dem Dienstleistungsbereich oder aus dem Baugewerbe. Im gesamten produzierenden Gewerbe verzeichnet Westberlin als eine Zwei-Millionen-Stadt gegenwärtig noch 165000 Arbeitsplätze.

Die Reaktion des von der CDU geführten Senats auf diese Entwicklung im Allgemeinen und auf die Lage bei AEG im Besonderen ist einfach und zynisch zugleich. Eine Auffanggesellschaft zugunsten der Erhaltung der Arbeitsplätze bei der AEG unter Beteiligung des Senats wurde vom Wirtschaftssenator Piroth abgelehnt. Auf die Aussichten für entlassene Arbeiter und Angestellte auf einen neuen Ar-

beitsplatz eingehend, schrieb die „Berliner Rundschau“ als Organ der CDU in Westberlin: „Erst ein durchgreifender Wandel in der inneren Einstellung wird das bitter notwendige Vertrauen in die Zukunft schaffen. Technologischer Strukturwandel wird immer dazu führen, daß ganze Bereiche von Industrieprodukten vom Markt verschwinden, siehe AEG.“ Die CDU verlangt strikte Unterordnung unter die Bewegungen des kapitalistischen Marktes und lehnt jedwede Eingriffe in die Rechte der Kapitalisten ab.

Wenngleich der CDU-Senat es als eine im Sinne des Marktes notwendige Entwicklung ansieht, daß allein in seiner Amtsperiode fast 20000 Lohnabhängige ihren Arbeitsplatz verloren, fürchtet er doch aus politischen Gründen um die Überlebensfähigkeit der Stadt und ihre Ausstrahlung. Im Interesse der Stadt also will der Wirtschaftssenator Picroth sich um Industriansiedlungen bemühen. Chancen sieht er in dem Aufbau von Betrieben mit rüstungstechnischen Produkten. Trotz des gültigen Verbots solcher Produktion in Westberlin durch alliiertes Kontrollratsgesetz rechnet der Wirtschaftssenator mit einem Erfolg seiner Bemühungen.

Stadthaushalt Investitionen und Höchstverschuldung

München. Wenn Anfang Oktober der Haushaltsentwurf 1983 in den Stadtrat eingebracht wird, so ist jetzt bereits sicher, daß sich aufgrund der CSU-Mehrheit in den Kernbestandteilen nichts mehr ändern wird. Bei einem Volumen von rund 5,7 Mrd. DM wird sich die Neuverschuldung der Stadt um 592 Mio. DM (Vorjahr 420 Mio. DM) drastisch erhöhen. Um die „rege Investitionstätigkeit“ aufrechtzuerhalten, wird es nach Aussagen des Stadtkämmerers Grundmann kaum einen Bereich geben, in dem nicht die Gebühren und Tarife erhöht werden: Z.B. beim Ferienprogramm für Kinder um 10%, bei Altenheimen um 6% bis 18%, bei Entwässerung von 18% bis 27%, beim Bestattungswesen um 8,7%, bei Straßenreinigung um 6% bis 8%.

Eigens für die Stadt hat die CSU ein Wahlprogramm, in dem es heißt: „Eine Gesundung unserer Wirtschaft verlangt eine wesentliche Steigerung von Investitionen sowie die Bewältigung des wirtschaftlichen Strukturwandels.“

„Weil ansonsten beträchtliche Standortnachteile für die Wirtschaft zu be-

fürchten sind“ (Stadtbaurat Zech), werden im kommenden Haushaltsjahr folgende Investitionsschwerpunkte gesetzt: Bereitstellung von neuen Gewerbeflächen, von denen die Kapitalisten insgesamt 450 ha fordern; der Bau des Flughafens München II (zur Zeit durch Gerichtsbeschuß blockiert); Ausbau des Messegeländes; Schaffung eines Kongreßzentrums; Ausbau des Entwässerungssystems zur Erschließung



Seit 1980 1128 neue Sozialwohnungen, aber Umwandlung von 10000 Miet- in Eigentumswohnungen

von Gewerbesiedlungen sowie die Beteiligung am Kernkraftwerk Ohu II.

Die Gesamtverschuldung des Hoheitshaushalts wird sich 1983 auf 1,8 Mrd. DM belaufen. Dazu kommen die Schulden der Stadtwerke mit 851 Mio. DM und die der städtischen Krankenhäuser mit rund 49 Mio. DM (Stand 1.1.81). In Kürze wird die Verschuldung der Stadtwerke nochmals um das Doppelte steigen: Die Beteiligung der Stadt am KKW Ohu II beläuft sich jetzt auf 1,32 Mrd. DM. Das ist eine abenteuerliche Kostensteigerung in den letzten 5 Jahren um rund 645 Mio. DM und soll über eine weitere Kreditaufnahme von 817 Mio. DM finanziert werden. Eine Strompreiserhöhung von 10% wird in Aussicht gestellt.

In ihrem Wahlprogramm verspricht die CSU eine „Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft.“ Seit 1979 liegt der Hebesatz der Gewerbesteuer bei 450 Punkten, und jetzt hat OB Kiesel den Kapitalisten für weitere zwei Jahre Stabilität zugesagt. Bisherige Einnahmen und Vorausschätzungen der Stadt belagen, daß der Anteil der Gewerbesteuer an den Steuereinnahmen der Stadt im Zeitraum von 1980 (55,3%) bis 1985 (52,1%) stetig sinkt, während der Anteil der Einkommenssteuer im selben Zeitraum von 32,1% auf 35% steigt.

Ausländer Ausländerwoche hat Alibifunktion

Osnabrück. Was macht ein CDU-Stadtrat, der die Schirmherrschaft über den Monat „Ausländer, Deutsche, Miteinander“ wahrnimmt, ohne dabei in Widerspruch zur eigenen CDU-Politik zu geraten? Er sucht sich einen Partner und wendet sich dabei an den hiesigen Abgesandten des Papstes, Bischoff Wittler, Beauftragter der „Deutschen Bischofskonferenz“ für Ausländerfragen. Ein Mann vom Fach, der schon immer sagte: „... aber es kamen Menschen“. Um's „Menschliche“ sollte es dann auch ausschließlich gehen.

Zunächst einmal lud man die verschiedensten katholischen und ausländischen Organisationen zum „Vorbeereiten“ ein. Selbst türkische Faschistenorganisationen wurden berücksichtigt und später zum Mitveranstalter gemacht. Gut 30 Einzelveranstaltungen wurden festgelegt, wobei die katholische Kirche die dominierende Rolle übernahm. Zehnmal lud sie zum Essen und Kennenlernen ausländischer Küche ein. Sechsmal boten die Veranstalter Filme über Länder wie Spanien, Türkei etc. an, die bestenfalls Urlaubserinnerungen auffrischen. Nichts über die Verhältnisse und über die Bedingungen, unter denen ausländische Arbeiter ihr Land verlassen mußten, um sich anderswo eine Existenz zu sichern. Beratungen durch die Volkshochschule, Spiele und Beten rundeten den Veranstaltungsplan ab. Damit nicht alles so teuer wird, durften die Kosten all dieses Spektakels die beteiligten Gruppen selbst tragen. Das Essen wurde von den ausländischen Organisationen genauso getragen wie ein Fußballturnier, wo die Stadt für Miete des Fußballplatzes 110 DM den Portugiesen in Rechnung stellte.

Über die Lebensbedingungen, ihre Wohn- und Arbeitsverhältnisse, die ja die Lage der Ausländer bestimmen, verlor man in diesem Monat kein Wort. Es wäre dann auch weniger „christlich und menschlich“ geworden. So verdeutlichen z.B. die Ergebnisse einer städtischen Untersuchung (Ausländerplan 82) hinsichtlich der wirtschaftlichen Verhältnisse, daß über 90% der ausländischen Beschäftigten ungelernte Arbeiter mit niedriger Bezahlung sind, daß hinsichtlich der Wohnverhältnisse Ghettoisierung in Stadtteilen mit schlechter Wohnraumqualität sich vollzieht und daß hinsichtlich der Bildungsmöglichkeiten der Prozentsatz ausländischer Kinder an den Sonderschülern enorm gestiegen ist.

„Wenn ich fleißig lerne, werde ich sehr klug“ – Erste Lehre vom ersten Schultag

München. Mit einem Gebet des Lehrers für die Kinder und dem Erlernen des Liedes „Ich gehe jetzt zur Schule, ich bin nicht mehr klein“ begann für Michael das erste Schuljahr. In den Zeitungen schlägt sich der erste Schultag so nieder: „Ganz ohne Pannen ging der Schulanfang nicht ab“ (Münchner Merkur vom 15.9.82). Mit Raumproblemen war man in der Grundschule an der Wilhelmstraße konfrontiert. Der zur Schule gehörende Pavillon war in den Ferien abgerissen worden, was erst bemerkt wurde, als eine Klasse dort ihr Klassenzimmer zugewiesen bekam.

Zurück zu Michael. Damit er am 14.9.1982 zum ersten Mal in die Schule gehen konnte, fand Anfang März ein Elternabend zur Einschulung statt, der im Kindergarten bei Anwesenheit einer Grundschullehrerin durchgeführt wurde. Die Lehrerin berichtete über den zu diesem Schuljahr neu eingeführten Lehrplan, über die Schwierigkeiten, in Klassen mit z.T. 35 Erstklässlern alle Kinder zu fördern. Am meisten würden dabei die Kinder ausländischer Arbeiter benachteiligt, die neben dem regulären Unterricht wöchentlich noch zwei Stunden in ihrer Heimatsprache unterrichtet werden.

Weiter berichtete sie, daß es in München konfessionelle Klassen gibt, d.h. daß die Kinder nach Religionszugehörigkeit sortiert werden. Ist ein Kind konfessionslos, wird es automatisch einer katholischen Klasse zugeordnet, es sei denn, die Eltern beantragen, daß es in eine evangelische oder eine „Mischklasse“ kommt.

Einer der Anwesenden berichtete: Wird ein Kind auf Antrag der Eltern um 1 Jahr von der Schule zurückgestellt, bedeutet das soviel wie eine Wiederholung der 1. Klasse, wenn es ein Jahr später eingeschult wird. Erreicht es dann das Klassenziel nicht, so wird er auf die Sonderschule abgeschoben. Die Lehrerin bestätigte dies.

Am 2. April erhielten Michaels Eltern eine schriftliche Benachrichtigung vom Schulamt, daß sie gesetzlich verpflichtet sind, Michael zur Schule zu bringen, es wurde der Termin der Einschreibung und die Schule, die das Kind besuchen soll, mitgeteilt.

Am 2. Mai war dann die Einschreibung. Das Kind mußte mit Geburtsurkunde mitgebracht werden. Bei diesem Termin erfuhren wir, daß die Grundschule in eine Musikschule und einen

scheidet man sich für den Französischkurs, so sind das vier Wochenstunden mehr für das Kind als im regulären Stundenplan. Darüberhinaus gab es eine Mappe zur Verkehrssicherheit, in der eine Karte vom Schulsprengel steckte, wo man den kürzesten oder sichersten Weg eintragen konnte, ein Merkblatt zur Volksschulpflicht und eine Liste mit Lernmitteln, die zum Schulbeginn gebraucht werden. Hauschuhe, Plastilin, Wachsmalkreide, Filzstifte, Farbstifte, zwei Bleistifte, Radiergummi, Dosenspitzer, unlinierter Block, Buntpapier, Klebestift, zwei Scheren – das kostete 60 DM auf einen Schlag.

Im Juni mußten wir dann zur schulärztlichen Untersuchung. Neben der körperlichen Untersuchung wurde die geistige Reife des Kindes getestet. Es mußte Figuren malen wie z.B. einen Kreis, ein Dreieck, ein Quadrat, ein Männchen, einen Baum und ein Haus. Es mußte einen sechzehnsilbigen Satz nachsprechen und die Grundfarben be-

nennen. Nachdem Michael den Sehtest nicht bestanden hatte, wurden wir zum Augenarzt geschickt.

Am 14. September begann dann der 1. Schultag um 9 Uhr, mit 34 Kindern in der Klasse. Nach dem Gebet gab der Klassenlehrer eine Stellungnahme zu dem neuen Lehrplan ab: Man ginge jetzt wieder dazu über, Druckbuchstaben zu schreiben, Mathematik heiße wieder Rechnen, es gebe ein Rechenbuch und kein Mathematikbuch, Zahlen würden jetzt nicht mehr addiert und subtrahiert, sondern abgezogen und zusammengezogen. Als Hausaufgabe sollten die Kinder für den nächsten Tag kleine Schultüten malen, da sie so schon ein „V“ schreiben könnten. Der Lehrer beendete seine Einführung mit dem Satz: „Ich sehe schon, daß Ihr alle sehr fleißig sein werdet und so auch klug werdet. Angst braucht Ihr heute nicht mehr vor der Schule zu haben, denn es gibt ein Gesetz, das besagt, der Lehrer darf die Kinder nicht mehr schlagen.“

Stundenplan, 4. Klasse Grundschule

	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
8.00 – 8.45	Förderkurs	Deutsch	Mathem.	Deutsch	Sport
8.45 – 9.35	Deutsch	HSK*	Deutsch	Mathem.	Sport
9.50 – 10.30	Mathem.	Kunst	HSK	We/Ha ⁺	Mathem.
10.35 – 11.20	HSK	Religion	Deutsch	We/Ha	Deutsch
11.30 – 12.15	Deutsch	Religion	Musik	HSK	Mathem.
12.15 – 13.00	Orffsch.	Musik	Sport	Sport	Religion

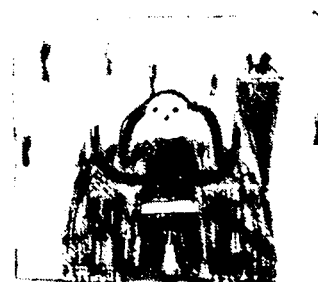
* Heimat- und Sachkunde

+ Werken/Handarbeit

Mein erster Schultag

Am 14. September 1982
hatte ich meinen ersten Schultag.
Ich war sehr nervös, aber
alles verlief gut. Ich habe
mit den anderen Kindern
den ersten Schultag
gut überstanden.

Mutter



Drei Klassen weiter sieht die Situation schon ganz anders aus. Joscha, 9 Jahre, ist jetzt in die 4. Klasse Grundschule gekommen und hat bereits die Nase gestrichen voll von der Schule. Morgens um 7.30 Uhr muß er aus dem Haus. Von Montag bis Freitag hat er durchgehend bis 13 Uhr Schule. Zu Hause ist er um 13.20 Uhr. Bis er gegessen hat und sich ein wenig ausgeruht hat, ist es 15 Uhr, und mit den Schulaufgaben ist er mindestens bis 17 Uhr beschäftigt. Oft reichen 2 Stunden nicht einmal. Zweimal in der Woche geht er nachmittags zum Judo. Da wird es dann 20 Uhr, bis er mit den Aufgaben fertig ist. Seinen neuen Stundenplan haben wir abgedruckt. Ganz besonders haßt er Mathematik. Wenn er bei einer Matheprobe liest, „Die Differenz zweier Zahlen ist 135, die größere Zahl ist 198“, wird ihm schon schlecht. Mathematik wird noch nach der gerade aufgegebenen Lehrweise unterrichtet. Stand am Ende der 3. Klasse: Addieren und subtrahieren bis 1000.

Besonders stressig sind auch die anderen Matheproben, wo auf Arbeitsblättern 100 Rechenaufgaben stehen und man innerhalb von 10 Minuten möglichst alle lösen soll. Wenn dann die Lehrerin noch rät, erstmal alle hundert Aufgaben durchzulesen und mit den leichtesten zu beginnen, dann sind darüber schon die 10 Minuten verstrichen. Alle zwei Wochen, manchmal sogar jede Woche, werden Deutscharbeiten geschrieben, das sind dann entweder Aufsätze oder Diktate. Aufsätze schreiben macht eigentlich Spaß, meint Joscha, aber Diktate! Das Einüben des Lernpensums, über das spätestens alle 14 Tage ein Diktat geschrieben wird, muß zu Hause bewältigt werden, „freiwillige Übungen“ nennt man das, aber nur allein gestützt auf den Unterricht beherrscht man die neuen Wörter nicht. Am liebsten mag Joscha HSK (Heimat- und Sachkunde). Da wird eine Wanderung durch die Gemeinde zur Gemeindeverwaltung gemacht, da spricht der Bürgermeister zu Problemen der Gemeinde, und man kann ihm Fragen stellen. Da lernt man Karten lesen, wo Norden liegt und wo Süden, da lernt man was über Bäume und Pflanzen, Verkehrsregeln und wie man sich wieder vertragen soll nach einem Streit in der Klasse.

Die Eltern sind der Meinung, daß zu viel von den Kindern verlangt wird. In Musik z.B. mußten die Kinder in der 3. Klasse bereits Melodien aufteilen in Takte, die Noten kennzeichnen, ob es eine Viertel- oder Achtelnote war, den Dur- und Moll-Schlüssel beherrschen.

Man läuft direkt Gefahr zu sagen, „Weniger, aber gründlicher, wäre besser“, meinen die Eltern.

Reformen an bayerischen Volksschulen – Das Bildungsniveau soll gesenkt werden

In Bayern gewann unmittelbar nach Kriegsende die katholische Kirche wieder stärksten Einfluß. Der erste Kultusminister Hipp erließ am 23.7.45 den „Vollzug der Verordnung vom 26.8.1883 über die Errichtung von Volksschulen“ als Bekenntnisschulen.

In Artikel 131 der Bayerischen Verfassung wird die Aufgabe der Schulen definiert: „(1) Oberste Bildungsziele sind Ehrfurcht vor Gott, Achtung vor religiöser Überzeugung und vor der Würde des Menschen.“

Für die Grundschule treten zu Beginn dieses neuen Schuljahrs neue Richtlinien in Kraft, die vorsehen: Aufhebung der Mengenlehre, Wiedereinführung des Fachs Rechnen statt Mathematik mit der Maßgabe, die abstrakten Rechengänge nicht mehr mit den lateinischen Begriffen zu lehren, sondern mit den deutschen Begriffen. Verstärkung des Fachs Heimatkunde und Kürzung der angebotenen Wahlfächer.

Für die Hauptschule hat der Bayerische Landtag „Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Hauptschulen“ beschlossen:

Die Stundentafel für die Hauptschule wird wie folgt geändert:

a. Das Fach Englisch soll als für alle Schüler verpflichtendes Fach auf die Jahrgangsstufen 5 bis 7 beschränkt werden und in den Jahrgangsstufen 8 und 9 nur noch als Wahlpflichtfach an allen Hauptschulen ohne Rücksicht auf die Gruppengröße angeboten werden.

b. Die Unterrichtszeit in den Fächern Deutsch und Mathematik ist zu vermehren, ohne daß die Lerninhalte ausgeweitet werden.

c. Die Zahl der einstündigen Fächer ist zu verringern.

d. Es ist zu prüfen, in welchem Maße die derzeit angebotene Zahl von Wahlpflichtfächern im Interesse einer leichteren Unterrichtsorganisation und der Konzentrierung auf wesentliche Lerninhalte reduziert werden kann.

Schwerpunktsetzungen: Im Fach Arbeitslehre ist der konkrete Bezug zur Arbeitswelt zu verstärken und auszubauen. Andere geeignete Fächer sind stärker mit den Inhalten der Arbeitslehre abzustimmen. Insbesondere das Fach Werken ist inhaltlich so zu verändern, daß mehr Unterrichtszeit für das praktische Tun gegeben und dem Schüler eine intensive, manuelle Auseinandersetzung mit wesentlichen Materialien und grundlegenden Arbeitstechniken ermöglicht wird.

Für die Grund- und Hauptschule wurde ein Wortstamm von 800 Wörtern festgelegt, den die Schulabgänger in Sprache und Schrift beherrschen können sollen.

Neben den Auswirkungen auf den Bedarf an Fachlehrkräften, die nämlich jetzt in großer Zahl abgebaut werden, haben diese Beschlüsse insgesamt die Zielrichtung: Senkung des Ausbildungsniveaus für die Schüler, Ausrichtung der Ausbildung auf die Erfordernisse des kapitalistischen Arbeitsprozesses.



Die CSU propagiert das traditionelle dreigliedrige Schulsystem als das bestmögliche für die Lohnabhängigen. Die Unionsparteien knüpften nach dem zweiten Weltkrieg an die Schulverhältnisse während des Faschismus an. Es gelang ihnen – gegen den Widerstand von SPD, KPD und Gewerkschaften – das dreigliedrige Schulsystem durchzusetzen. Franz Josef Strauß begründete das in seiner Regierungserklärung am 14. November 1978: „Die bayerische Bildungspolitik hat frühzeitig ihr Augenmerk auf die Zusammenhänge zwischen Beschäftigungs- und Ausbildungssystem gerichtet und hat daher auch die Grenzen gesehen, die einer uferlosen Akademisierung gesetzt sind. Es zeigt sich, daß das Gesetz von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt durch idealisierende und egalisierende Bildungsideologien nicht außer Kraft gesetzt werden kann.“ Daher: „Wir wollen nicht eine Schule für alle, sondern die richtigen Schulen für jeden“.

„Weil Begabungen und Interessen unserer Kinder so unterschiedlich und vielfältig sind wie ihre späteren Berufe, ist ein gegliedertes Schulwesen notwendig.“ (1)

Das Bayerische Kultusministerium leitet von der Tatsache, daß eine kapitalistische Gesellschaft aus einer Masse Lohnabhängiger besteht und wenigen Besitzern der Produktionsmittel, die zu der Aufrechterhaltung der Profitwirtschaft Antreiber, Aufseher, Manager, Ideologen und Juristen brauchen, die Organisation der Schule ab. Der Deutsche Industrie- und Handeltags forderte im Oktober 1981 in seiner Studie „Schule und Beruf“ eine Besinnung auf die großen Chancen, die mit den sinkenden Schülerzahlen und den Haushaltsengpässen verknüpft sind: die Wiedergewinnung des Erzieherischen, die Erhöhung des schulischen Leistungsniveaus, den erneuerten Berufsbezug der Schule. „Für die Hauptschule ist endlich ein eigenes Profil (das nicht vom Gymnasium abgeleitet sein darf) zu entwickeln und auszugestalten. Die Realschule ist als besondere Schulform (mit ihrer Drehscheibenfunktion zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem) zu erhalten. Die gymnasiale Oberstufe ist (...) vor allem im Blick auf die wachsende Differenzierung der Schülerinteressen, einmal in Richtung Studium und zum andern in Richtung außeruniversitärer Berufsausbildung neu zu gestalten.“ (2)

Begabung, davon geht das Kultusministerium aus, ist von Geburt an vorhanden oder nicht. „Notwendig sind deshalb sowohl beschützende Förderung der Leistungsbehinderten wie volle Entfaltungsmöglichkeiten für Hochbegabte.“ (3)

„Das zweite, was die Bürger, was vor allem Eltern und Schüler vom Bildungswesen

erwarten, ist Begabungsentfaltung. Jedes Kind, jeder Schüler soll nach besten Kräften gefördert werden, wie es seiner Anlage und seiner Neigung entspricht. Dazu sind zwei Dinge nötig: Einmal ein Auge für die Verschiedenheit des Menschenwesens; denn wenn irgendwo, so gilt in der Schule die Regel: *Nicht allen das Gleiche, sondern jedem das Seine*.“ (4)

Was jedem das Seine ist, wird statistisch festgelegt. In den vergangenen Jahren haben rund 55% aller Schüler in Bayern die Hauptschule besucht. Von diesen 55% beendeten nochmals 55% die Hauptschule mit dem qualifizierten Hauptschulabschluß.

An wen sich welcher Schultyp richtet, welche Aufgaben er wahrnehmen soll, wird in dem in diesem Sommer verabschiedeten Erziehungs- und Unterrichtsgesetz geregelt:

Art. 6 Die Volksschule (Grund- und Hauptschule)

(2) In den Volksschulen werden die Schüler nach den gemeinsamen Grundsätzen der christlichen Bekenntnisse unterrichtet und erzogen ...

(3) Die Grundschule schafft durch die Vermittlung einer grundlegenden Bildung die Voraussetzungen für jede weitere schulische Bildung. Sie gibt in Jahren der kindlichen Entwicklung Hilfen für die persönliche Entfaltung.

(5) Die Hauptschule vermittelt eine grundlegende Allgemeinbildung, bietet Hilfen zur Berufsfindung und schafft Voraussetzungen für eine qualifizierte berufliche Bildung. Sie spricht Schüler an, die den Schwerpunkt ihrer Anlagen, Interessen und Neigungen im anschaulich konkreten Denken und im praktischen Umgang mit den Dingen haben. Das breite Feld von unterschiedlichen Anlagen, Interessen und Neigungen wird durch ein differenziertes Auswahlangebot

neben den für alle Schüler verbindlichen Fächern berücksichtigt.

Art. 7 Die Realschule

(1) Die Realschule vermittelt eine zwischen den Angeboten der Hauptschule und des Gymnasiums liegende allgemeine und berufsvorbereitende Bildung. Die Realschule ist gekennzeichnet durch ein breites, in sich geschlossenes Bildungsangebot, das auch berufsorientierte Fächer einschließt. Sie legt damit den Grund für eine Berufsausbildung und eine spätere qualifizierte Tätigkeit in einem weiten Bereich von Berufen mit vielfältigen theoretischen und praktischen Anforderungen. Sie schafft die schulischen Voraussetzungen für den Übertritt vorwiegend in berufliche Schulen.

Art. 8 Das Gymnasium

(1) Das Gymnasium vermittelt die vertiefte allgemeine Bildung, die für ein Hochschulstudium vorausgesetzt wird; es schafft auch zusätzliche Voraussetzungen für eine berufliche Ausbildung außerhalb der Hochschule.“

Ein Schwerpunkt bayerischer Bildungspolitik war schon immer die berufliche Bildung. Die CSU schreibt dazu in ihrem Landtagswahlprogramm: „Die CSU sieht in der bestmöglichen Entwicklung

der beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten eine der wichtigsten Zukunftsinvestitionen.“ Daher koppelt die CSU auch die Hauptschule direkt an das berufliche Schulwesen. Im Dillinger Positionspapier zu der Weiterentwicklung der Hauptschulen in Bayern heißt es: „Die Hauptschule bildet zusammen mit dem beruflichen Schulwesen einen eigenständigen Bildungsweg. Beide Schularten stimmen ihre Lerninhalte aufeinander ab und arbeiten eng zusammen.“ Am Beispiel einer Hauptschule in Wasserburg sieht diese Zusammenarbeit dann folgendermaßen aus: „Für Hauptschüler in der 7. Jahrgangsstufe werden Besichtigungen (Rundgänge) durch die Fachräume und Werkstätten der Berufsschule durchgeführt. In der 8. Jahrgangsstufe schließt sich eine Aktivhospitation an. Mit den Schülern wird an zwei bis vier Nachmittagen fachpraktischer Unterricht veranstaltet, um einen Beruf und seine Anforderungen kennenzulernen. In der 9. Jahrgangsstufe besteht Passivhospitation: Die Schüler werden in den Unterricht der Berufsschule mit einbezogen.“

Quellenhinweis: 1. Bayerisches Kultusministerium, Stichwort Nr. 4: Gegliedertes Schulwesen; 2. Grundsatzprogramm der CSU; 3. „Die Realschule“, Zeitschrift für Schulpädagogik und Bildungspolitik, 12/81; 4. Haushaltsrede von Staatsminister Maier vom 26.6.1979

Widerstand gegen die Verabschiedung des Erziehungs- und Unterrichtsgesetzes in Bayern



Gegen die Verabschiedung des EUG am 7.7.82 gab es heftigen Widerstand. Fast alle Eltern- und Lehrerverbände, die GEW, der DGB und die Schülervertretungen lehnten den Gesetzentwurf ab. Gegen die Verabschiedung dieses Gesetzes führten am 10.7. etwa 500 Schüler eine Demonstration durch „Für eine demokratische Schule – Gegen das EUG“. Die Bezirksschülersprecher forderten eine demokratische Schule, die es Schülern, Eltern und Lehrern erlaube mitzubestimmen und das Recht auf freie Meinungsäußerung garantiere. Sie wandten sich gegen die Möglichkeit, daß die Schulaufsichtsbehörde die Schülerzeitungen zensieren kann. „Bereits in der Präambel des EUG ist der massive Versuch der politischen Indoktrination in den Schulen unüberhörbar. Die Schulen sollen zum Träger der CSU-Ideologie werden. Die GEW: „Wo ein Gesetz so offen demokratiefeindlich und ungerecht ist, wird ziviler Ungehorsam zur Pflicht.“

GB: Nationaler Streik im Gesundheitswesen

Bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe stand fest, daß der Streik aller Lohnabhängigen im britischen Gesundheitswesen am 22.9. die bisher größte Unterstützung durch die anderen Gewerkschaften bekommen würde. Seit dem 1. April ist der alte Tarifvertrag der Lohnabhängigen im Gesundheitswesen abgelaufen. Seitdem weigert sich die Regierung, ein Angebot vorzulegen, das eine erneute Lohnsenkung verhindert. Ihr letztes Angebot: 7,5% für die Krankenschwestern, 6% für alle übrigen Lohnabhängigen, bei einer Inflationsrate von 9%. Die Bergarbeiter, die Hafenarbeiter, die Druckarbeiter, die Lohnabhängigen im öffentlichen Nahverkehr haben für den 22.9. ganztägige Solidaritätsstreiks beschlossen. Der TUC hat im ganzen Land zu Solidaritätsdemonstrationen aufgerufen. Die geschlossene Front der Gewerkschaften hat die Kapitalisten bereits vor Streikbeginn unsicher gemacht. So erklärten die Zeitungskapitalisten, sie würden auf Sanktionen gegen die streikenden Drucker verzichten. Nach dem neuen Antistreikgesetz der Thatcher-Regierung

Mugabe zum weiteren Aufbau Zimbabwes

Die nächsten wichtigen Schritte zum Aufbau Zimbabwes hat Premierminister Mugabe in einem Interview Mitte August dargelegt. Bei dem jetzigen Drei-Jahres-Übergangsplan legt die Regierung die Betonung auf die Entwicklung der Landwirtschaft. Insgesamt stehen für das Entwicklungsprogramm 4,5 bis 5 Mrd. Zimbabwe-Dollar zur Verfügung. Diesem Programm wird die Regierung eine starke sozialistische Richtung geben durch den Aufbau von Kooperativen in der Landwirtschaft. Die Kooperativen fassen die Bauern zusammen, so daß sie gemein-



sam produzieren. Diesen Weg will die Regierung durch Erziehung und Überzeugung der Bauern erreichen. Staatsfarmen sollen errichtet und einige zu agro-industriellen Komplexen ausgebaut werden. In der

Industrie hat der Staat selber Unternehmen. Insbesondere mit sozialistischen Staaten werden gemeinsame Firmen errichtet. In den staatseigenen Betrieben bildet der Staat die Arbeiter mit dem Ziel aus, die Betriebe selbst zu leiten. Das ist eine wichtige Aufgabe der Gewerkschaften. Zur Frage, wann der erste Kongreß der ZANU (PF) im Lande stattfindet, berichtete Premierminister Mugabe, daß derzeit die Partei reorganisiert wird zum Aufbau nach Gebietseinheiten von der Zelle bis zur Provinz. Sobald der Prozeß abgeschlossen ist und die Frauen und Jugendorganisationen errichtet sind, wird die Partei ihren Kongreß abhalten.

sind Solidaritätsstreiks illegal, die Kapitalisten könnten also die streikenden Drucker mit hohen Geld- und Gefängnisstrafen verfolgen lassen.

USA: Bundesweiter Streik der Lokführer

Den gesamten US-Frachtverkehr haben die seit dem 19. September streikenden 26000 Lokführer lahmgelegt. Die Gewerkschaft fordert die gleiche

Lohnerhöhung, wie sie die Kapitalisten mit anderen Gewerkschaften vereinbart hatten, 30% bei 39 Monaten Laufzeit des Tarifvertrags. Im Juli hatte Reagan den Streik bis 19.9. verboten. Der Schlichtungsausschuß hatte ein Streikverbot für die Laufzeit des nächsten Vertrages festlegen wollen. Die Beseitigung ihres Kampfmittels lehnte die Gewerkschaft ab. Über Notstandsgesetze will Reagan den Streik verbieten.

Kolumbien: Hafenarbeiterstreiks

Am 13. September legten über 10000 kolumbianische Hafenarbeiter in den beiden größten Häfen des Landes, Buenaventura und Barranguilla, für zwei Tage die Arbeit nieder. Sie verhinderten damit die Verladung von rund 250000 Sack Kaffee. Mit diesem Streik Anfang vergangener Woche setzten sie ihren Kampf für 20%ige Lohnerhöhungen (in Kolumbien beträgt die Inflationsrate derzeit 21,4%) fort. Die Regierung verweigert bisher die Zahlung der geforderten Lohnerhöhung mit den Hinweis auf die sich verschlechternde wirtschaftliche Lage des Landes. Von 1978 auf 1980 verwandelte sich die Handelsbilanz von einem Überschuß in Höhe von 167 Mio. Dollar in ein Defizit von 479 Mio. Dollar. Hauptsache ist das Sinken des Weltmarktpreises für Kaffee, dem Hauptausfuhrprodukt (70% des Exports) Kolumbiens.

Reagan mit Abtreibungsverbot gescheitert

Am 15.9. lagen im US-Senat Gesetzesänderungen zur Aufhebung des legalen Schwangerschaftsabbruches vor. Der Oberste Gerichtshof hatte 1973 die Abtreibungen während der ersten sechs Schwangerschaftsmonate legalisiert. Ein Änderungsantrag, nach dem jeder Bundesstaat sein eigenes Abtreibungsrecht verabschieden sollte, wurde nicht abgestimmt. Der weitestge-

hendste Antrag wurde von dem Senator von Nordkarolina vorgelegt. Er enthielt das vollständige Verbot von Abtreibungen und beinhaltete sogar die Möglichkeit, Verhütungsmittel zu verbieten. Zudem sollten danach jedem Krankenhaus, das Abtreibungen durchführt, alle öffentlichen Mittel gestrichen werden. Das Gesetz kam im Senat nicht durch. Die Zahl der Schwan-

gerschaftsabbrüche in den USA liegt bei ca. 1,6 Mio. jährlich. Seit dem legalisierten Schwangerschaftsabbruch von 1973 ist die katholische Kirche Sturm gelaufen für dessen Beseitigung und war Mitinitiator zahlreicher Gruppen gegen Abtreibung. Ebenso die Bewegung „Moralische Mehrheit“. Die Führer dieser Bewegung sind zum großen Teil identisch mit den „National-konservativen politischen Aktionskomitees“ (NCPAC) und erhalten aus diesen Kreisen finanzielle Mittel. US-Präsident Reagan war schon während des Wahlkampfes für das Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen aufgetreten mit der Begründung, eine Abtreibung komme einem „Anschlag auf die Heiligkeit des Lebens“ gleich. Einige Tage vor der Senatsabstimmung über die Gesetzesänderung hatte Reagan den Senatoren mitteilen lassen, daß er noch in der am 8. Oktober endenden Parlamentssession Maßnahmen des Senats gegen den legalen Schwangerschaftsabbruch erwarte.



Veranstaltung einer Gruppe der „Moralischen Mehrheit“

Philips Indien:

80 Tage Aussperrung

Nach einer Meldung des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes (IMB) haben die Arbeiter des Philips-Werkes in Pune (Indien) nach fast dreimonatigem Arbeitskampf eine Lohnerhöhung von etwa 5 US-\$ monatlich rückwirkend ab Anfang 1982 durchgesetzt. Der Philips-Konzern, der 80 Tage lang alle Arbeiter ausgesperrt bzw. entlassen hatte, muß für diese Zeit die Löhne nachzahlen.

Konkurrenz unter imperialistischen Gläubigern

Die Länder der Dritten Welt sind gegenüber den imperialistischen Ländern mit ca. 500 Mrd. Dollar verschuldet, 200 Mrd. \$ müssen sie im Laufe eines Jahres zurückzahlen. Im Verhältnis zu den 146 Mitgliedsstaaten des IWF sind die Imperialisten zwar in der Minderheit, haben aber aufgrund ihrer hohen Kapitalanteile das Sagen.

Was kann getan werden, um die Schuldknechtschaft dieser Länder voranzutreiben und gleichzeitig Zins- und Kreditrückzahlungen der Länder der Dritten Welt sicherzustellen, war das wesentliche Thema der Imperialisten auf der IWF-Jahrestagung Anfang September in Toronto. Angeheizt wurde diese Debatte zusätzlich durch die Ankündigung Mexikos, es könne seine Schulden vorerst nicht zurückzahlen. Sogleich wurde auf diversen Empfän-



Sambias Verschuldung beträgt 51% seines Bruttosozialprodukts

gen am Rande der Tagung gewetteifert, welches Land als nächstes zahlungsunfähig wird, Argentinien oder Brasilien. Die westdeutschen Banker nahmen die Rückzahlungsschwierigkeiten Mexikos einigermaßen gelassen, denn nicht der IWF oder sie, sondern private US-Banken sind Hauptgläubiger von Mexiko. Kommentar von Wilfried Guth, Vorstandssprecher der Deutschen Bank: Die Banken müßten eben nun die „hohe Kunst der Umschuldung“ erlernen.

Aufgrund der wachsenden Schuldenlast der Länder der Dritten Welt erhöhen sich deren Kreditnachfragen. Brasilien forderte die Verdoppelung der IWF-Quoten auf insgesamt 125 Mrd. Sonderziehungsrechte und wie andere Länder der Dritten Welt mehr

Sonderziehungsrechte und größeren Einfluß im IWF.

Die Vertreter der BRD und der EG-Sprecher fordern die Erhöhung der Quoten um 100%, Neuaufteilung der Anteile nach dem Maßstab der Finanzstärke eines Landes und Kreditvergäben mit „wirtschaftlichen Auflagen“. Sie wollen damit nicht nur ihre Position als Gläubiger gegenüber den Ländern der Dritten Welt ausbauen, sondern ihren Einfluß innerhalb des IWF gegenüber den USA erhöhen. Die US-Imperialisten sind keine so vehementen Vertreter der Quotenerhöhungen. Sie sind der Auffassung, das Kreditvolumen des IWF reiche aus, und zudem seien im privaten Kreditgeschäft zum Teil höhere Profite und höhere Einflußnahme und Konkurrenzvorteile gegenüber anderen Imperialisten zu erzielen. Sofern sie überhaupt Quotenerhöhungen zustimmen, dann nur unter der Bedingung, daß der Konkurrenzkampf auf dem privaten Kreditmarkt abgeschwächt wird und ihnen kein anderes Land ihre Position als Hauptgläubiger streitig macht. Das Wall Street Journal vom 8.9. schreibt: „Eine geringfügige Anhebung der IWF-Quoten – sicherlich muß sie geringer ausfallen als 50% oder gar noch höher, wie einige Partner es fordern – ist akzeptabel, wenn diese Länder zustimmen, härtere Bedingungen bei IWF-Krediten zu unterstützen. Ein Fall kann z.B. sein, daß gefährdete Länder gezwungen werden, beim IWF Kredite aufzunehmen statt bei privaten Banken.“ Ebenfalls vorgeschlagen wurde, den IWF-Fonds statt durch Erhöhung der Quoten durch Kreditaufnahme des IWF selbst zu erhöhen, was aber zunächst wieder verworfen wurde. Dennoch, auf solche Positionen konnten sich die Imperialisten weitgehend einigen und legten generell eine Erhöhung der Quoten und verschärfte Kreditaufgaben gegenüber den Ländern der Dritten Welt fest, denn, so Bundesfinanzminister Lahnstein: „Durch die wirtschaftspolitischen Bedingungen, mit denen der IWF seine Kredite verbindet, sei er in besonderem Maße berufen, darauf hinzuwirken, daß die schwachen Länder ihre Defizite nicht nur finanzieren, sondern ihr Haus wieder in Ordnung bringen.“ (Finanzbericht/BMF, 27/82)

Sicherlich, die Erpressungsmöglichkeiten eines Organs der imperialistischen Zentralbanken gegenüber einem

Land der Dritten Welt sind erheblich größer als die einer einzelnen Privatbank. Die westdeutschen Banken hätten außerdem die Möglichkeit, auch dort abzusaugen, wo sie direkt keine Kreditgeschäfte abschließen können. Die nächste Interimssitzung des IWF ist nun auf den April 1983 vorgezogen worden, und dort soll dann eine Quotenerhöhung um 56% sowie Neuaufteilung der Ziehungsrechte beschlossen werden.

Argentinien mußte während der IWF-Konferenz eine Abordnung des IWF zu Umschuldungsverhandlungen nach Argentinien einladen. Erste Gespräche haben stattgefunden mit dem Ergebnis, daß Argentinien sich bereit erklären mußte, die ausgesetzten Schuldenrückzahlungen an Großbritannien fortzusetzen. Argentinien hatte die Rückzahlungen eingestellt, nachdem Großbritannien während des Malwienkrieges argentinische Bankeinlagen in Großbritannien eingefroren hatte.

Quellenhinweis: Wall Street Journal, 8.9.82; Bundesministerium der Finanzen, Finanznachrichten 27/82, September 1982, Bonn.

Mexiko

Regierung verstaatlicht die Banken

Um gegen die Ausplünderung des Landes ein wirksames Mittel zu schaffen, hat die mexikanische Regierung Anfang September mehr als drei Dutzend Banken verstaatlicht, die etwa 50% aller Peso-Einlagen halten. Die Regierung hat eine strikte Kontrolle des Außenhandels und des Währungsverkehrs verhängt, nur die nationalisierten Banken dürfen Dollar verkaufen zu festgelegten Sätzen. In den letzten beiden Jahren hatten die in- und ausländischen Kapitalisten insgesamt 22 Mrd. Dollar aus dem Land gebracht und meist in den USA angelegt.

Die Imperialisten und der IWF haben gegen die Verstaatlichung der Banken scharf protestiert. Mexiko hat nach dem Fallen der Preise für Exporte, insbesondere für Erdöl, das wachsende Defizit zwischen den Ausgaben für notwendige Importe und den Exporteinnahmen nur durch immer größere Schuldenaufnahme decken können. Mexiko hat derzeit 80 Mrd. Dollar Schulden. Anfang August mußte die Regierung um Stundung der Kreditrückzahlung bei den imperialistischen Gläubigern bitten.

In den Verhandlungen um einen 4,1 Mrd. Dollar-Kredit des Internationalen Währungsfonds hatten die Imperialisten Bedingungen gestellt, die die Regierung nicht bereit ist hinzuneh-

men. Die Regierung soll die Staatsausgaben, insbesondere die Unterstützungszahlungen für Nahrungsmittel, Verkehr, Benzin streichen, die Steuern erhöhen, freien Waren- und freien Kapitalverkehr zusichern. Die Regierung hat dagegen mit der Verstaatlichung der Banken und der Währungskontrolle geantwortet und zugleich erklärt, daß der Rücktransfer von Profiten nicht unterbunden werde; das könne aber nur zugesichert werden, wenn Mexiko finanzielle Unterstützung erhalte.

Bei einer Arbeitslosenrate von 50% und einer Inflationsrate von mehr als 60% würde die Verwirklichung der IWF-Forderungen die Lage der Massen unerträglich verschlechtern. Die nationale Bourgeoisie hofft, solche Maßnahmen nach der populären Banken-Verstaatlichung eher durchsetzen zu können. Aber als Anfang August die Regierung die Erhöhung der Preise für Nahrungsmittel, Benzin u.a. ankündigte, haben die Gewerkschaften Lohn-erhöhungen gefordert und erklärt, daß sie weitere Kürzungen der Stützungszahlungen mit einem Generalstreik beantworten werden.

Quellenhinweis: US News and World Report, 16.8.82; Wall Street Journal 16.9.82.

Chile Einigungsprozeß gegen die Militärjunta

Nach neun Jahren Diktatur unter der Militärregierung Pinochets lehnt die große Mehrheit der Bevölkerung alle Maßnahmen ab, die durch die Regierung eingeführt wurden. Gleichzeitig erleben die Militärs die größte Krise ihrer Geschichte.

Durch diese Lage werden zum ersten Mal seit dem Militärputsch von 1973 vielseitige Perspektiven des politischen Widerstandes eröffnet. Einerseits entstehen durch innere Schwächen und die Verschlimmerung der Weltrezession ernsthafte Lücken in dem früher so standhaften monetaristischen Wirtschaftsmodell, von den Wirtschaftlern der Junta, den Chicago Boys, mit aller Gewalt durchgesetzt, andererseits steht die chilenische Wirtschaft inmitten einer in ihrem Ausmaß bisher nicht bekannten Krise.

Die Arbeitslosigkeit, die Bankrotte, die Verschuldung des privaten Sektors, die Finanzskandale haben einen solchen Grad erreicht, daß sich die Bourgeoisie gespalten zeigt über die Form, wie man den chilenischen Kapitalismus noch retten könne. Das wird begleitet

von einem relativen Fortschreiten der Massenbewegung in den letzten Jahren.

Erst kürzlich, am 20. August, versammelten sich Tausende von Menschen in der Hauptstadt Santiago auf dem Boulevard Paseo Ahumada zu einem Protestmarsch gegen die Diktatur.

Gegen 19.30 Uhr begann die Protestaktion mit einem bengalischen Licht, das aus einer Straßenecke des Boulevards geschossen wurde. Die Polizeikräfte griffen die Manifestanten an und verwandelten die friedliche Demonstration in einen Krawall, der mehrere Stunden dauerte. Gegen die Demonstranten wurden Tränengas und andere chemische Stoffe eingesetzt. Die Polizeiangriffe wurden mit Steinwerfen und anderen improvisierten Verteidigungsmitteln abgewehrt.

Nach offiziellen Angaben sind mehrere Polizisten, unter ihnen ein Offizier, verletzt worden. Aus der Demonstration wurden 37 Menschen verhaftet, für die das Innenministerium fünf Tage Haft anordnete und mit schärferen Maßnahmen drohte.

Die Fortschritte in der Tätigkeit des aktiven Widerstandes gegen die Diktatur, sei sie bewaffnet oder unbewaffnet, haben sich sowohl quantitativ wie qualitativ gesteigert.

Zahlreiche Streiks auf wirtschaftlichen Gebieten, dem Bergbau, der Textilindustrie, bei den Hafenarbeitern usw.. Die Slumbewohner steigern ihre antidiktatorischen Bewegungen, die Studenten kämpfen für die Demokratisierung der Universitäten, die Frauen verteidigen ihre Rechte als Mütter und Arbeiterinnen, die Jugendlichen mobilisieren sich gegen die Entfremdung und den Mangel an Lern- und Ausbildungsmöglichkeiten. Parallel dazu nehmen die bewaffneten Aktionen der Volksmilizen zu.

Auf dieser Basis entsteht eine Übereinstimmungsbewegung innerhalb der chilenischen Linken. Obwohl dieser Prozeß nicht in der gesamten Linken in gleichem Maße stattfindet, sieht es so aus, als kämen die wichtigsten Parteien zu punktuellen Einigungen auf der Grundlage der zwei Abkommen von Mexiko.



Streik in der Kupfermine Chuquicamada im Juli 1981

Südafrika Todesurteile und verschärftes Passgesetz

Der Oberste Gerichtshof von Pretoria hat drei Mitglieder des African National Congress (ANC) zum Tode verurteilt. Ihnen wurde u.a. die Teilnahme an Sabotageakten gegen das Rassistenregime sowie an militärischen Trainings in ANC-Lagern vorgeworfen. Im Prozeß deckten die Angeklagten die Foltermethoden der südafrikanischen Sicherheitspolizei auf, die sie selbst zu erleiden hatten.

Die Einsetzung einer „Beratungskommission für Freilassungen“ durch den Justizminister Mitte März, was bei verschiedenen Organisationen in Azania wie auch im Ausland die Hoffnung auf Lockerung und Freilassung etlicher politischer Gefangener geweckt hatte, hat sich als Propagandazirkus des Rassistenregimes entpuppt. Entlassen wurden bisher 14 politische Gefangene, die aber alle ihre Haftstrafen fast abgesessen hatten.

Trotz seiner Terrormaßnahmen kann das Siedlerregime die Entwicklung des Befreiungskampfes nicht aufhalten. Im Juli hat der Präsident des ANC, Oliver Tambo, auf einer Pressekonferenz bekanntgegeben, daß der Guerillakampf des ANC eine neue Stufe erreicht. Der ANC will von den bisherigen einzelnen Sabotageaktionen zu direkten militärischen Aktionen übergehen.

Das südafrikanische Regime plant als Antwort auf diese Entwicklung des Befreiungskampfes eine drastische Verschärfung des Passgesetzes. Nach dem geplanten „Gesetz für eine ordentliche Bewegung und Siedlung schwarzer Personen“ dürfen sich Schwarze ohne Erlaubnis in der Zeit von 10 Uhr abends bis 5 Uhr morgens nicht mehr in den „Weißen Gebieten“ und den schwarzen Townships aufhalten. Gegenüber dem bisherigen Gesetz, das den Aufenthalt bis zu 72 Stunden ohne Genehmigung zuläßt, ist jeder, der sich dann in den Sperrstunden in diesen Gebieten befindet, ein Illegaler. Arbeitet z.B. ein schwarzer Arbeiter in Soweto, so darf nach geltendem Recht seine Ehefrau jetzt schon nicht bei ihm wohnen, konnte ihn bisher also für höchstens 72 Stunden besuchen. Das ist mit dem neuen Gesetz nicht mehr möglich, und sie muß vor 10 Uhr abends wieder an ihren Herkunftsort zurückkehren. Jeder, der einen Schwarzen ohne Passierschein beherbergt, wird mit 500 Rand oder 6 Monaten Gefängnis bestraft, jeder, der solch einen Schwarzen beschäftigt, muß 5000 Rand (bisher 500 Rd.) Strafe zah-

len. Eine erhebliche Verschärfung des Passgesetzes bedeutet dessen Anwendung zukünftig auch auf ländliche Gebiete. Im § 15 wird festgelegt: „Keine schwarze Person kann in den ländlichen Gebieten wohnhaft werden, ohne daß sie von einem befugten Beamten dazu die Erlaubnis erhalten hat.“ Das geplante Passgesetz ermöglicht großangelegte Razzien. Offizielle Schätzungen gehen davon aus, daß jeder vierte Schwarze bei Inkrafttreten des Gesetzes den Ort verlassen muß, an dem er sich gerade aufhält, und gezwungen sein wird, in die Homelands zu gehen, in denen er keine Arbeit findet und vollständig entrechtet ist, und in denen das Siedlerregime eine Trennung der azanischen Volksmassen von den Befreiungskämpfern besser durchsetzen zu können glaubt.

Quellenhinweis: Holland Committee on Southern Africa, Facts and reports on Southern Africa vom 16.8. und 28.8.82, Amsterdam; International Defence and Aid Fund, Focus Nr. 42, London, 1982.

Neuwahlen Spanien Sozialliberalismus oder christliche Reaktion?

Nach den Wahlen 1977 wie 1979 hatte die christlich-demokratische Sammlungspartei UCD die Regierung gestellt. Nach dem Putschversuch vom 28. Februar 1981 wechselte die Regierungs- und Parteiführung von Adolfo Suarez auf Calvo Sotelo. Sotelo vollzog im Gewaltmarsch den Eintritt Spaniens in die NATO. Inzwischen hat er seine Parteiämter abgegeben und Neuwahlen für den 28.10. festgesetzt, denn die Regierungspartei hat sich in verschiedene Bestandteile aufgelöst:

Ein christlich-reaktionärer Flügel hat unter der Führung Alzagas die Demokratische Volkspartei (PDP) gegründet und will mit dem Altfaschisten Fraga und seiner Volksallianz (AP) eine Rechtsallianz bilden. Der liberale Flügel hat mit Walker an der Spitze die demokratisch-liberale Partei (PDL) gegründet und hofft auf ein liberales Zentrumsbündnis mit Suarez und den Resten der UCD. Der dritte Flügel der UCD hat sich unter dem früheren Parteiführer und Ministerpräsidenten Suarez zu einer sozialdemokratischen Partei des „linken Zentrums“, der CDS, formiert. Suarez will eine Regierung der sozialdemokratischen PSOE mit Gonzales unterstützen.

Diese Umorganisation der „Partei-
enlandschaft“ wurde unter tatkräftigem Einwirken der westdeutschen SPD und der CDU/CSU durchgeführt. Die SPD und die Sozialistische Internationale arbeiten mit Geld und guten Ratschlägen an der Umformung der reformistischen PSOE zu einer sozialdemo-



Fraga: „... die Polarisierung zwischen Gonzales und mir ist da – klar?

kratischen Ordnungspartei. F.J. Strauß hielt sich zuletzt vor einigen Wochen in Spanien auf. In klerikal-frankistischen Kreisen gab er nach Zeitungsberichten Ratschläge, wie eine christliche Volkspartei nach dem Muster der CSU um Manuel Fraga gebildet werden könnte.

Die Arbeitslosigkeit beträgt in Spanien derzeit 14 Prozent, und so propagiert die PSOE die Schaffung von Arbeitsplätzen. Voraussichtlich plant sie weitgehende Steuerreformen. Sie verlangt auch eine stärkere Kontrolle von Polizei und Militär. Manuel Fraga und seine christlich-reaktionären Volkstruppen rechnen darauf, sich im Falle eines Wahlsieges der PSOE eben in der Opposition zu formieren. Sie wollen dann Anhang sammeln, wenn das sozialliberale Ordnungsprogramm seine Schuldigkeit getan hat und Wirtschaftskrise, Inflation, Arbeitslosigkeit und Lohnsenkung sich verschärfen. Carillo, der Vorsitzende der eurokommunistischen PCE, hat die PSOE von den absehbaren Folgen einer rechten Sammlungsbewegung gewarnt.

Quellenhinweis: El Pais, Cambio Aug./ September 82

Bolivien Streiks gegen Militärregierung

Ende August legte die bolivianische Regierung unter General Vildosa Calderan ihre Pläne zur Sanierung des Staatshaushaltes vor. Kernstück dieser Sanierungsmaßnahmen ist das Einfrieren der Mindestlöhne (bei einer über 30%igen Inflation im Land), die Streichung der Subventionen für Grundnahrungsmittel und Benzin sowie die Abwertung des Pesos, der Landeswährung Boliviens. Nach Berechnungen des Gewerkschaftsdachverbandes COB hätte die Durchführung dieser Maßnahmen eine sofortige Verdreifachung der Lebenshaltungskosten zur Folge.

Hintergrund dieser Vorhaben der Militärregierung, die 1980 durch einen von den US-Imperialisten betriebenen Putsch an die Macht kam, sind Auflagen, die die Bank of America und der Internationale Währungsfonds (IWF) der bolivianischen Regierung zur „Gesundung der Volkswirtschaft“ gemacht haben. Von der Durchsetzung der oben beschriebenen Wirtschaftspläne macht die Bank of America die Stundung von fälligen Kreditrückzahlungen in Höhe von 10 Mio. Dollar, die Bolivien nicht zu zahlen in der Lage ist, ebenso abhängig wie der Internationale Währungsfonds die Gewährung eines von Bolivien beantragten Kredites in Höhe von 296 Mio. DM. Bolivien ist derzeit mit 2,6 Mrd. DM bei den Imperialisten verschuldet. Vor allem der gefallene Weltmarktpreis für Kupfer, Hauptausfuhrprodukt des Landes, hat zu der hohen Verschuldung geführt.

Als erste traten am 4. September nach Bekanntwerden der Regierungspläne die Grubenarbeiter der größten Kupfermine des Landes Huanuni, die zu 50% im Besitz von US-Kapital ist, in den Streik. Die Arbeiter fordern Lohnerhöhungen, wenden sich gegen die geplanten Streichungen der Subventionen für Lebensmittel und treten ein für sofortige Wahlen zu einer zivilen Regierung. Diese Forderungen wurden am 7.9. in Cochabamba auf einem Kongreß der Industriegewerkschaften unterstützt. In einer Urabstimmung sprachen sich Gewerkschaftsvertreter aus dem ganzen Land, die dort trotz aufmarschiertem Militär zusammengekommen waren, für einen Generalstreik mit der Forderung nach Wahlen aus. Der COB wurde aufgefordert, einen solchen zu organisieren. In den darauffolgenden Tagen fanden in allen großen Industriebetrieben des Landes Streiks statt. Am 10. September legten ebenfalls die Beschäftigten der Zeitungen und des Rundfunks die Arbeit für einen Tag nieder; am 11. und 12. September die Postbediensteten. Seit dem 14. September sind auch die Grubenarbeiter der zweitgrößten Kupfermine Boliviens Siglo in einen unbefristeten Ausstand getreten. Ihren vorläufigen Höhepunkt fanden die Aktionen der bolivianischen Arbeiterklasse in Demonstrationen am 16. September in La Paz, Santa Cruz und Cochabamba. Auf der Kundgebung in La Paz, zu der auch der bolivianische Bauernverband aufgerufen hatte, forderte der Vorsitzende des Gewerkschaftsdachverbandes COB vor 80000 Menschen den Rücktritt der Militärregierung und rief zum Generalstreik gegen „die Knechte des US-Kapitals“ auf.

Quellenhinweis: The Wall Street Journal, versch. Ausgaben September 82; blätter des i. 3w., August 82

Die Kapitalisten wollen Lohnsenkungen von 20 bis 25% erzwingen

„Kurssteigerungen ... in allen Markt-bereichen“ an der Amsterdamer Börse meldete das Handelsblatt am 10.9. Zwei Tage zuvor hatten die christdemokratische Partei CDA und die liberale VVD in den Parlamentswahlen zusammen 81 der 150 Parlamentssitze gewonnen. Noch im Juni, nachdem die Gewerkschaften mit Streiks und Demonstrationen die Angriffe von Regierung und Kapitalisten auf die Lohnfortzahlung zurückgeschlagen hatten, hatte der niederländische Zentralbankchef Duisenberg mit Verweis auf die Notstandsmaßnahmen der Regierung in Belgien gegen die belgische Arbeiterbewegung damit gedroht, gleiches könne auch in den Niederlanden nötig werden: „Belgien und damit belgische Zustände“ seien gar nicht so weit entfernt von den Niederlanden.

Jetzt kann die niederländische Finanzbourgeoisie auf solche Notstandsmaßnahmen verzichten. Mit dem Wahlsieg von CDA und VVD verfügt sie über eine solide parlamentarische Basis für eine „Raketenkoalition“ von CDA und VVD zwecks Stationierung der Mittelstreckenraketen im nächsten Jahr und für schwere Angriffe auf den Lohnstandard der Lohnabhängigen. Dabei verweisen die Kapitalisten mit händereibender Genugtuung auf die Lohnsenkungen und Haushaltsbeschlüsse in der BRD. Schließlich sei die BRD größter Handelspartner. Schon im August hatte der damalige und wohl auch künftige Premier van Agt (CDA) erklärt, „die Lohnkosten seien noch stets zu hoch im Vergleich zu Westdeutschland“. Finanzminister van der Stee fügte hinzu: „Hätten wir das härtere bundesdeutsche Sozialsystem, würden wir 30 Mrd. Gulden pro Jahr einsparen können“.

Tatsächlich haben die niederländischen Lohnabhängigen bisher eine Reihe von Schranken gegen die Kapitalisten verteidigen können, die in der BRD schon beseitigt sind oder nie bestanden. So beträgt das Arbeitslosengeld in den ersten sechs Monaten Arbeitslosigkeit 80% des früheren Lohns, im Unterschied zu 68% in der BRD. Das Krankengeld beträgt 80% des früheren Lohns, ohne die in der BRD gültige Begrenzung durch den Nettolohn. Für alle Lohnabhängigen gilt ein gesetzlicher Mindestlohn, 1980 etwa für Lohnabhängige über 23 Jahre 1826,50 Gulden pro Monat, fast 70% des Durchschnittslohns der Arbeiter (1 Gulden = 0,91 DM). Auch wenn die Kapitalisten bereits zahlreiche Mög-

lichkeiten haben, diesen Mindestlohn zu umgehen, bedeutet er doch für sie eine unerträgliche Fessel.

Bereits kurz vor den Wahlen hatte deshalb die Regierung angekündigt, sie werde 1983 die Mindestlöhne einfrieren, ebenso die Zahlungen der Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung. Bei einer Inflationsrate von derzeit 6% bedeutet das eine Senkung dieser Zahlungen um real *mindestens* 6%. Zusätzlich soll die Mehrwertsteuer auf Lebensmittel von 4% auf 5%, auf andere Güter von 18% auf 19% angehoben werden und der Gaspreis für Kleinverbraucher fast verdoppelt werden. Sodann beschloß die Regierung, die Löhne und Gehälter der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst ebenfalls einzufrieren. Höhnischer Kommentar des „Christlichen Arbeitgeberverbandes“ auf die Proteste der Gewerkschaften: „Die Gewerkschaften haben stets erklärt, daß der Unterschied zwischen den privaten Einkommen und denen der Beamten und Sozialversicherungsbezieher nicht größer werden dürfe. Nun, dann haben sie jetzt die Möglichkeit in der Hand, die Lohnsteigerungen in den Betrieben zu mäßigen“.

Diesen bereits vor den Wahlen betriebenen Kurs wollen CDA und VVD jetzt mit äußerster Härte beschleunigen. Die VVD fordert eine sofortige Senkung sämtlicher Sozialversicherungszahlungen um 5%, also z.B. des Arbeitslosengeldes von 80% auf 75% des früheren Lohns. Vor allem aber

wollen beide Parteien die „Preiskompensation“ der Löhne umgehend beseitigen.

Diese „Preiskompensation“ hatten die niederländischen Gewerkschaften Anfang der 70er Jahre in fast allen Tarifverträgen durchgesetzt. Seitdem müssen die Kapitalisten zweimal jährlich die tariflichen Löhne entsprechend der Preissteigerungsrate anheben. Von Anfang an hat diese von den Sozialdemokraten als „großer Erfolg“ gefeierte „Kompensation“ den Lohnabhängigen nur geringen Schutz gegen Lohnsenkungen geboten und dafür aber umso mehr den Lohnkampf erschwert. Nicht nur, weil die Kapitalisten und die Regierung ständig einzelne Preiserhöhungen, besonders Steueranhebungen, nicht in den Index einbezogen und somit die tatsächliche Anhebung stets unter der Inflationsrate lag. Zudem wurden bis 1978 die Lohnerhöhungen stets prozentual ausgezahlt, was den Druck auf die unteren Lohngruppen weiter verstärkte, während die Gewerkschaften Lohnforderungen *über die Preiskompensation hinaus* um so schwerer durchsetzen konnten: Wer streikt schon für 1% oder 2% Lohnerhöhung? Zwar konnten die Gewerkschaften seit 1978 durchsetzen, daß die unteren Lohngruppen weitgehend mit Festgeldebeträgen „kompensiert“ wurden. Aber dies bedeutete da nur noch, daß die unteren Lohngruppen die gleichen Lohnsenkungen hinnehmen mußten wie die übrigen Lohnabhängigen. Allein im letzten Jahr konnten die Kapitalisten, unterstützt durch Steuererhöhungen der Regierung, Reallohnsenkungen von durchschnittlich 5% durchsetzen.

Jetzt wollen die Kapitalisten die Preiskompensation ganz abschaffen, um die Lohnsenkungen der letzten Jahre in einen freien Fall der Löhne zu



1978: Mit Streiks und Demonstrationen (Bild: Feuerwehrleute in Den Haag im Juni) schlugen die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst einen Lohnsenkungsversuch der Regierung zurück. Diesmal ist ihre Lage ungleich schwieriger.

Preiskompensation: Die Auseinandersetzung in der Industriegewerkschaft FNV

„... Ob wir es wünschen oder nicht ... die Preiskompensation steht zur Diskussion ... Unser Ziel in der Diskussion soll – das ist die Ansicht der Gewerkschaftsführung – die Arbeitsbeschaffung sein. Unser erstes und wichtigstes Ziel ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ... Wenn wir in den Verhandlungen in den kommenden Monaten mit der Regierung und den Arbeitgebern zustimmen sollen, das nicht funktionierende Mittel der Preiskompensation durch ein Mittel zu ersetzen, das die Kaufkraft leidlich halten kann, dann ... müssen die Verhandlungen auch dazu führen, daß alle Parteien wesentliche Schritte machen auf dem Weg zu einem guten Arbeitsbeschaffungsprogramm ...“ (Vorstand der Industriegewerkschaft FNV in „ZIN“, 30.6.1982)

„... Die Aktionen gegen das Gesundheitsgesetz (das die Abschaffung der Lohnfortzahlung durch die Kapitalisten in den ersten zwei Tagen Krankheit vorsah, d.Red.) ergaben eine deutliche positive Wende. Die Mitglieder bekamen wieder Vertrauen in die Gewerkschaft ... Danach kamen die Tarifverhandlungen mit Philips, die festliefen ... Währenddessen erschienen in der Presse des

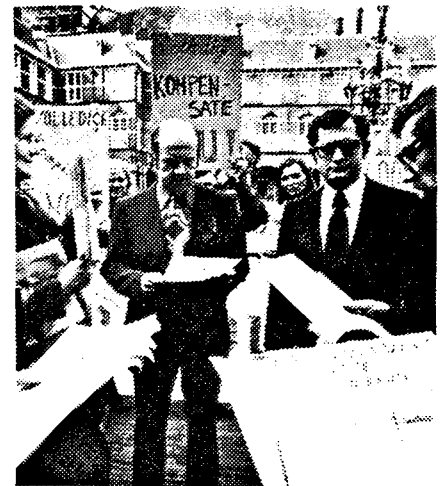
Landes Berichte, daß die Industriegewerkschaft FNV eventuell auf die Preiskompensation verzichten will. Und das genau in dem Augenblick, wo wir gerade wegen dieser Preiskompensation im Kampf sind. Wie sollen wir die Leute nun dafür gewinnen, Aktionen gegen Philips durchzuführen für die Beibehaltung der Preiskompensation, die, so sieht es aus, die Spitze der Industriegewerkschaft auf längere Sicht doch aufgeben will?“ (Betriebsgruppe Philips Eindhoven, in „ZIN“, 11.8.1982)

„Hiermit protestieren wir gegen die Äußerungen ... über die Preiskompensation. Genau an diesem Punkt sind die Tarifverhandlungen bei Philips gescheitert, und ein Vertrag ist noch nicht in Sicht (Philips lacht sich kaputt). In Roermond ist vor fünf Jahren für die Beibehaltung der automatischen Preiskompensation gestreikt worden. Industriebond, mach so weiter, dann haben wir bald keine Mitglieder mehr.“ (Betriebsgruppe Philips in Roermond, in „ZIN“, 11.8.1982)

„... verwerfen wir die Pläne der Hauptverwaltung, mit Blick auf die Arbeitsplätze die automatische Preiskompensation preizugeben ... Diese Entwicklungen sind so gefährlich, weil sie dem frontalen Angriff des VNO

(Kapitalistenverband, d. Red.) ... und des Kabinetts van Agt auf die Arbeitenden und vor allem die Sozialversicherungsbezieher voll in die Hand spielen ... Für Sozialversicherungsbezieher bleibt nach der Abschaffung der Preiskompensation keine Sicherheit mehr für den Erhalt ihrer Kaufkraft ...“ (Funktionäre der Industriegewerkschaft FNV bei Niehuis & van de Berg, in „ZIN“, 11.8.1982)

Quellenhinweis: ZIN, Zeitung des Industriebond FNV, 30.6.1982 bis 11.8.1982



Die Philips-Kapitalisten lehnen seit Wochen jeden Tarifvertrag ab, der die Preiskompensation enthält.

verwandeln. Die Regierung will diese Absicht mit allen Mitteln unterstützen, wenn nötig mit einem gesetzlichen Lohnstopp, wovon sie seit 1976 bereits siebenmal Gebrauch gemacht hat, sonst mit einer Senkung der Lohn- und Einkommensteuer bei gleichzeitiger Anhebung der Mehrwertsteuer nach dem Vorbild der britischen Thatcher-Regierung von 1979, wodurch die Lohnsenkung in den höheren Lohn- und Gehaltszonen etwas abgemildert würde, in den unteren Lohngruppen aber umso brutaler durchschlagen würde. Die angestrebte Senkung des Lohnstandards hat CDA-Chef van Agt schon genannt, als er erklärte, in den nächsten vier bis fünf Jahren seien Lohnsenkungen von 20% bis 25% unausweichlich. Nur so könnten die niederländischen Kapitalisten ihre Exportmärkte verteidigen und die Arbeitslosigkeit vielleicht auch abgemildert werden.

Die niederländischen Lohnabhängigen wird die Abwehr dieser Pläne der Kapitalisten vor große Schwierigkeiten stellen. Nicht nur, weil inzwischen 564000 Lohnabhängige, fast 13% aller Lohnabhängigen, arbeitslos sind. Die Lohnsenkungen der vergangenen Jahre haben zudem die Not vieler Lohnabhängiger und die Konkurrenz zwischen

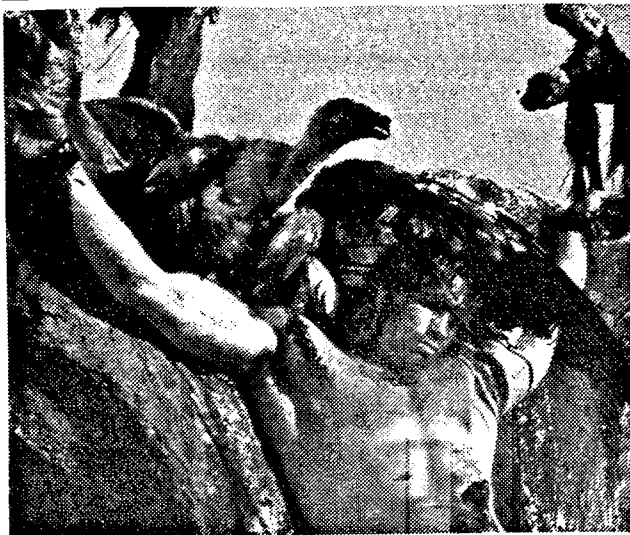
den Beschäftigten weiter verschärft. Hinzukommt, daß die Führungen der Gewerkschaften, vor allem des Gewerkschaftsbundes FNV und der Metallarbeitergewerkschaft FNV in ihrem Bestreben, durch „Arbeitsbeschaffung“ den Druck auf die Lohnabhängigen zu mildern, inzwischen zu fast jedem Nachgeben beim Lohnstandard und den Versicherungsrechten bereit sind. Noch 1977 hatten die Gewerkschaften den Versuch der damaligen – sozialdemokratischen – Regierung, die Preiskompensation abzuschaffen, mit landesweiten Streiks zurückgeschlagen. Inzwischen ist die Metallarbeitergewerkschaft bzw. ihr Vorstand zu „schmerzhaften Eingriffen“ in die Sozialversicherungen bereit und stimmt „konkreten Diskussionen“ über die Preiskompensation zu, wenn dadurch „mehr Arbeitsplätze“ geschaffen würden.

Dabei wissen die Kapitalisten längst besser, wo sie „Arbeit schaffen“ wollen: Bereits 1978 hatte die niederländischen Finanzbourgeoisie, an ihrer Spitze Monopole wie Shell, Unilever, Philips und Akzo, 58,3 Mrd. Gulden (ca. 54,1 Mrd. DM) im Ausland angelegt. 1981 waren sie mit 7,9 Mrd. \$ der mit weitem Abstand größte ausländische Kapitalanleger in den USA. Und das,

obwohl ihnen mit inzwischen 400000 Beziehern von „Mindesteinkommen“ ein deutlich vergrößertes Elendsheer von Lohnabhängigen im Inland zur Verfügung steht.

In den Gewerkschaften haben die jüngsten Erklärungen des FNV-Vorstands und des Vorstands der Metallgewerkschaft Industriebond FNV heftige Auseinandersetzungen ausgelöst. Der Industriebond mußte mehrere Ausgaben seiner Zeitung seitenlang Leserbriefe abdrucken, die gegen die Bereitschaft des Vorstands zu weiteren Lohnsenkungen protestierten (siehe Kasten). Die Gewerkschaften der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst kündigten entschiedenen Widerstand an, wenn die neue Regierung den Beschluß ihrer Vorgängerin zur Einfrierung der Löhne im öffentlichen Dienst nicht zurücknimmt. Eine erste Entscheidung über den weiteren Kurs der Gewerkschaften wird der Kongreß des Gewerkschaftsbundes FNV treffen, der am 7. Oktober zusammentritt. Bis dahin wollen die Kapitalisten auch die Regierung von CDA und VVD im Amt sehen.

Quellenhinweis: De Volkskrant, Ausgaben vom 17.8. bis 14.9.82; De Vakbondskrant, Zeitung des FNV, Ausgaben vom 22.7. bis 2.9.; ZIN, Zeitung des Industriebond FNV, Ausgaben vom 11.8. bis 8.9.; Handelsblatt vom 29.6., 2.9. und 10. 11.9.82.



„Conan der Barbar“

Gemisch aus Mystik, Kultwesen, Blutrünst und Sex als Boden für faschistische Kultur

„Was uns nicht umbringt, macht uns nur härter“, läßt der Film gleich zu Beginn in Feuerschrift Nietzsches Zitat erscheinen, welches als Wahlspruch der Faschisten allgemein bekannt geworden ist. Der Beweis dafür wird durch den nordgermanischen Barbar Conan in der „hyborischen“ Fantasy-Welt erbracht. Als Junge erlebt er mit, wie sein Dorf einschließlich seiner Eltern von Anhängern des „Schlangenkultes“ unter Führung des Hohepriesters Thulsa Dom hingemetzelt wird. Conan und die anderen Kinder werden in die Sklaverei verschleppt und an eine mit Menschenkraft betriebene Kornmühle gekettet. Er überlebt als einziger und ist nach 15 Jahren zu einem Athleten – Mr. Universum Schwarzenegger – geworden. Er wird als Gladiator in die Arena gestellt und massakriert alle Gegner. Er kann entfliehen und gerät auf der Suche nach den Mördern seiner Eltern an eine „Wolfshexe“. Bei dieser seiner ersten sexuellen Erfahrung verwandelt sie sich unter seiner Ummarmung in eine Bestie. Sie wird ins Feuer geworfen. Zusammen mit seiner neuen Geliebten Valeria und dem Dieb Subotai verhindert er im Land Zamora, welches unter dem Einfluß des Schlangenkultes verfällt, ein Mädchenopfer, indem er eine überdimensionale Schlange absticht. Weder Folter noch Krieger, weder Geister noch Magie können Conan und seine beiden Gehilfen davon abhalten, in die Kult-

stätte des Hohepriesters einzudringen, um die Tochter des Königs zu befreien und um Rache zu nehmen. Im Vergleich zu diesem Tempel waren Sodom und Gomorra harmlos: Eine Metzgerei für Menschen, eine Massensexorgie, die nur zum Genuß der brodelnden Menschensuppe unterbrochen wird usw. Zu guter letzt hilft es dem Thulsa Dom auch nichts, daß er in Wirklichkeit eine Schlange ist. Conan läßt sich nicht hypnotisieren und schlägt ihm den Kopf ab. Die wilde Kraft des Barbarentums triumphiert über die degenerierte Zivilisation.

Dieser Hollywood-Film ist vorläufiger Höhepunkt der Neuvermarktung von „Schwert- und Magie-Erzählungen“, die während der Krise Ende der 20er, Anfang der 30er Jahre entstanden. Conan von E. Howard prägte die ganze Richtung solcher Art Literatur. Nach dem zweiten Weltkrieg bis Ende 1960 kümmerte sich kein Mensch mehr darum. Dann wurden sie in den USA zunächst als Comics neu aufgelegt und verdrängten „Superman“, „Tarzan“ und ähnliches. In den letzten Jahren sind die Originalstories ins Deutsche übersetzt worden, und Fantasy-Taschenbücher und -Hefte sind inzwischen einfacher zu bekommen als Science Fiction.

Die Fantasy-Stories rühren den gleichen üppig-schwulstigen Dung an, auf dem der Faschismus gewachsen ist: Die Vorstellung, daß der Einzelne

dem blinden Wirken der Gesetzmäßigkeiten des Kapitals und deren Folgen wie Krise, Verbrechen, Hunger und Krieg genauso unterworfen zu sein scheint wie sein Vorfahr dem Walten der Naturgesetze, wird zu einer Neuauflage der alten Mythen und Sagen, zusammen gemischt aus allen Kulturkreisen, genutzt. Was dabei herauskommt, ist nicht einfach neue Mystik, sondern ein blutrünstiger, schwüler Alptraum, der mit dem Schwert gelöst wird. Die nordischen Götter des Lichts und der Erde sind in Auseinandersetzung begriffen mit denen Osteuropas und Asiens und anderen dunklen Mächten. Der wilde, aber unverdorrene Held ist im wesentlichen damit beschäftigt, „unwertes Leben“ auszulöschen, was gerechtfertigt erscheint, weil das, was da ausgelöscht wird, keine Menschen sind, sondern einfach „Böses“ ist und zudem noch das, was gut und schön ist auf dieser Welt, meist leichtbekleidete Frauen, bedroht. Material und Problemstellung kommen aus der faulenden kapitalistischen Gesellschaft. Howard: „Ich verknüpfte die hervorstechendsten Charaktereigenschaften verschiedener Boxer, Revolvermänner, Alkoholschmuggler, Vorarbeiter auf den Ölfeldern und hart arbeitender Männer, die ich kenne, und daraus wurde die Persönlichkeit, die ich Conan, den Cimmerier nenne.“ Die Fantasy löst die Probleme durch Barbarei und Blut- und Boden-Ideologie.

Wir sind moderne Sklaven

„Menschen werden als Arbeiter/ an fremde Länder verkauft/ aber keine Arbeiter/ Sklaven sind sie/ ... Sie dienen den Herren/ und dem Kapital/ keine Menschen/ Maschinen sind sie/ Sie sind moderne Sklaven/ die auch in unserem Jahrhundert/ verkauft werden.“ – Auszug aus dem Gedicht „Moderne Sklaverei“ von Abdulhalik. Abdulhalik ist einer der türkischen Jugendlichen, deren Gedichte und Kurzgeschichten in dem Buch „Täglich eine Reise von der Türkei nach Deutschland“ veröffentlicht sind. In ihren Texten setzen sich die Jugendlichen mit ihrer Lage in der BRD und Westberlin auseinander. Beschrieben wird die Entfremdung von ihrer Heimat Türkei. Geschildert wird die Konfrontation mit der Unterdrückung durch staatliche Stellen in der BRD; für die Jugendlichen besonders ekelhaft in der Schule, wo ihre Sprache nicht anerkannt und eine Ausbildung verweigert wird. Weiter findet der Leser Darstellungen, in denen die gegenüber türkischen Arbeitern nochmals gesteigerte Gehässigkeit der Fabrikdespotie angegriffen wird. Kaum leider drückt sich in den abgedruckten Texten der Kampf aus, den viele türkische Jugendliche gegen die Unterwerfung unter das BRD-Kapital aufgenommen haben. Nur ein Gedicht wendet sich gegen die faschistischen türkischen Organisationen: „... der Wolf jagt die Beute/ doch wir sind sehr stark/ und lassen uns nicht fangen ...“

Förderzentrum JUGEND SCHREIBT (Hrsg.). Täglich eine Reise von der Türkei nach Deutschland, Verlag Atelier im Bauernhaus, Fischerhude 1980, 9,80 DM

Zeitgenössische Prosa aus Palästina

„Ich war zwar plötzlich von meiner Heimat entfernt, doch nicht mein Herz und mein Bewußtsein, denn mein Aufbruch war keine freie Entscheidung, sondern Vertreibung und Verbannung.“ Im „Tagebuch der alltäglichen Traurigkeit“ beschreibt der palästinensische Dichter Mahmoud Darwish den Kampf seines Volkes. Zusammen mit seiner Familie flüchtet er 1948 vor den Zionisten in den Libanon, sie kehren jedoch nach Palästina zurück. Er erlebt, daß er in seinem Land keine Rechte mehr hat: „Du bist im Recht, aber sie besitzen das Land.“ Täglich erfährt er, was es

heißt, als „Fremder“ im eigenen Land leben zu müssen, ständiger Verfolgung, Unterdrückung und Kontrolle ausgesetzt. Darwisch zeigt die zionistischen Verbrechen: „Es scheint, daß es fast legal geworden ist, Palästinenser zu töten ...“, deren Rechtfertigung die zionistische Ideologie ist. Die Antwort auf jahrelange Vertreibung und Verfolgung ist der bewaffnete Widerstand: „Ich bin nicht für deinen Tod verantwortlich, mein Freund. Daß der Vater Opfer ist, gibt dem Sohn kein Recht, ein Mörder zu werden ... Du tötest mich mit den gleichen Waffen, mit denen auch dein Vater und dein Onkel umgebracht wurden. Du verkaufst gegen Wiedergutmachungsgelder den Tod deines Vaters und kaufst dafür Panzerspähwagen und Waffen und rühmst dich deiner Zivilisation.“ Der Sechs-Tage-Krieg, in dem Israel weitere Gebiete annektiert, ist für Darwisch die Aufforderung, den Befreiungskampf jetzt erst recht zu organisieren: „Ist dies eine Neugeburt? So muß es sein ... Der Widerstand wird anfangen.“ Er schont nicht die reaktionären arabischen Regimes: „Anfangs klatschten sie dir Beifall, doch dann war das Erdöl stärker als dein Blut.“ Er kritisiert israelische Schriftsteller, die zwar den Zionismus nicht unterstützen, aber Palästina dennoch als *ihr* Land betrachten. Die Prosa von Darwisch ist beeindruckend, er macht den Leser mit der Lage des palästinensischen Volkes vertraut und weckt das Interesse, dessen Geschichte genauer kennenzulernen.

Tagebuch der alltäglichen Traurigkeit, Mahmoud Darwisch, Verlag der Olivenbaum Berlin, 14 DM

Eine deutsche Karriere

Der kleine Prokurist einer Hamburger Getreidefirma schafft den Aufstieg zum Inhaber eines der größten Unternehmen der Getreidebranche. Dazwischen liegt eine SS-Karriere, der Aufstieg vom SS-Oberscharführer zum SS-Standartenführer und Sonderbeauftragten des SS-Reichsführers Himmler in Ungarn 1944.

Die Geschichte des deutschen Kaufmanns Kurt Andreas Ernst Becher ist der Inhalt des Buches „Reichsführers gehorsamster Becher“. Die Firma Kurt A. Becher GmbH & Co. KG mit Sitz in Bremen ist heute national und international bekannt. Erst kürzlich

wollte die Deutsche Bank den Inhaber Becher zum Aufsichtsratsmitglied bei Hapag Lloyd machen. Nur aufgrund des energischen Protests der ÖTV mußte Becher verzichten. Das Buch erschien gerade rechtzeitig zu dieser Auseinandersetzung.

Becher ist wegen seiner Nazivergangenheit bisher nicht verurteilt worden. Die Amerikaner ließen ihn aus den Mäusen des Nürnberger Militärtribunals schlüpfen. Der Zionistenführer Kasztner wies Becher als „Judenretter“ aus. Kontakte zwischen Organisationen der Zionisten und den Nazis werden im Buch belegt. Vom organisierten Judenmord will Becher später nichts gesehen und gewußt haben.

Die Autorin Karla Müller-Tupath widerlegt seine Behauptungen. In eineinhalbjähriger Untersuchungsarbeit hat sie alle verfügbaren historischen Dokumente ausgewertet und viele Zeugen befragt. Der Schlüssel zu Bechers Karriere liegt in den Jahren 1939 bis Ende 1941. Sie stützt ihre Beweisführung v.a. auf die Aussagen der Täter, der „Waffenkameraden“ Bechers. „Wer die Geschichte der deutschen Besatzung Polens und die Verhältnisse im ‚Generalgouvernement‘ kennt, ahnt, welches die ‚Polizeiaufgaben‘ waren. Es wurden Ghettos angelegt, es wurden Polen und Juden ermordet, es wurde ‚gesäubert‘ und ‚entjudet‘ ... Dort hat Becher einen Zug des 1. Schwadron des 1. Halbregiments geführt ... Becher hat sich also hocharbeiten müssen in der SS.“

Nach den enthüllenden Beweisen über die verantwortliche Beteiligung Bechers an den Greueln der SS fragt die Autorin: „Warum hat sich die deutsche Justiz mit Becher kaum beschäftigt? Immerhin hat es Verfahren gegen die SS-Kavallerie gegeben, von denen eines mit Urteil abgeschlossen wurde und wo es genügend Hinweise auf Becher gegeben hat.“ Ihre Erklärung, daß die „auffallend gewandte Persönlichkeit“ Bechers ihn unbeschadet als Phönix aus der braunen Asche hat auftauchen lassen, ist wenig schlüssig. Ihre Untersuchungen belegen stattdessen: Die Grundlagen für Bechers Karriere nach dem Krieg sind während der Naziherrschaft gelegt worden. Becher ist Beispiel dafür, daß die heutige Bourgeoisie direkter Nachfolger der Reichsbourgeoisie ist.

Karla Müller-Tupath, Reichsführers gehorsamster Becher, Konkret Literatur Verlag 1982, 14,80 DM

Siegfried Zimmerschieds „Passauereien“ Kabarett gegen Klerus, Reaktion und Nationalismus

Song vom Kabarett:

Wir sind die Gemischtwarenhändler in Sachen Kritik, und für jeden ist etwas dabei; liebe Demokratiemasochisten, lehnt Euch zurück und krault am Verfassungsei. Denn wir liefern Gewissen und auch radikalen Dunst, verfassungsschutzgeprüft und steril, verpackt in die Einweckgläser abendländischer Kunst, die da sind: Form und Stil. Heute im Angebot eine Nummer über die Macht, Sprachgirlanden über deutschen Mist. Sie werden gekauft, beklatscht, von Professoren belacht: Doch die Macht bleibt, wo sie sie ist. Wir sind die Gemischtwarenhändler in Sachen Kritik, unsere Welt heißt: Alibi. Dem Mächtigen dient sie für den so toleranten Blick, dem andern zum Schweigen, so wie für sie.



Siegfried Zimmerschied macht seit 1975 politisches Kabarett in Passau. Im Oktober tritt er wieder in München auf. Sein letztes Stück, ein Ein-Mann-Theater mit dem Titel „Passauereien“, hat hauptsächlich den Angriff auf Klerus und Reaktion zum Inhalt mit einer schonungslosen destruktiven Kritik. Er macht Vertreter dieser Politik lächerlich und raubt ihnen so den Anspruch der „Nächstenliebe“ und des „Volksvertreters“. Er beschreibt das Leben in einem Kleinstadtmilieu ohne irgendwelche Übertreibungen (die sind nicht nötig), in dem Kapitalisten, Klerus, Staatsgewalt und „Kleinstadt-Mafia“ (Stadtrat) offen miteinander verflochten sind und das Geschehen am Ort in allen Bereichen mit Zwang und Erpressung und viel christlicher Moral bestimmen.

Publizistisch tätig geworden ist die Theatergruppe mit ihrem „Hirtenbrief an alle schwarzen Schafe“, der an alle Haushalte in Passau ging und u.a. einen wörtlich zitierten Artikel aus dem Passauer Bistumsblatt vom April 1940 zum 51. Geburtstag des „Führers“ enthielt. Verfasser war Emil Janiek, der Bruder des Chefredakteurs der Passauer Neuen Presse. Auch nach dem Krieg zeichnete er weiter verantwortlich fürs Bistumsblatt und forderte vor kurzem die Wiedereinführung des Arbeitsdienstes für Jugendliche.

In seinen „Passauereien“ stellt er auch die Reaktionen auf den „Hirtenbrief“ von Lehrern, pensionierten Akademikern und anderen dar.

Im folgenden die Stellungnahme eines Discogängers (*Er wippt im Rhythmus einer Melodie und schnalzt mit den Fingern dazu*) „Du, du, du woßt was da i sog, woßt was da i sog: Da leck mi jo glei am Osch, du, du, du, du woßt was i dia sog, der Zimmerschied, des is jo fia mi a G'schocka, du, du, du.“

Du, du, du woßt was i dia sog, woßt was i dia sog, du wos der ollwei fia hoße Hits einelosst in sei Zeidung. Gäh weida, hä, do leck mi do glei am Osch.

(*Schnalzt weiter mit den Fingern*)

Du, du, du mia san doch a jung und dean ma wos ma woin, oda, oda, ja, ja, ja. Du, woßt was da i sog, woßt was da i sog. Du wenn i des scho les: Zensur – Polizeiaufgabengesetz – Unterdrückung, du Unterdrückung du, in unsam Schtaat a Unterdrückung hä, gä weida hä, do leck mi jo glei am Osch.

Unterdrückung – du woast wos i dia sog, woast wos i dia sog: Wenn i heid in a Disco geh wui, dann move i eine, du, du, du und wenn i mi heid a weng groovy aziang wui, du, dann zia i mi groovy o, du, du, du und wenn i mia oan a'saufa wui, dann sauf i mia oan a. Wo is denn do a Unterdrückung, gäh weida hä, leck mi do glei am Osch.“

Siegfried Zimmerschied will hauptsächlich mit seinem Theater in bayerischen Kleinstädten auftreten. Seine Stücke sind eine breite Palette tatsächlich gemachter Erfahrungen aller Volksschichten mit den Kapitalisten, der Kirche und staatlicher Willkür. Von seinen Inhalten fühlt sich der Zuschauer betroffen und teilweise sicher auch angegriffen, ohne daß Zimmerschied jedoch abfällig oder beleidigend wird. Die fest verankerten Vorurteile z.B. zu Ausländern, zur Jugend, den Studenten, den Arbeitslosen, sie alle greift er auf und vor allem an. Insgesamt sind seine Stücke immer eine sehr lebendige Agitation gegen die Reaktion, Faschismus und den Nationalismus. Seine Darstellungsform ist Sprache und Mimik ohne irgendwelche Bühnendekoration und „Untermalungen“. So spielt er in manchen Stücken alleine auf der Bühne stehend völlig unterschiedliche Personen. Sein Beitrag zum Aufbau der Front gegen die Reaktion dürfte beträchtlich sein.

1949—1955

Die „deutsche Frage“ in der völkerrechtlichen Praxis der BRD

Bereits die erste Erklärung einer westdeutschen Regierung – abgegeben von Adenauer in der 5. Sitzung des Bundestags am 20.9. 1949 – propagierte die *Revision* der territorialen Festlegungen der Jalta- und Potsdamer Konferenz der Antihitlerkoalition. Und zwar stellte Adenauer unter dem lebhaften Beifall aller Fraktionen (mit Ausnahme derjenigen der KPD) folgendes für die zukünftige auswärtige Politik der BRD klar:

„Wir werden nicht aufhören, in einem geordneten Rechtsgang unsere Ansprüche auf diese Gebiete (östlich der Oder-Neiße-Linie, Red.) weiter zu verfolgen“ – wobei ihm der Vertreter der neofaschistischen Deutschen Reichspartei (DRP), Dr. Richter, zurief: „Bitte auch das Sudetenland dabei nicht vergessen, Herr Bundeskanzler!“ (Stenograph. Berichte des Deutschen Bundestages/5. Sitzg., 20.9.1949, Blatt Nr. 28/D).

Bei der folgenden – in drei Teile gegliederten – Skizze der deutschlandpolitischen völkerrechtlichen Praxis der BRD ist es im Hinblick auf diese seinerzeitige Klarstellung Adenauers gewiß nützlich, sich zu *Beginn* zwei historische Tatsachen zu vergegenwärtigen: *Erstens* stand der deutsche Imperialismus schon einmal vor dem Problem der Revision von Nachkriegsgrenzen bzw. der „Wiedervereinigung“ abgetrennter Gebietsteile. Und es war kein anderer als Hitler, der im 13. Kapitel von „Mein Kampf“ („Deutsche Bündnispolitik nach dem Kriege“) 1925 folgenden „fundamentalen Grundsatz“ für die zu diesem Zwecke einzuschlagende deutsche Außenpolitik formuliert hat:

„Die Möglichkeit, für ein Volkstum die Unabhängigkeit wieder zu erringen, ist nicht absolut gebunden an die Geschlossenheit eines Staatsgebietes, sondern vielmehr an das Vorhandensein eines wenn auch noch so kleinen Restes dieses Volkes und Staates, der im Besitz der nötigen Freiheit, nicht nur der Träger der geistigen Gemeinschaft des gesamten Volkstums, sondern auch der Vorbereiter des militärischen Freiheitskampfes zu sein vermag ... Freilich unter der Voraussetzung, daß dieser letzte Rest erfüllt wäre von der heiligen Mission, nicht nur die geistige und kulturelle Unzertrennbarkeit dauernd zu proklamieren, sondern auch die waffenmäßige Vorbereitung zu treffen für die endliche Befreiung und die Wiedervereinigung der unglücklich unterdrückten Teile.

Weiter ist zu bedenken, daß die Frage der Wiedergewinnung verlорener Gebietsteile eines Volkes und Staates immer in erster Linie die Frage der Wiedergewinnung der politischen Macht und Unabhängigkeit des Mutterlandes ist, daß mithin in einem solchen Falle die Interessen verlорener Gebiete rücksichtslos zurückgestellt werden müssen gegenüber dem einzigen Interesse der Wiedergewinnung der Freiheit des Hauptgebietes ... Mithin ist die Voraussetzung für die Gewinnung verlорener Gebiete die intensive Förderung und Stärkung des übriggebliebenen Reststaates ... “ – d.h., „dem verbliebenen Rest jenes Maßes an politischer Macht und Kraft zu erringen, das die Voraussetzung für eine Korrektur des Willens feindlicher Sieger ist“ (Hitler, „Mein Kampf“, München 1925, 13. Aufl. 1933, S. 687f.).

Die zweite historische Tatsache, die es gilt sich vorweg zu vergegenwärtigen, ist die Enthüllung der planmäßigen Betreibung jener von Hitler programmatisch formulierten „Wiedervereinigungs“-

Politik sowie die Verurteilung ihrer führenden Betreiber durch das Nürnberger Tribunal der Antihitlerkoalition (1946). Und zwar stellte das Urteil ausdrücklich am Beispiel des „Anschlusses“ von Österreich folgendes zu dieser Sorte völkerrechtlicher Praxis der „Regelung interner deutscher Angelegenheiten“ fest:

„Hier vor Gericht wurde behauptet, daß die Annexion Österreichs in dem weitverbreiteten Wunsch einer Vereinigung Österreichs und Deutschlands ihre Rechtfertigung gefunden habe, daß die beiden Völker vieles gemein hätten, das diese Vereinigung wünschenswert mache, und daß schließlich dieses Ziel ohne Blutvergießen erreicht worden sei.

Selbst wenn dies alles wahr wäre, wäre es ganz unerheblich, da die Tatsachen klar beweisen, daß die Methoden, derer man sich zur Erlangung jenes Zieles bediente, die eines Angreifers waren. Entscheidend war, daß Deutschlands bewaffnete Macht zum Einsatz für den Fall des Widerstandes bereitstand“ („Das Urteil von Nürnberg 1946“, dtv-dokumente Nr. 2902, 4. Aufl. München 1979, S. 50).

Vor dem Hintergrund dieser beiden historischen Tatsachen sind drei wesentliche Elemente an jenem Adenauer'schen „geordneten Rechtsgang“ (vermittels dessen die BRD ihre „Ansprüche“ auf die DDR wie auch gegenüber der Volksrepublik Polen zu verfolgen trachtet) charakteristisch für die Anfangsphase der völkerrechtlichen Praxis der BRD (1949—1955):

1. Zunächst wurde die *Identität der BRD mit dem Deutschen Reich* in den Grenzen vom 31.12.1937 propagiert bzw. die Anerkennung derselben völkerrechtlich durchgesetzt. So stellte z.B. der damalige Berichterstatter des Bundestagsausschusses für Finanz- und Steuerfragen (anläßlich der Beratung des „Gesetzes zur vorläufigen Regelung der Rechtsverhältnisse des Reichsvermögens und der preußischen Beteiligung“) folgendes fest:

„Das Grundgesetz geht davon aus, daß der heutige deutsche Staat, wie er in der Bundesrepublik verkörpert ist, mit dem ehemaligen Reich identisch ist und daß das Grundgesetz keinen neuen Staat geschaffen, sondern dem fortbestehenden deutschen Staat nur eine neue Organisation gegeben hat“ (1. Stenogr. Bericht, 127. Sitzg., 15.3. 1951, Blatt Nr. 4865/C). Am 2.7.1953 wird dies erneut vom seinerzeitigen Berichterstatter des Bundestagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten bekräftigt:

„Nach unserer Rechtslehre und Rechtspraxis ist die Bundesrepublik Deutschland identisch mit dem früheren deutschen Staat und setzt sein staatliches Leben fort. Diese Identität Deutschlands mit sich selber ist aber nicht nur in der deutschen Rechtstheorie und in der deutschen Rechtspraxis angenommen und behauptet worden, sie ist auch im internationalen Rechtsverkehr ... anerkannt worden ... In dem New Yorker Kommuniqué vom 19. September 1950 haben die Drei Mächte (USA, GB, F, Red.) erklärt, daß sie die Regierung der Bundesrepublik als die einzige deutsche Regierung ansehen, die frei und legitim gebildet und deshalb berechtigt ist, als Repräsentant des deutschen Volkes in internationalen Angelegenheiten zu sprechen“ (1. Stenogr. Bericht, 279. Sitzg., Blatt Nr. 13931/D).

2. Die Anerkennung der mit dieser Rechtsnachfolge- bzw. Identitätspolitik verbundenen territorialen Ansprüche der BRD hat kurzzeitig zu Widersprüchen innerhalb dieser „Drei Mächte“ selbst geführt, als nämlich die französische Nationalversammlung im Februar 1952 sich gegen den *Beitritt der BRD zur NATO* aussprach – mit der Begründung, daß gerade die territorialen Ansprüche den „streng defensiven Charakter dieses Verteidigungsbündnisses“ verändern würden. Wenngleich es seinerzeit gelang, die gegen den Beitritt der BRD gerichtete Mehrheit aufzuweichen (was aufgrund ihrer Befangenheit in den angeblich „defensiven“ Charakter dieses imperialistischen Militärbündnisses, das seinerzeit zugleich in Indochina wie in Algerien wirkte, nicht schwierig war), und zwar mit der Beschwichtigung Adenauers, daß die BRD diese Gebietsansprüche stets „friedlich“ zu verfolgen verspreche, so kann doch anläßlich des tatsächlichen NATO-Beitritts 1954/55 die Sache erneut zur Sprache. Und zwar hat der seinerzeitige Bundestagsausschuß für Rechtswesen und Verfassungsrecht in einem Bericht festgestellt:

„... daß Deutschland durch die Übernahme der Regierungsgewalt seitens der Alliierten im Jahre 1945 nicht untergegangen ist, daß vielmehr das Grundgesetz die Reorganisation dieses Staates überall da gebracht hat, wo die deutschen Staatsorgane tätig werden können, daß also die durch die Nachkriegsereignisse verursachte faktische Unmöglichkeit, das Grundgesetz in allen Gebietsteilen nach den Grenzen von 1937 durchzusetzen, die Grenzen Deutschlands im staats- und völkerrechtlichen Sinne nicht verändert hat. Das neue Vertragswerk (gemeint sind die Pariser Verträge 1954, Red.) stimmt mit dieser Auffassung voll überein. Nicht nur weil die Alliierten in der Londoner Schlußakte den Grundsatz anerkannt haben, daß in allen deutschen Angelegenheiten die Bundesrepublik als Sprecher für ganz Deutschland bestätigt wird, sondern auch deshalb, weil die Verleihung der vollen Macht eines souveränen Staates an die Bundesrepublik nach unserer Auffassung nichts anderes bedeutet als das Freiwerden der deutschen Souveränität von besatzungsrechtlichen Schranken, die nun wieder abgebaut werden. Wenn sich die Frage erhob, ob die Verpflichtung des Nordatlantikvertrages, die deutschen Grenzen nicht mit

Gewalt zu ändern, mit dieser Staatskonzeption vereinbar sei, weil Irland dem Nordatlantikvertrag nicht beigetreten sei, um durch eine analoge Verpflichtung seine territorialen Ansprüche auf Nordirland nicht zu gefährden, so tritt dem die Mehrheit des Ausschusses mit der Auffassung entgegen, daß der Gewaltverzicht wirklich nicht als Grenzverzicht aufgefaßt werden kann ...“ (2. Bundestags-Drucksache Nr. 1200, S. 31).

3. Diese „Staatskonzeption“ der Identität der BRD mit dem ehemaligen Deutschen Reich ist frühzeitig auf der *Ebene der Staatsangehörigkeit* praktisch verfochten worden. Man muß sich für das folgende unbedingt vergegenwärtigen, daß ja das historische Modell für die – im Wege eines „geordneten Rechtsgangs“ verfolgten – „Wiedervereinigungs“absichten (seitens der BRD gegenüber der DDR wie auch den westlichen Gebieten der VR Polens) der „Anschluß“ Österreichs an Deutschland ist. Und außerdem: die „deutsche Volkszugehörigkeit“ – die heute in Verbindung mit dem „Heimatrecht“ propagiert wird – war der wesentliche Hebel zur Einmischung, zur Intervention und zum schließlichen Einmarsch in die Tschechoslowakei. D.h. die sogenannte „deutsche“ Staatsangehörigkeit war stets ein ideologisches wie auch praktisches völkerrechtliches Instrument zur Erlangung jener Zwischenetappe auf dem Wege zur Aufrichtung der Hegemonie über Europa: nämlich Deutsch-Mittleuropa.

Am 20.1.1942 war eine Reichsverordnung erlassen worden, derzufolge über eine tatsächliche bzw. lediglich behauptete „deutsche Volkszugehörigkeit“ hinaus kollektive (Zwangs-)Einbürgerungen auch von solchen Personen vorgenommen werden konnten, die nicht im damaligen Reichsgebiet wohnten. Dies geschah in den okkupierten Provinzen Polens, der Tschechoslowakei, Nordjugoslawiens, sowie in Elsaß-Lothringen, Luxemburg und Eupen-Malmedy. Hinsichtlich der nachträglichen Bestätigung bzw. Einbürgerung dieser Menschen hat das Bundesverfassungsgericht am 28.5.1952 u.a. festgestellt: „Aus der Unwirksamkeit der Annexionen durch das Deutsche Reich seit dem 1.1.1938 (d.h. also: über den Gebietsstand des heute geltend gemachten Reichsgebiets vom 31.12.1937 hinaus, Red.) kann aber auf Grund der gesamten Umstände nicht die Folgerung gezogen werden, daß alle mit der Annexion zusammenhängenden Zwangsverleihungen deutscher Staatsangehörigkeit als nichtig zu betrachten seien“ (BVerfG-Entscheidungen, Bd 1, S. 322f.).

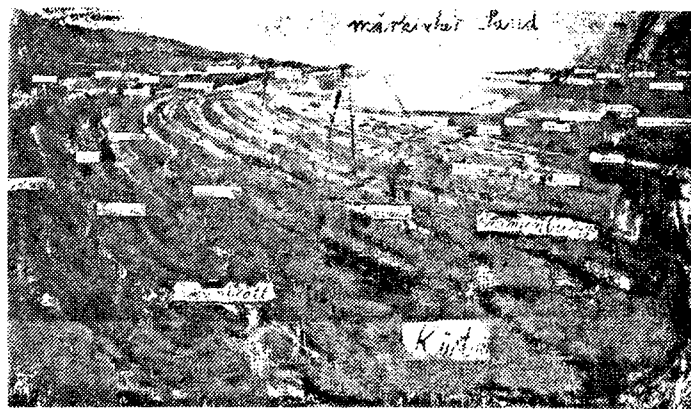
Das war wichtig, denn der Grundgesetz-Artikel 116, Absatz 1 „bescheidet“ sich zunächst auf die Reichsgrenzen vom Dezember 1937: „Deutscher im Sinne des Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelungen, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dez. 1937 Aufnahme gefunden hat.“ Hinsichtlich der DDR und der „Oder-Neiße-Gebiete“ bedeutete dies von Anfang an, was z.B. im Zusammenhang mit dem Flaggenrechtsgesetz vom 8.2.1951 in der Regierungsbegründung festgestellt wurde: „Das Grundgesetz kennt keine Staatsangehörigkeit zur Bundesrepublik; es kennt nur Deutsche (Artikel 116).“ Und in der Regierungsbegründung zum „Paßwesengesetz“ vom 4.3.1952 wird ebenfalls betont, daß es eine von der deutschen Staatsangehörigkeit zu unterscheidende „Bundesangehörigkeit“ nicht gäbe.

Dies alles kulminierte in jenem „Gesetz zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit“ vom 22.2.1955: Im § 25 desselben wird zunächst geregelt, daß die durch die BRD erneuerte bzw. bekräftigte Zwangseinbürgerung seitens des nationalsozialistischen Staats für die betreffenden Personen keinen Verzicht auf den „Rechtsanspruch auf die angestammte Heimat“ darstelle. Zum andern hat der seinerzeitige Bundestagsausschuß für Angelegenheiten der inneren Verwaltung ausdrücklich die Verordnung vom 20.1.1942 und damit auch ihr spezifisches Einbürgerungskriterium nicht aufgehoben, sondern bestätigt: „Der Begriff ‚deutscher Volkszugehöriger‘ ... muß notwendigerweise der des damaligen (nationalsozialistischen, Red.) Gesetzgebers sein ... Diese Sammeleinbürgerungen sollen ... durch den vorliegenden Gesetzentwurf verbindliche Kraft erhalten“ (2. Bundestags-Drucksache Nr. 849, S. 2). Um es ganz klar herauszuschälen: Als völkerrechtlicher Anknüpfungspunkt für die Verleihung der Staatsangehörigkeit reichte somit die bloße Behauptung „deutscher Volkszugehörigkeit“ – und zwar ohne „Begründung einer Niederlassung im Inland“. Damit war eine wesentliche Handhabe zur Einmischung in x-beliebige Länder geschaffen worden; es wird im 2. Teil u.a. zu zeigen sein, wie die BRD diese ihre völkerrechtliche Position durchzusetzen versucht hat.

„documenta 7“ in Kassel

Eine „neue Kultur“ für „Europas neue Rolle“?

„Jeder documenta-Macher“, schreibt die Kunstzeitschrift „Art“ über die verschiedenen documenta-Leiter, habe „mit einer Freundsclique elitär, autoritär und undemokratisch (also ganz so wie Kunst entsteht)“ die einzelnen Künstler erwählt, in Kassel auszustellen. Das sei eins der Erfolgsrezepte (!) der documenta. Die diesjährige Schau sei allerdings besonders elitär. Rudi Fuchs, der neue documenta-Leiter, wolle so gegenüber dem „raschen Wechsel der Stile und Moden“ in der Kunst „Reinigungsarbeit“ leisten. Gereinigt werden soll vor allem der extreme Individualismus in der Kunst von allen „Unreinheiten“, die – wie verzerrt und verschoben auch immer – in die Richtung realistischer Darstellung weisen. Auf die sich verschärfenden Klassenauseinandersetzungen reagieren die von der Stadt Kassel und dem Land Hessen subventionierten Kunstmanager mit einer rigideren Propagierung der „Autonomie der Kunst“. Fuchs: „Die Kunst ist eine autonome Tätigkeit. Sie von vornherein unter ein Leitthema – das nicht von der Kunst, sondern von irgendwelchen Interessen der Gesellschaft kommt – zu stellen, wäre falsch.“ Wenn allerdings die Konkurrenz mit den US-Kunstmanagern anklingt, läßt er seine Autonomie-Predigt sein: „Es hat sich in der allgemeinen Situation der Kunst viel geändert. Wenn man nur erkennt, daß Europa eine neue Rolle spielt mit seiner Kultur und seinen politischen Problemen, dann bedeutet das für die Wahrnehmung der Gesamtsituation schon sehr viel, solche Änderungen der Lage sind wichtiger als irgendwelche kleinen Neuerungen der künstlerischen Formulierungen.“ Sie suchen noch nach einer „neuen Kultur“ – wie Fuchs sie nennt –, einer, die dieser „neuen Rolle Europas“ nützlich ist, und auch der neuen Rolle „Deutschlands“, wie sich anzudeuten scheint: Ex-KPD (Rote Fahne)-Künstler Immendorf thematisiert „die deutsche Teilung“, Maler Anselm Kiefer will „deutsche Kunst machen“ und malt den „Märkischen Sand“ mit „Orten aus der mitteldeutschen Region“ (s.u.).



Oberes Bild: Kiefer, „Märkischer Sand“

Unteres Bild: Der Künstler Merz vor seinem Werk.

Beschäftigtenentwicklung in der Investitionsgüterindustrie

Im Durchschnitt der Jahre 1975–79 wiesen die Großunternehmen des Maschinenbaus, des Fahrzeugbaus und der Elektroindustrie eine deutlich niedrigere Rate des Kapitalertrags, bezogen auf die Lohnkosten, auf als die kleinen und mittleren Unternehmen des entsprechenden Industriezweigs. Die Untersuchung für das Jahr 1978 ergab, daß die Rate des Kapitalertrags, gemessen am gesamten eingesetzten Kapital, von kleinen zu Großunternehmen ebenfalls fallende Tendenzen aufweist. Auch wenn man unterstellt, daß die Großunternehmen sich besser auf Bilanztechniken verstehen, die ihnen ein „Verstecken“ der Gewinne in anderen Bilanzposten ermöglichen, so dürfte das dennoch die fallende Tendenz der Ertragsrate kaum umkehren. Die Untersuchung der Jahre 1975–79 zeigte außerdem, daß die Ertragsrate in den Großunternehmen mit anwachsender Konjunktur wesentlich steigt, ohne daß dadurch aber die fallende Tendenz gegenüber kleinen Unternehmen aufgehoben wird.

Einer niedrigen Ertragsrate steht aber die riesige Masse des Gewinns gegenüber, die gerade in Großunternehmen erzielt wird. Schon die Verteilung der Beschäftigtenzahlen nach Unternehmensgrößen macht deutlich, daß gerade auf die großen Kapitale – auch bei niedriger Ertragsrate – die Hauptmasse der Erträge eines Industriezweigs entfällt. Das gilt um so mehr, wenn man noch berücksichtigt, daß die Kreditverschuldung der Großunternehmen geringer ist als bei kleinen Unternehmen, damit also ein weit geringerer Teil der in der Statistik ausgewiesenen Erträge den Banken als Zinsgewinn zufällt. Zudem sind viele große Industriekapitale selbst als Finanzhäute tätig; z.B. verfügt der Siemens-Konzern, einer der größten Ausbeuter in der BRD und weltweit, über ein flüssiges Vermögen von mehreren Mrd. DM, aus dem er jährlich hunderte Millionen Zinsgewinn zieht. In der Kostenstrukturstatistik sind derartige Zinsgewinne nicht erfaßt, sondern nur die Erträge aus der kapitalistischen Produktion.

Die Untersuchungsergebnisse legen weiter nahe, daß die Ertragsrate dort höher ist, wo die Lohnkosten je Beschäftigten niedriger sind, und umgekehrt. Daraus läßt sich folgern, daß wahrscheinlich über einen größeren Zeitraum erhebliche Kapitalströme in Unternehmen mit relativ niedrigen Lohnkosten und höherer Ertragsrate fließen, also vorwiegend in kleinere Unternehmen. Ob dieser Prozeß über die Banken läuft oder über direkte Kapitalbeteiligung oder Neugründung seitens großer Industriekapitale, kann dahingestellt bleiben. Jedenfalls ist eine solche Kapitalverlagerung in Niedriglohnbereiche mit hoher Ertragsrate naheliegend als Bewegung des Ausgleichs der Profitrate.

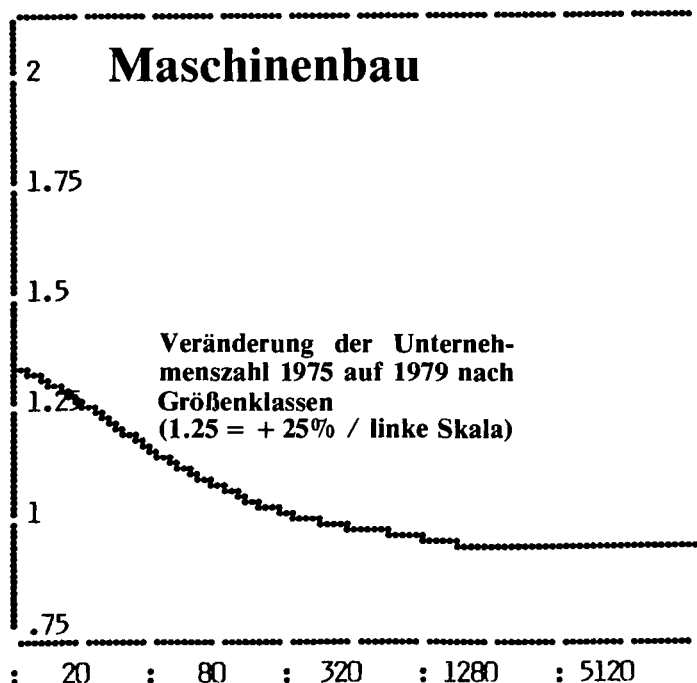
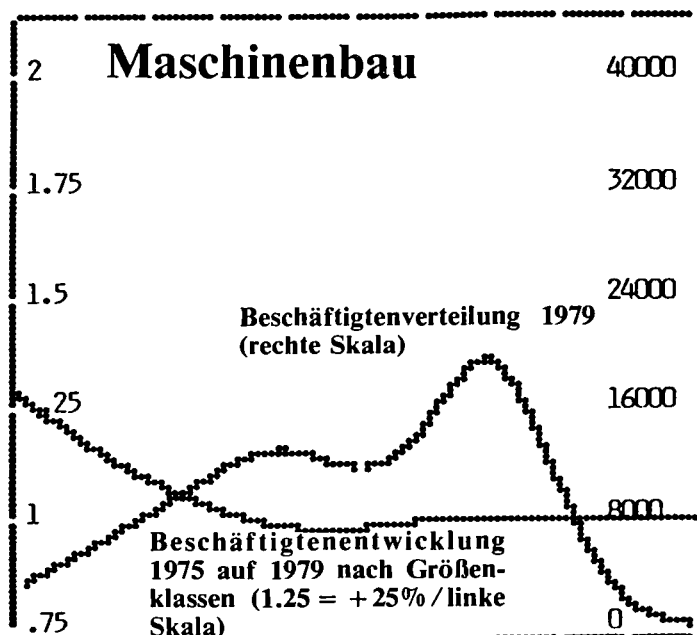
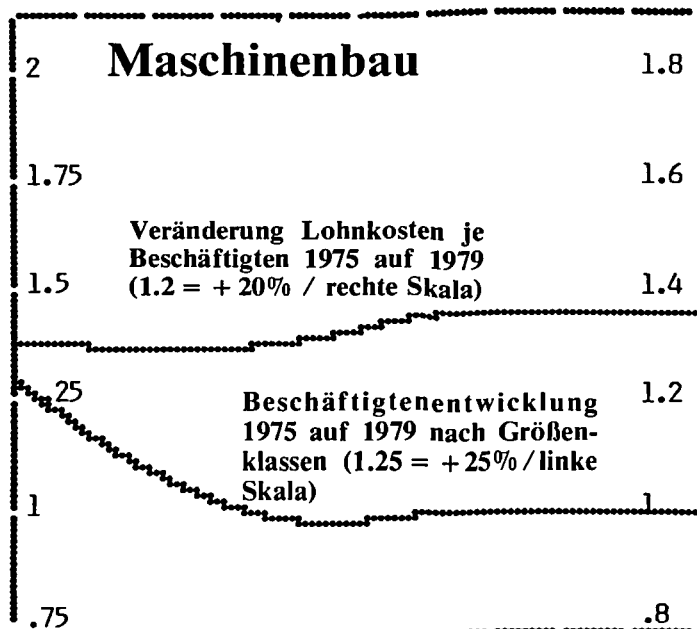
Um diese These nachzuprüfen, haben wir die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen nach Unternehmensgrößenklassen von 1975 auf 1979 untersucht, ebenso die Entwicklung der Zahl der Unternehmen nach Größenklassen. Die Ergebnisse:

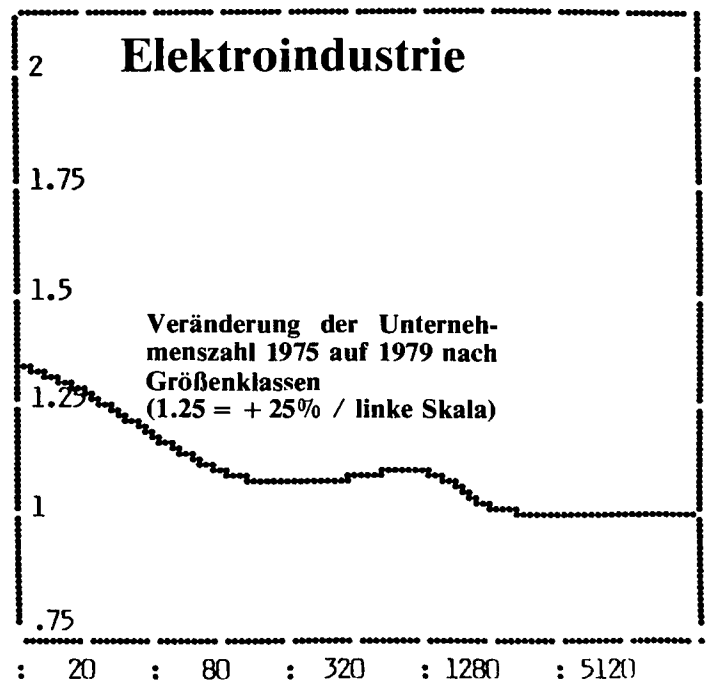
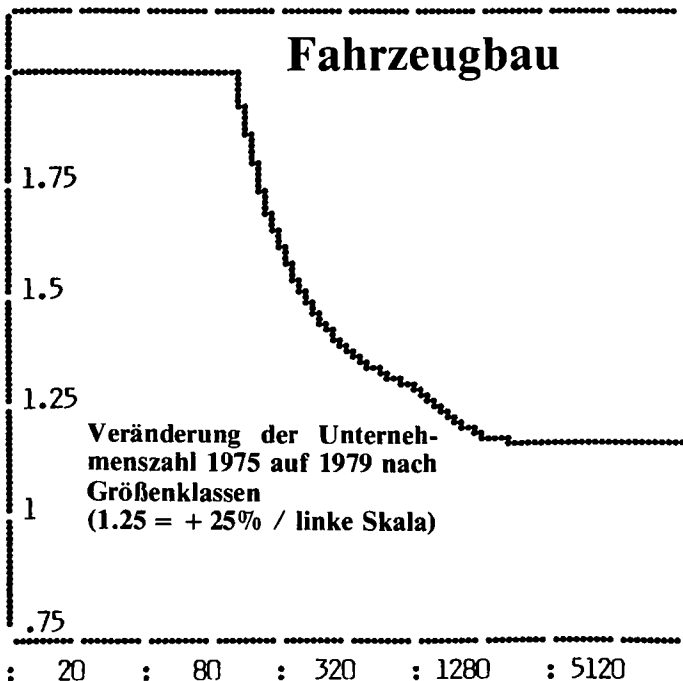
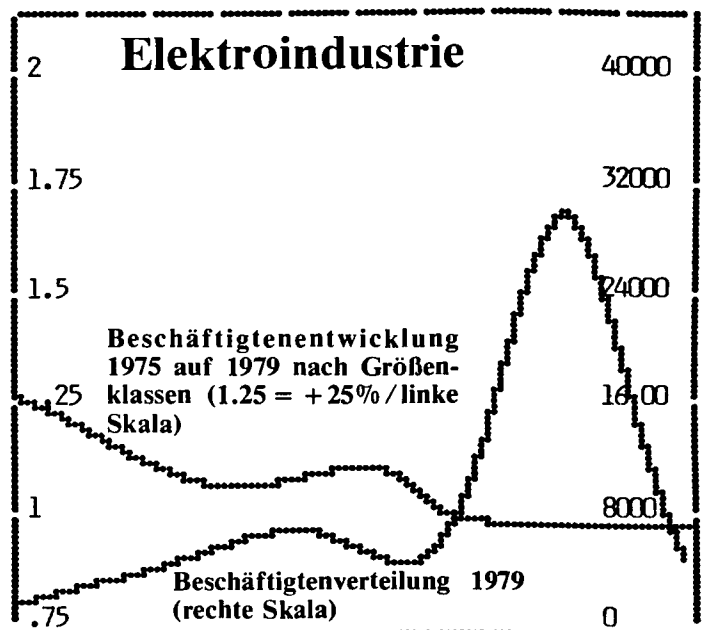
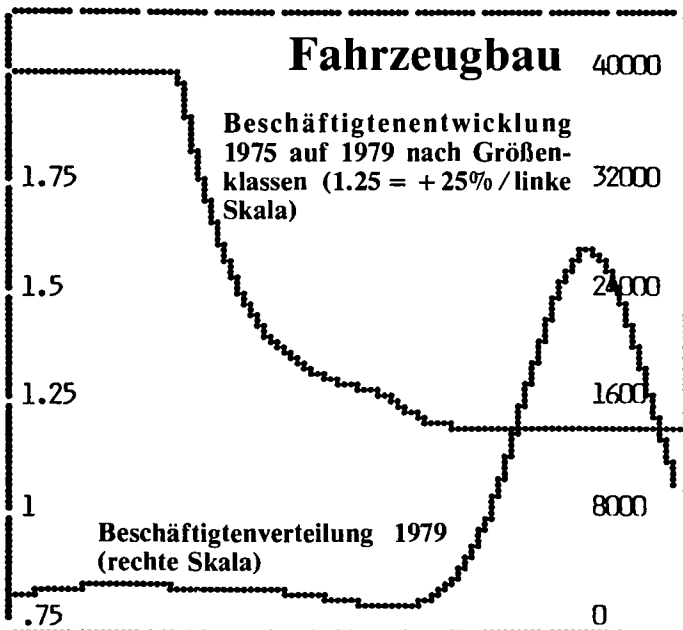
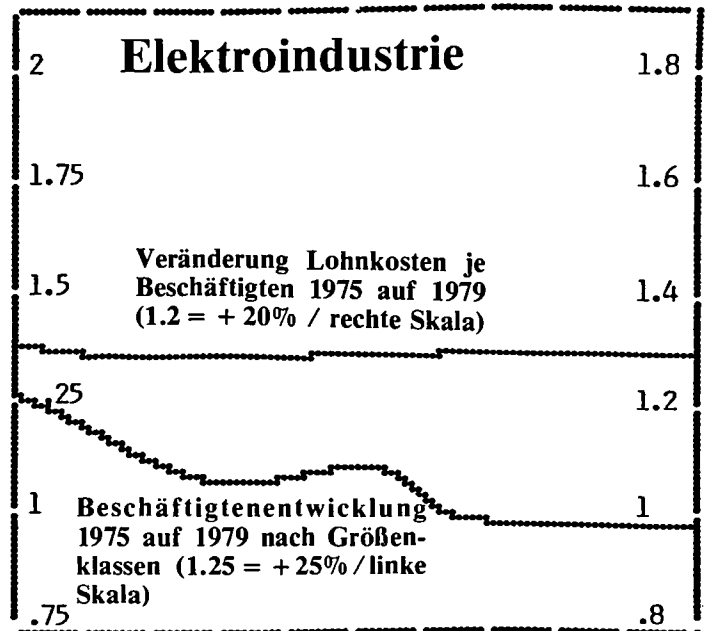
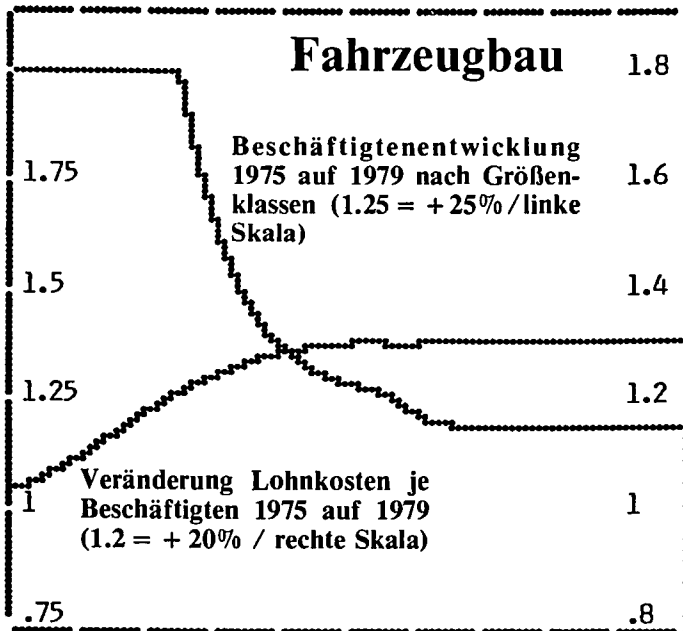
1. Im Maschinenbau wächst die Beschäftigung nur in kleinen, in der Elektroindustrie in kleinen und mittleren Unternehmen. Lediglich im Fahrzeugbau beuten auch die großen Kapitale 1979 erheblich mehr Arbeitskräfte aus als 1975; in diesem Zeitraum stiegen Automobilproduktion und -export rasant an. (Die ungewöhnliche Beschäftigtenzunahme in Klein- und Mittelbetrieben des Fahrzeugbaus rührt von einer Neubestimmung des statistischen Erhebungsmerkmals her.) Die Zunahme der Beschäftigung vor allem in kleinen Unternehmen – wo die Lohnkosten niedriger, die Ertragsrate dagegen höher ist – kommt vermutlich sowohl über die Neubildung von Kapitalen als auch über die Vergrößerung von Betrieben, die jetzt die untere Erhebungsmarke der Statistik (20 Beschäftigte) überschreiten, zustande. Ein nachweisbarer Abbau von Beschäftigten hat in dem Zeitraum nur bei den Großunternehmen der Elektroindustrie stattgefunden (– 3%); die Elektroindustrie ist auch der einzige Industriezweig, wo die großen Kapitale die Bewegung der Effektivlöhne auf das Niveau der Kleinbetriebe drücken konnten.

2. Die Zahl der Unternehmen nach Größenklassen bewegt sich parallel zur Entwicklung der Beschäftigtenzahlen. Würde die Zunahme der Beschäftigtenzahlen bei kleinen und mittleren Unternehmen ausschließlich auf einer Vergrößerung bestehender Betriebe beruhen, dann würde die Bewegung der Zahl der Unternehmen einen anderen Verlauf nehmen. D.h. es haben vermutlich zahlenmäßig erhebliche Neugründungen von kleinen Betrieben stattgefunden.

3. Nachweisbar hat also vermehrte Kapitalanlage dort stattgefunden, wo der Lohn niedrig, die Ertragsrate hoch ist. Direkte Auswirkungen auf das Lohnniveau in Großunternehmen sind für die drei Industriezweige noch nicht durchgängig nachzuweisen; in der Elektroindustrie deutet sich dieser Zusammenhang allerdings an. Ein Mangel des Datenmaterials ist, daß es bislang nur für diesen Zeitraum vorliegt, aber die Bewegung des Kapitals nur in größeren Zeiträumen meßbar ist. So ist der Abbau der Beschäftigtenzahlen gerade in den letzten Jahren nach Größenklassen noch nicht erfaßbar, und außerdem sind auch Vergleiche z.B. zu den 60er Jahren, in denen vermutlich eine erhebliche Ausdehnung der Beschäftigung bei Großunternehmen stattgefunden hat, kaum möglich.

Quellenhinweis: Stat. Bundesamt, Fachserie 4 (Produzierendes Gewerbe), Reihen 4.2.1 und 4.3.2





BRD

Die Kapitalisten diktieren der „neuen Mannschaft“ in die Feder



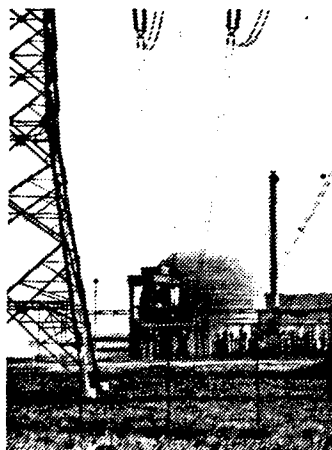
„Im wesentlichen“ sei das Lambsdorff-Papier schon ganz richtig und werde auch von der neuen Regierung übernommen werden, ließen sich CDU-Sprecher schon vor Beginn der Koalitionsverhandlungen vernehmen. Was Wunder: Hinter dem Programm stehen die gebietischen Forderungen der Kapitalistenverbände. BDI, BDA, DIHT, Bundesverband der Banken: Die Kapitalisten diktieren der „neuen Mannschaft“ ihre Aufgaben direkt in die Feder.

Energieprogramm

Die westdeutschen Kapitalisten bestehen auf dem Ausbau der Kernenergie

Die Kapitalisten fordern die Regierung auf, „Investitionshemmnisse“ endlich zu beseitigen. Sie verlangen den Neubau von Kernkraftwerken auf der Grundlage der „optimalen Ausschöpfung des Potentials der deutschen Steinkohle“ (Bundesverband der Deutschen Industrie). Auch wenn das Öl auf absehbare Zeit in der BRD der wichtigste Energieträger bleiben soll, so müsse

der eingeschlagene Weg weiterverfolgt werden, der dazu geführt hat, daß sich der industrielle Heizölverbrauch seit 1973 fast halbiert hat. Denn nur so sei „für die Bundesrepublik mit ihrer starken weltwirtschaftlichen Verflechtung eine störungsfreie Energieversorgung zu international wettbewerbsfähigen Preisen“ zu gewährleisten, sagt der Bundesverband der Industrie.



Schleswig-Holstein

Freiheitlich-demokratische Jugendpolitik der CDU



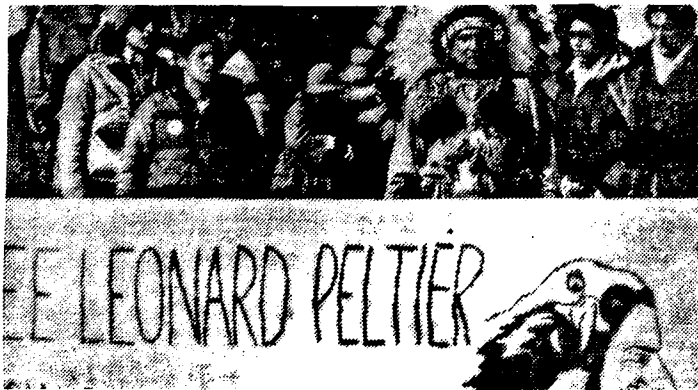
„Die von SPD und FDP immer wieder geforderten Pläne zur staatlichen Steuerung der Jugendpolitik lehnen wir ab, da sie zu einer Bevormundung der Jugendlichen führen“ (Landtagswahlprogramm der CDU für Schleswig-Holstein). In Neumünster, wo die CDU seit der letzten Kommunalwahl die absolute Mehrheit hat, droht sie mit der Schließung

des seit 10 Jahren bestehenden selbstverwalteten Jugendzentrums. Das Jugendzentrum wird von vielen Jugendlichen unterstützt, während das vor zwei Jahren für 15 Mio. DM errichtete städtische „Haus der Jugend“ kürzlich dicht machen mußte. Die Jugendlichen haben jetzt Aktionen gegen die Schließung des Jugendzentrums beschlossen.

Kanada

„Kein häßlicheres Monster als der Nationalstaat“

Die kanadischen „Indianer“ nennen sich Erste Nationen. Sie kämpfen um Souveränität und politische Rechte in der Verwaltung ihrer 2200 Reserven. Sie haben sich in der Versammlung der Ersten Nationen organisiert. In einem Interview beantwortete Dave Monture, politischer Berater des Nationalen Häuptlings der Versammlung der Ersten Nationen in Ottawa, Fragen zur Geschichte und Gegenwart der kanadischen „Indianer“.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit acht verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- 01 Stahl- und Metallindustrie
- 02 Druckindustrie
- 03 Chemie und übrige Industrien
- 04 Handel, Banken, Versicherungen
- 05 Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- 06 Schul- und wehrpflichtige Jugend
- 07 Studierende Jugend
- 08 Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/517376

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel. 0221/517457

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.

Politische Berichte sowie ein Heft Nachrichten: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM.

Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/517457